

# **Rheinland-Pfalz**

**Haushaltsplan**

**für die Haushaltsjahre**

**2017/2018**

**Einzelplan 07**

**Ministerium für Familie, Frauen, Jugend,**

**Integration und Verbraucherschutz**



Vorwort zum Einzelplan 07 . . . . .	3
Kapitel 07 01 Ministerium . . . . .	7
Kapitel 07 02 Allgemeine Bewilligungen . . . . .	23
Kapitel 07 03 Integration, Migration . . . . .	57
Kapitel 07 04 Familie . . . . .	71
Kapitel 07 05 Jugend . . . . .	79
Kapitel 07 12 Frauen . . . . .	99
Kapitel 07 82 Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion . . . . .	111
Haushaltsübersicht über die Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 2017 . . . . .	150
Haushaltsübersicht über die im Haushaltsplan veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2017 . . . . .	152
Haushaltsübersicht über die Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 2018 . . . . .	154
Haushaltsübersicht über die im Haushaltsplan veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2018 . . . . .	156
Übersicht über die Stellen im Haushaltsjahr 2017 . . . . .	158
Übersicht über die Stellenplanentwicklung im Haushaltsjahr 2017 . . . . .	162
Übersicht über die Stellen im Haushaltsjahr 2018 . . . . .	164
Übersicht über die Stellenplanentwicklung im Haushaltsjahr 2018 . . . . .	168



## **07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**

### **Vorwort**

Der Einzelplan 07 enthält die Einnahmen, Ausgaben, Verpflichtungsermächtigungen, Planstellen und Stellen für die Aufgabenbereiche Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz.

Außerdem sind im Einzelplan 07 auf der Grundlage von § 14 Artikel 1 des Landesgesetzes zur Reform und Neuorganisation der Landesverwaltung (Verwaltungsorganisationsgesetz – VwORG) vom 12. Oktober 1999 (GVBl. S. 325) – als „durchlaufender Haushalt“ die wesentlichen Ressourcen für die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion – Kapitel 07 82 für die Aufnahme, Unterbringung und Rückführung von Asylsuchenden und die Unterstützung von Spätausgesiedelten und jüdischen Emigrierten veranschlagt.

Im Rahmen des Abbaus von 2.000 Stellen werden im Einzelplan 07 insgesamt 82,84 Stellen und Vollzeitäquivalente budgetwirksam reduziert. Das Ministerium der Finanzen wird die entsprechenden Stellen und Planstellen nach Abstimmung der Aufteilung im Stellenplan für den Haushaltsvollzug der Jahre 2017 und 2018 sperren, soweit der Abbau nicht bereits bei der Haushaltsaufstellung berücksichtigt ist.

Die finanziellen Ressourcen für die Verantwortungsbereiche des Ministeriums sind in folgenden Kapiteln angesetzt:

- Kapitel 0701 - Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz
- Kapitel 0702 - Allgemeine Bewilligungen
- Kapitel 0703 - Integration und Migration
- Kapitel 0704 - Familie
- Kapitel 0705 - Jugend
- Kapitel 0712 - Frauen
- Kapitel 0782 - Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion

### **Integration und Migration**

Etwa ein Fünftel der rheinland-pfälzischen Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund. Ein großer Teil dieser Menschen lebt bereits seit vielen Jahren in Rheinland-Pfalz oder ist sogar hier geboren. Besonders mit Blick auf die Flüchtlinge, die in den letzten Monaten und Jahren nach Rheinland-Pfalz gekommen sind, stellt die Integrationspolitik eine zentrale Aufgabe dar. Wichtige Ziele sind die gleich-

berechtigte Teilhabe aller in unserer Gesellschaft, die interkulturelle Öffnung von Gesellschaft und Verwaltung und die Vermittlung unserer demokratischen Werte.

Um diese Ziele zu erreichen, werden unter anderem

- Initiativen, Vereine und Projekte gefördert, die Integrationsarbeit – auch im Ehrenamt – leisten,
- Erstinformationen erstellt, die das Ankommen erleichtern und auch über grundlegende Werte unserer Gesellschaft informieren,
- die Weiterbildung sowie Sprachförderung von Migrantinnen und Migranten und insbesondere auch von Flüchtlingen unterstützt,
- die Migrationsfachdienste durch Zuschüsse unterstützt und
- Impulse für die interkulturelle Öffnung gesetzt und ebensolche Prozesse in Institutionen und Organisationen gefördert.

Bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbegehrenden, Spätausgesiedelten und Flüchtlingen verfolgt die Landesregierung eine humanitäre Asyl- und Flüchtlingspolitik. Dabei geht es um eine Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen und um die Verbesserung der konkreten Lebenssituation. Aufgrund des Rückgangs der Zugangszahlen von Asylsuchenden, konnten Aufnahmekapazitäten reduziert und so erhebliche Kosten eingespart werden. Dennoch sind auch weiterhin ausreichend Aufnahmekapazitäten vorzuhalten, da die Erfahrungen zeigen, dass Prognosen nur bedingt aussagekräftig sind. Im Fokus steht nun die Konsolidierung der bestehenden Aufnahmeeinrichtungen und der Ausgestaltung der Unterbringungsbedingungen für besonders schutzbedürftige Personen entsprechend den Vorgaben der EU-Aufnahmerichtlinie. Kosten für die Aufnahme- und Unterkunftseinrichtungen und entstehende Verwaltungskosten werden unter anderem in diesem Kapitel veranschlagt.

## **Familie**

Die Lebenslagen und Lebensformen von Familien in Rheinland-Pfalz sind vielfältig. Die Familienpolitik der Landesregierung fördert und unterstützt alle Formen des familiären Miteinanders, sie ist familien- und kinderfreundlich sowie generationenübergreifend ausgerichtet. Die Landesregierung setzt sich ein für starke Familien und orientiert sich dabei an den Lebenslagen und Lebensphasen der Menschen. Ziel ist, allen Familien die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und Ausgrenzungen entgegenzutreten. Schwerpunkte des Handelns der Landesregierung sind die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Chancengleichheit für den Start ins Leben, eine gute Infrastruktur der Familienförderung, eine bedarfsgerechte Jugendhilfe und die Förderung der Akzeptanz von Vielfalt in einer demokratischen Gesellschaft.

Hierzu gehören:

- Guter Start ins Kinderleben - Förderung vielfältiger Programme zur Prävention und der „frühen Hilfen“,
- Einrichtung einer Ombudschaft für die Kinder- und Jugendhilfe,

- Förderung der Netzwerkarbeit für Familien durch die Servicestelle „Netzwerk Familien stärken“ und Förderung von vielfältigen Einrichtungen der Familienbildung, -beratung und -begegnung,
- Unterstützung der Freiwilligendienste, sowie des ehrenamtlichen Engagements,
- Förderung der sozialen Beratung, Information über finanzielle Leistungen für Familien,
- Förderung der Vielfalt sowie der Akzeptanz gegenüber gleichgeschlechtlichen Lebensweisen und allen Geschlechtsidentitäten / Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz.

## **Jugend**

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unseres Landes. Sie zu fördern und zu schützen ist Voraussetzung, um allen Kindern und Jugendlichen ein gutes Aufwachsen, die Entwicklung ihrer persönlichen Fähigkeiten und Chancengleichheit zu ermöglichen.

Für die Jugend in Rheinland-Pfalz engagiert sich die Landesregierung

- im Rahmen der Jugendstrategie „JES! Jung. Eigenständig. Stark“,
- durch die Förderung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit,
- im Jugendmedienschutz und in der Förderung medienpädagogischer Projekte,
- durch die Stärkung des Ehrenamtes,
- durch das Eintreten für Kinderrechte und Förderung der Kinderschutzdienste.

Ein wichtiges Ziel der Jugendpolitik des Landes ist es, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei allen Vorhaben / Planungen und Entscheidungen, die ihre Lebenswirklichkeit betreffen, strukturell zu verankern und sicherzustellen (u.a. durch Schulungen, Förderung vorbildlicher Partizipationsprojekte und die Stärkung kommunaler Jugendvertretungen).

## **Frauen**

Ziel ist es, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen konsequent durchzusetzen und dafür Sorge zu tragen, dass die Belange von Frauen bei allen politischen Entscheidungen im Einflussbereich der Landesregierung berücksichtigt werden.

Die vielfältige Infrastruktur zur Interessensvertretung, Beratung, Unterstützung und Vernetzung von Frauen oder frauenpolitischen Initiativen, die sich in den letzten Jahren entwickelt hat, wird weiter gefördert und unterstützt. Damit werden spezifische Angebote vorgehalten und die Gleichstellung von Frauen und Männern in Gesellschaft, Verwaltung und Wirtschaft umgesetzt.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Arbeit gegen Gewalt an Frauen und gegen sexualisierte Gewalt sowie die Unterstützung von Frauen in anderen besonders schwierigen Lebenslagen. Die pädagogische Arbeit mit den Kindern der Frauen in Frauenhäusern wird die Landesregierung weiter stärken.

So werden unter anderem:

- Frauenhäuser, Notrufe, Interventionsstellen, regionale runde Tische zur umfassenden Intervention bei Gewalt in engen sozialen Beziehungen,
- Projekte und Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen und der gesundheitlichen Situation von Frauen,
- die Beratung von Prostituierten
- arbeitsmarktpolitische Projekte zur eigenständigen Existenzsicherung von Frauen,
- Maßnahmen zur Umsetzung einer chancengerechten Arbeitswelt,
- Maßnahmen zur gendersensiblen Berufsorientierung von Mädchen und Frauen, beispielsweise für Ausbildungs- und Studiengänge für Mädchen im MINT-Bereich,
- Maßnahmen, die zur Steigerung des Frauenanteils in den politischen Gremien beitragen und das ehrenamtliche Engagement von Frauen stärken,
- Maßnahmen zur Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst,
- Projekte zugunsten von Opfern von Menschenhandel und Zwangsverheiratung, die der Gewalt gegen Frauen und Mädchen präventiv oder durch Unterstützung der Opfer entgegenwirken gefördert.

## **Verbraucherschutz**

Durch die Verbraucherpolitik werden der Schutz und die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern gestärkt. Vor dem Hintergrund eines globalen Marktes, komplexerer Geschäftsmodelle und des technischen Fortschritts wird es immer wichtiger, dass Verbraucherinnen und Verbraucher befähigt werden, informiert, kritisch und selbstbewusst am Markt teilzuhaben und ihre Rechte geltend zu machen. Verbraucherbildung, -beratung und -information sind daher wesentliche Eckpfeiler des Verbraucherschutzes. Insbesondere für besonders schutzbedürftige Verbrauchergruppen sollen themen- und zielgruppengerichtete Bildungsangebote vorgehalten werden. Dabei wird insbesondere den besonderen Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen, Senioren, Familien und Zugewanderten Rechnung getragen.

Diesen Zielen wird die Landesregierung durch die folgenden Maßnahmen gerecht:

- Förderung von Maßnahmen und Projekten zur schulischen und außerschulischen Verbraucherbildung zu verschiedensten Themen, insbesondere zum digitalen Verbraucherschutz
- Förderung von Projekten zu Verbraucherschutz und Verbraucherberatung für Flüchtlinge
- Förderung der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e.V. bzw. Stärkung der unabhängigen Verbraucherberatung und -information,
- Förderung der Schlichtungsstelle für den E-Commerce „Der Online-Schlichter“,
- Unterstützung von Maßnahmen zur Marktbeobachtung und Rechtsdurchsetzung,
- Durchführung von Maßnahmen zum vorsorgenden Verbraucher- und Datenschutz.



## **07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**

### **07 01 Ministerium**

#### **Vorwort**

Im Kapitel 07 01 sind die notwendigen Sachkosten und Bewirtschaftungsmittel für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Liegenschaft ausgebracht. Darüber hinaus sind auch die Planstellen und Stellen sowie das notwendige Budget für das Personal dargestellt.

Das Ministerium ist in der Kaiser-Friedrich-Straße 5 a untergebracht. Auf 5 Stockwerken arbeiten rund 150 Personen.

Folgend sind die Abteilungen mit ihren Aufgabenschwerpunkten dargestellt:

#### **71 Zentrale Aufgaben**

- Personal, Personalentwicklung
- Organisation, Zentrale Dienste
- Haushalt, Finanzplanung
- EDV, Neue Medien
- Gesetzgebung, allgemeine und grundsätzliche Rechtsangelegenheiten

#### **72 Integration und Migration**

- Grundsatzfragen der Integrationspolitik und Integrationsmonitoring
- Integrationsstrategie des Landes und Rechtsfragen der Integration
- Bildung, Projektförderung, Informationsarbeit
- Flüchtlingspolitik, Migrantenaufnahme, Rückkehr
- Ausländerrecht, Asylrecht und Einbürgerung
- Rechtsfragen der Flüchtlingspolitik
- Geschäftsstelle der Härtefallkommission

#### **73 Familie, Kinder und Jugend**

- Grundsatzfragen der Familienpolitik, Familieninstitutionen, Familie und Arbeitswelt, Soziale Berufe

- Rechtsfragen der Familien-, Kinder- und Jugendpolitik, Familienleistungsausgleich, Freiwilligendienste
- Gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Geschlechtsidentität, Jugendberufshilfe
- Grundsatzfragen der Inklusiven Kinder- und Jugendhilfe, Frühe Hilfen, Hilfen zur Erziehung, Kinderschutz und Beratung
- Antidiskriminierung und Vielfalt, Landesantidiskriminierungsstelle
- Jugendschutz, Jugend und Medien
- Kinderpolitik, Kinderrechte, BEEG, UVG
- Jugendpolitik, Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Partizipation
- Koordinierung „Prävention gegen Gewalt“, Demokratieerziehung, Extremismus, Islamismus

#### **74 Verbraucherschutz**

- Rechtsangelegenheiten und Verbraucherschutzpolitik
- Verbraucherschutzpolitik, wirtschaftlicher Verbraucherschutz, Verbraucherzentrale
- Verbraucherschutzpolitik, wirtschaftlicher Verbraucherschutz, Verbraucherdiallog

#### **75 Frauen**

- Frauen in der Arbeitswelt, Wirtschafts- und Strukturpolitik
- Frauen im öffentlichen Dienst, Wissenschaft und Kultur
- Gewaltprävention, Frauen in besonderen Lebenssituationen
- Frauenorganisationen, kommunale Gleichstellung, Gender Mainstreaming
- Frauen und Gesundheit, Kranken- und Pflegeversicherung, Steuer- und Familienrecht

Dem Ministerium fachaufsichtlich nachgeordnet sind:

1. das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung mit seinen vier Standorten in Koblenz, Landau, Mainz und Trier
2. die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Trier bezüglich des Referates 24 „Soziales, Jugend und Familie“. Hierzu gehören auch die
  - Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber in Trier, Kusel, Hermeskeil, Diez und Speyer sowie die

- Landeseinrichtung für Asylbegehrende und Ausreisepflichtige in Ingelheim (LEfAA) mit den Geschäftsbereichen Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Ingelheim und Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige.

07 **Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**

07 01 **Ministerium**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015		
Angaben in EUR					

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 11 011 **Verwaltungsgebühren** 0 0 0

Erläuterungen:  
Leertitel.

112 01 011 **Geldstrafen und Geldbußen** 0 0 0

Erläuterungen:  
Leertitel.

119 11 011 **Einnahmen aus Veröffentlichungen** 0 0 0

*Vgl. Vermerk bei 531 02.*  
Erläuterungen:  
Leertitel.

119 12 011 **Einnahmen aus Überzahlungen nach Schluss des Haushaltsjahres** 0 0 0

Erläuterungen:  
Leertitel.

Vereinnahmt werden können auch Zinsen.

119 69 011 **Vermischte Verwaltungseinnahmen** 0 0 0

Erläuterungen:  
Leertitel.

132 02 011 **Erlöse aus der Veräußerung unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände** 0 0 0

*Vgl. Vermerk bei 812 01.*  
Erläuterungen:  
Leertitel.

---

Summe HGr. 1: 0 0 0

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

233 15 011 **Erstattung von Personalausgaben aus Anlass der Wahrnehmung kommunaler Ehrenämter** 0 0 0

*Vgl. Vermerk bei 427 15.*  
Erläuterungen:  
Leertitel.

07 **Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
 07 01 **Ministerium**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016 Ist 2015	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Angaben in EUR		

261 01 011 **Erstattung von Prozesskosten** 0 0 0

Vgl. Vermerk bei 526 11.

Erläuterungen:

Leertitel.

**Außerplanmäßige T. / Ausgabereste / Weggefallene T.**

18.102

Summe HG. 2:

0 0 0  
18.102

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

Personal-, Sach- und investive Mittel dürfen für die verwaltungsmäßigen Aufgaben der Stiftung "Familie in Not - Rheinland-Pfalz" unentgeltlich in Anspruch genommen werden.

421 01 011 **Amtsbezüge der Ministerpräsidentin, des Ministerpräsidenten, der Ministerin, des Ministers, der Bürgerbeauftragten und des Bürgerbeauftragten** 153.500 164.300 164.300  
150.198

Erläuterungen:

		2017 EUR	2018 EUR
1.	Amtsgehalt/-bezüge einschl. gesetzliche Zulagen und Zuwendungen	160.200	160.200
2.	Dienstaufwandsentschädigung	4.100	4.100
<b>Summe:</b>		<b>164.300</b>	<b>164.300</b>

422 01 011 **Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** 4.329.600 4.276.100 4.269.500  
3.763.505

In Stellen der Besoldungsgruppen A 15 und A 16 können abgeordnete Richterinnen/ Richter der Besoldungsgruppe R 2, in Stellen der Besoldungsgruppen A 13, A 14 und A 15 abgeordnete Richterinnen/Richter der Besoldungsgruppe R 1 nachgewiesen werden.

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Ea	2016	2017	2018
Staatssekretärin, Staatssekretär	B9	IV	1,00	1,00	1,00
Ministerialdirigentin, Ministerialdirigent	B6	IV	1,50	2,00	2,00
Leitende Ministerialrätin, Leitender Ministerialrat	B3	IV	9,00	8,00	8,00
Ministerialrätin, Ministerialrat	A16	IV	11,50	12,00	12,50
Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	A15	IV	12,00	11,00	10,50
davon kw			2017: 1,00 im Jahr 2020		
			2018: 1,00 im Jahr 2020		
davon kw			2017: 1,00 im Jahr 2021		
			2018: 1,00 im Jahr 2021		

07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz

07 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 422 01

davon kw		2017: 0,50 im Jahr 2023 Auslaufen Freistellungsphase ATZ 2018: 0,50 im Jahr 2023 Auslaufen Freistellungsphase ATZ				
Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat	A14		IV	4,80	5,05	7,05
davon kw		2018: 1,00 im Jahr 2019 nach Wegfall Geschäftsstelle GFMK / VSMK				
davon kw		2017: 1,00 im Jahr 2019 2018: 1,00 im Jahr 2019				
Regierungsrätin, Regierungsrat	A13		IV	1,00	1,00	0,00
Regierungsrätin, Regierungsrat	A13		III	19,67	16,82	16,82
Amtsärztin, Amtsrat	A12		III	15,00	14,00	12,96
davon kw		2017: 1,04 im Jahr 2017				
davon kw		2017: 2,00 im Jahr 2019 2018: 2,00 im Jahr 2019				
Regierungsamtfrau, Regierungsamtman	A11		III	9,52	9,52	10,52
davon kw		2018: 2,00 im Jahr 2019 nach Wegfall Geschäftsstelle GFMK / VSMK				
davon kw		2017: 1,00 im Jahr 2018 Einsparung bei Rückgang der Flüchtlingszahlen 2018: 1,00 im Jahr 2018 Einsparung bei Rückgang der Flüchtlingszahlen				
davon kw		2017: 2,00 im Jahr 2019 2018: 2,00 im Jahr 2019				
Regierungsoberinspektorin, Regierungsoberinspektor	A10		III	1,45	2,45	2,45
Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor	A9		III	1,00	1,00	1,00
Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor	A9		II	2,00	2,00	2,00
<b>Zusammen:</b>				<b>89,44</b>	<b>85,84</b>	<b>86,80</b>
<b>Leerstellen:</b>						
Amtsärztin, Amtsrat	A12		III	1,00	1,00	1,00
<b>Zusammen:</b>				<b>1,00</b>	<b>1,00</b>	<b>1,00</b>
<b>Stellen insgesamt (soweit nicht Leerstellen):</b>				<b>89,44</b>	<b>85,84</b>	<b>86,80</b>

**Erläuterungen:**

Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 01 - 422 01 in Höhe von 507.300 EUR bzw. 499.500 EUR.

Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 von 05 01 - 422 01 in Höhe von 402.100 EUR bzw. 395.800 EUR.

**2017    2018**

**Zugänge**

Neue Stellen

0,50	0,00	A15	Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	Ersatz Freistellungsphase ATZ
0,00	1,00	A14	Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat	Referent für Fachministerkonferenzen GFMK / VSMK
0,00	2,00	A11	Regierungsamtfrau, Regierungsamtman	Sachbearbeitung für Fachministerkonferenzen GFMK / VSMK
0,50	3,00	Zugänge neue Stellen		

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 01 Ministerium**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 422 01

**0,50 3,00 Stellen Zugänge insgesamt**

**Abgänge**

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)

0,00 1,00 A11 Regierungsamfrau, Regierungsammann

0,00 1,00 Sonstige Abgänge

Abgänge infolge Vollzug kw-Vermerk

0,00 1,04 A12 Amtsrätin, Amtsrat

0,00 1,04 Abgänge infolge Vollzug kw-Vermerk

**0,00 2,04 Stellen Abgänge insgesamt**

**0,50 0,96 Stellen Zugänge/Abgänge**

**Umwandlung/Umsetzung**

**Zugänge**

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

0,50	0,00	B6	Ministerialdirigentin, Ministerialdirigent	Umsetzung wegen Organisationsänderung der Landesregierung vom 18. Mai 2016	Umwandlung / Umsetzung von 09 01 / 422 01
1,00	0,00	B6	Ministerialdirigentin, Ministerialdirigent	Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016	Umwandlung / Umsetzung von 05 01 / 422 01
1,00	0,00	B3	Leitende Ministerialrätin, Leitender Ministerialrat	Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016	Umwandlung / Umsetzung von 05 01 / 422 01
1,00	0,00	A16	Ministerialrätin, Ministerialrat	Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016	Umwandlung / Umsetzung von 05 01 / 422 01
1,00	0,00	A14	Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat	Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016	Umwandlung / Umsetzung von 05 01 / 422 01
0,50	0,00	A13	Regierungsrätin, Regierungsrat	Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016	Umwandlung / Umsetzung von 05 01 / 422 01
0,70	0,00	A13	Regierungsrätin, Regierungsrat	Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016	Umwandlung / Umsetzung von 05 01 / 422 01
1,00	0,00	A10	Regierungsoberinspektorin, Regierungsoberinspektor	Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016	Umwandlung / Umsetzung von 14 01 / 422 01
6,70	0,00	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen			

**6,70 0,00 Stellen Zugänge insgesamt**

**Abgänge**

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

1,00	0,00	B6	Ministerialdirigentin, Ministerialdirigent	Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016	Umwandlung / Umsetzung nach 09 01 / 422 01
1,00	0,00	B3	Leitende Ministerialrätin, Leitender Ministerialrat	Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016	Umwandlung / Umsetzung nach 09 01 / 422 01
1,00	0,00	B3	Leitende Ministerialrätin, Leitender Ministerialrat	Umsetzung von B 3 aus 0701 - 42201 nach 0701 - 428 01 at	Umwandlung / Umsetzung nach 07 01 / 428 01
1,00	0,00	A16	Ministerialrätin, Ministerialrat	Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016	Umwandlung / Umsetzung nach 09 01 / 422 01
1,00	0,00	A15	Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016	Umwandlung / Umsetzung nach 09 01 / 422 01
0,75	0,00	A14	Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat	Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016	Umwandlung / Umsetzung nach 09 01 / 422 01
0,50	0,00	A13	Regierungsrätin, Regierungsrat	Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016	Umwandlung / Umsetzung nach 09 01 / 422 01
4,05	0,00	A13	Regierungsrätin, Regierungsrat	Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016	Umwandlung / Umsetzung nach 09 01 / 422 01
0,50	0,00	A12	Amtsrätin, Amtsrat	Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016	Umwandlung / Umsetzung nach 09 01 / 422 01
10,80	0,00	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen			

**10,80 0,00 Stellen Abgänge insgesamt**

**-4,10 0,00 Stellen Zugänge/Abgänge**

**Stellenhebungen**

Neue Hebungen

0,50	0,50	von A15	Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	nach A16	Ministerialrätin, Ministerialrat	Personalentwicklung
------	------	---------	--	----------	----------------------------------	---------------------

07 **Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**

07 01 **Ministerium**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015		

Angaben in EUR

noch zu 422 01

0,00	1,00	von A13	Regierungsrätin, Regierungsrat	nach A14	Oberregierungsrätin, Regierungsrat	Personalentwicklung
0,50	0,00	von A12	Amtsärztin, Amtsarzt	nach A13	Regierungsrätin, Regierungsrat	Personalentwicklung
1,00	1,50	Neue Hebungen insgesamt				
<b>1,00</b>	<b>1,50</b>	<b>Stellenhebungen insgesamt</b>				

**422 04 011 Bezüge der abgeordneten Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter) 61.100 50.000 75.000**  
8.354

**(424 01) 011 Zuführungen an den Finanzierungsfonds für die Beamtensversorgung nach § 3a LFinFG (aus der Besoldungsanpassung) 22.800 21.300**  
25.341

**Erläuterungen:**

Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 01 - 424 01 in Höhe von 2.100 EUR bzw. 0 EUR.

Wegfall der "Kantherrücklage" ab 01.01.2018.

**427 01 011 Entgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte 98.000 78.500 106.000**  
46.848

*Einnahmen aus der Erstattung von Dritten bei Integrationsarbeitsplätzen sind von der Ausgabe abzusetzen.*

**Erläuterungen:**

Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 01 - 427 01 in Höhe von 22.000 EUR bzw. 22.000 EUR.

**427 15 011 Entgelte für Vertretungskräfte im Rahmen von Freistellungen zur Wahrnehmung kommunaler Ehrenämter 0 0 0**

*Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 233 15 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

Leertitel.

**428 01 011 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 4.669.700 4.480.800 4.568.900**  
4.283.406

**Stellenplan:**

EntgeltGr	2016	2017	2018
at	3,16	4,41	4,41
E 15	3,00	3,00	3,00
E 14	1,00	1,00	1,00
E 13	0,00	0,00	0,00
E 12	3,50	4,40	4,40
E 11	3,45	2,55	2,55
E 10	0,50	0,50	0,50
E 9	1,50	2,00	2,00
E 8	11,50	12,50	13,50
davon kw	2018: 0,50 im Jahr 2019 nach Wegfall Geschäftsstelle GFMK / VSMK		
E 7	0,00	0,00	0,00



07 **Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
 07 01 **Ministerium**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 428 01

E 6			3,25	3,25	3,25
E 5			16,22	15,22	14,72
davon kw		2017: 0,50 im Jahr 2019 2018: 0,50 im Jahr 2019			
E 4			3,00	3,00	3,00
Azubi			2,00	3,00	3,00
<b>Zusammen:</b>			<b>52,08</b>	<b>54,83</b>	<b>55,33</b>

**Übertariflich erhalten Beschäftigte**

In einer Stelle der EntgeltGr	Vergütung nach EntgeltGr				
E 8 - II	E 9 - III		2,25	3,25	3,25
E 5 - II	E 8 - II		2,80	2,80	2,80
<b>Stellen insgesamt (soweit nicht Leerstellen):</b>			<b>52,08</b>	<b>54,83</b>	<b>55,33</b>

**Erläuterungen:**

Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 01 - 428 01 in Höhe von 405.400 EUR bzw. 399.000 EUR.

Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 von 05 01 - 428 01 in Höhe von 157.000 EUR bzw. 154.600 EUR.

**2017    2018**

**Zugänge**

Neue Stellen

1,00	0,00	at	
0,00	0,50	E 8	Assistenzkraft für Fachministerkonferenzen GFMK / VSMK
<b>1,00</b>	<b>0,50</b>	<b>Zugänge neue Stellen</b>	

Zugänge im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres

1,00	0,00	Azubi	Volontär für Pressestelle
<b>1,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Zugänge Haushaltsvollzug</b>	

**2,00    0,50    Stellen Zugänge insgesamt**

**2,00    0,50    Stellen Zugänge/Abgänge**

**Umwandlung/Umsetzung**

**Zugänge**

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

1,00	0,00	at	Umsetzung von B 3 aus 0701 - 42201 nach 0701 - 428 01 at	Umwandlung / Umsetzung von 07 01 / 422 01
0,50	0,00	E 9	Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016	Umwandlung / Umsetzung von 05 01 / 428 01
2,00	0,00	E 8	Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016	Umwandlung / Umsetzung von 05 01 / 428 01
0,50	0,00	E 5	Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016	Umwandlung / Umsetzung von 05 01 / 428 01
<b>4,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen</b>		

**4,00    0,00    Stellen Zugänge insgesamt**

**Abgänge**

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

0,75	0,00	at	Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016	Umwandlung / Umsetzung nach 09 01 / 428 01
1,00	0,00	E 8	Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016	Umwandlung / Umsetzung nach 09 01 / 428 01
1,00	0,00	E 6	Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016	Umwandlung / Umsetzung nach 09 01 / 428 01
0,50	0,00	E 5	Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016	Umwandlung / Umsetzung nach 09 01 / 428 01
<b>3,25</b>	<b>0,00</b>	<b>Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen</b>		

**3,25    0,00    Stellen Abgänge insgesamt**

07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz

07 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 428 01

0,75 0,00 Stellen Zugänge/Abgänge

**Stellenhebungen**

Neue Hebungen

0,00	0,50	von E 5	nach E 8	Personalentwicklung
1,00	0,00	von E 5	nach E 6	Personalentwicklung
<u>1,00</u>		<u>0,50</u> Neue Hebungen insgesamt		

Hebungen im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres

0,90	0,00	von E 11	nach E 12	Hebung mit Zustimmung FM aus Anspruch neuer Stellenbeschreibung
<u>0,90</u>		<u>0,00</u> Hebungen im Haushaltsvollzug insgesamt		

1,90 0,50 Stellenhebungen insgesamt

428 08 011 **Überstundenentgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** 0 0 0

Erläuterungen:  
Leertitel.

453 01 011 **Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen** 3.500 4.900 5.400

Erläuterungen:  
Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 von 05 01 - 453 01 in Höhe von 900 EUR bzw. 900 EUR.

459 69 011 **Vermischte Personalausgaben** 0 100 100  
40

Erläuterungen:  
Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 von 05 01 - 459 69 in Höhe von 100 EUR bzw. 100 EUR.  
Leertitel.

**Außerplanmäßige T. / Ausgabereste / Weggefallene T.** 17.521

Summe HGr. 4: 9.338.200 9.076.000 9.189.200  
8.295.213

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 01 011 **Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände** 120.200 91.800 91.800  
72.124

Erläuterungen:  
Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 01 - 511 01 in Höhe von 8.000 EUR bzw. 8.000 EUR.  
Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 von 05 01 - 511 01 in Höhe von 8.400 EUR bzw. 8.400 EUR.

		2017	2018
		EUR	EUR
1.	Geschäftsbedarf	20.000	20.000
2.	Druckerzeugnisse (auch in digitaler Form)	30.000	30.000
3.	Post- und Fernmeldedienstleistungen, Hörfunk- und Fernsehgebühren	21.800	21.800
4.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Maschinen für Verwaltungszwecke	20.000	20.000
<b>Summe:</b>		<u>91.800</u>	<u>91.800</u>

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 01 Ministerium**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 511 01

Aus diesem Titel können auch Ausgaben für das zentrale Beschaffungswesen des Landes geleistet werden.

<b>514 01</b>	<b>011</b>	<b>Fahrzeughaltung, Verbrauchsmittel, persönliche Ausrüstungsgegenstände</b>	<b>21.800</b> 26.838	<b>29.200</b>	<b>29.200</b>
---------------	------------	--	-------------------------	---------------	---------------

**Erläuterungen:**

Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 01 - 514 01 in Höhe von 1.500 EUR bzw. 1.500 EUR.

Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 von 05 01 - 514 01 in Höhe von 1.300 EUR bzw. 1.300 EUR.

In Betracht kommen 5 Dienstfahrzeuge.

<b>517 01</b>	<b>011</b>	<b>Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume</b>	<b>142.100</b> 132.530	<b>139.300</b>	<b>139.300</b>
---------------	------------	---	---------------------------	----------------	----------------

**Erläuterungen:**

Heizung, Beleuchtung, sonstige Energiekosten, Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern, Abgaben und Sonstiges (z.B. Wartungsverträge, Pflege der Außenanlagen sowie Verbrauchsmittel und kleinere Gebrauchsgegenstände bis zum Anschaffungswert von 50 EUR im Rahmen der Hausbewirtschaftung). Aus dem Titel können auch Ausgaben im Rahmen des Energie-/ Medieneinspar-Contracting geleistet werden, Erstattungen können abgesetzt werden.

In Betracht kommt:

1 Dienstgebäude mit 5.483 qm Nutzfläche.

<b>518 01</b>	<b>011</b>	<b>Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume</b>	<b>29.400</b> 28.769	<b>34.300</b>	<b>34.300</b>
---------------	------------	--	-------------------------	---------------	---------------

<b>518 02</b>	<b>011</b>	<b>Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
---------------	------------	--	----------	----------	----------

**Erläuterungen:**

Leertitel.

<b>518 05</b>	<b>011</b>	<b>Nutzungsentgelte und Pachten an den Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung bzw. dessen Rechtsnachfolger</b>	<b>760.000</b> 750.736	<b>744.800</b>	<b>744.800</b>
---------------	------------	---	---------------------------	----------------	----------------

**Erläuterungen:**

Mietkosten für die Liegenschaft Kaiser-Friedrich-Straße 5a.

<b>518 13</b>	<b>011</b>	<b>Leasing von Dienstfahrzeugen</b>	<b>14.000</b> 16.168	<b>15.700</b>	<b>15.700</b>
---------------	------------	-------------------------------------	-------------------------	---------------	---------------

**Erläuterungen:**

Anzahl der geleasteten Dienstfahrzeuge: 4 PKW und 1 Sonderfahrzeug.

<b>519 05</b>	<b>011</b>	<b>Kleinere hauswirtschaftliche Instandsetzungen, kleinere bauliche Maßnahmen und Schönheitsreparaturen bei Objekten des Landesbetriebs Liegenschafts- und Baubetreuung bzw. dessen Rechtsnachfolger</b>	<b>7.000</b> 8.116	<b>6.900</b>	<b>6.900</b>
---------------	------------	--	-----------------------	--------------	--------------

<b>525 01</b>	<b>011</b>	<b>Aus- und Fortbildung</b>	<b>30.000</b> 25.190	<b>27.200</b>	<b>27.700</b>
---------------	------------	-----------------------------	-------------------------	---------------	---------------

**Erläuterungen:**

Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 01 - 525 01 in Höhe von 1.500 EUR bzw. 1.500 EUR.

07 **Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**

07 01 **Ministerium**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 525 01

Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 von 05 01 - 525 01 in Höhe von 2.200 EUR bzw. 2.700 EUR.  
Reisekosten sowie sonstige sächliche Verwaltungsausgaben für die Aus- und Fortbildung.

<b>526 01</b>	011	<b>Kosten für Sachverständige</b>	<b>10.000</b>	<b>17.400</b>	<b>17.400</b>
			-844		

**Erläuterungen:**

Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 01 - 526 01 in Höhe von 4.300 EUR bzw. 4.300 EUR.  
Umsetzung aufgrund Veranschlagungssystematik von 07 01 - 526 02. ( Ansatz 2016: 12.100 EUR.)

<b>526 11</b>	011	<b>Gerichts- und ähnliche Kosten</b>	<b>9.900</b>	<b>6.700</b>	<b>6.700</b>
			20.844		

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 261 01 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 01 - 526 11 in Höhe von 3.000 EUR bzw. 3.000 EUR.  
Gerichts-, Anwalts- und ähnliche Kosten.

<b>527 01</b>	011	<b>Reisekostenvergütungen</b>	<b>70.000</b>	<b>75.100</b>	<b>75.100</b>
			87.331		

**Erläuterungen:**

Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 01 - 527 01 in Höhe von 8.500 EUR bzw. 8.500 EUR.  
Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 von 05 01 - 527 01 in Höhe von 4.800 EUR bzw. 4.800 EUR.  
Reisekostenvergütungen für den allgemeinen Dienstreiseverkehr.

<b>527 02</b>	011	<b>Reisekostenpauschalvergütungen</b>	<b>11.700</b>	<b>11.500</b>	<b>11.500</b>
			10.860		

**Erläuterungen:**

Reisekostenpauschalvergütung für:

	2017 EUR	2018 EUR
1. Ministerin	2.500	2.500
2. Staatssekretärin	2.000	2.000
3. 2 Kraftfahrer/in	7.000	7.000
<b>Summe:</b>	<b>11.500</b>	<b>11.500</b>

<b>529 01</b>	011	<b>Verfüungsmittel</b>	<b>12.800</b>	<b>12.800</b>	<b>12.800</b>
			9.724		

**Erläuterungen:**

Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig. Die Mittel können bis zu 15 v.H. des Ansatzes auch für notwendige interne Repräsentationszwecke verwendet werden.

	2017 EUR	2018 EUR
1. Ministerin	9.800	9.800
2. Staatssekretärin	3.000	3.000
<b>Summe:</b>	<b>12.800</b>	<b>12.800</b>

<b>531 01</b>	011	<b>Presse und Information</b>	<b>2.900</b>	<b>2.400</b>	<b>2.400</b>
			677		

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 01 Ministerium**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	
<b>531 02</b>	011	<b>Veröffentlichungen, Dokumentationen, sonstige Öffentlichkeitsarbeit</b> <i>Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 11 geleistet werden. Die Ausgaben sind übertragbar.</i>  Erläuterungen: Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 01 - 531 02 in Höhe von 1.300 EUR bzw. 1.300 EUR. Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen und Dokumentationen unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.	<b>50.700</b> 55.488	<b>46.400</b>	<b>46.400</b>
<b>533 01</b>	011	<b>Haftung für Schadensersatz</b>  <i>Einnahmen sind von der Ausgabe abzusetzen.</i>	<b>2.500</b> 50	<b>2.000</b>	<b>2.000</b>
<b>546 01</b>	011	<b>Verwaltungsausgaben zur Durchführung von Konferenzen, usw.</b>  Erläuterungen: Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 01 - 547 09 in Höhe von 3.000 EUR bzw. 3.000 EUR.	<b>17.900</b> 10.239	<b>14.600</b>	<b>14.600</b>
<b>547 01</b>	011	<b>Gesundheitsmanagement</b>  Erläuterungen: Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 01 - 547 69 in Höhe von 700 EUR bzw. 700 EUR.	<b>5.000</b> 3.727	<b>6.800</b>	<b>6.800</b>
<b>547 02</b>	011	<b>Vereinbarkeit von Beruf und Familie</b>  Erläuterungen: Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 01 - 547 10 in Höhe von 100 EUR bzw. 100 EUR.	<b>1.000</b> 108	<b>700</b>	<b>700</b>
<b>547 69</b>	011	<b>Vermischte sächliche Verwaltungsausgaben</b>  Erläuterungen: Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 01 - 547 69 in Höhe von 100 EUR bzw. 100 EUR.	<b>1.000</b>	<b>900</b>	<b>900</b>
<b>Weggefallene Titel</b>					
<b>(526 02)</b>	011	<b>Ressortforschung auf den Gebieten Migration/Integration, Familie, Jugend und Frauen</b>  Erläuterungen: Umsetzung wegen Änderung der Veranschlagungssystematik nach 07 01 - 526 01. Finanzierung von Forschungsvorhaben und entsprechenden Fachveranstaltungen.	<b>12.100</b>		
<b>Aus Titelgruppen:</b>			<b>93.700</b> 76.301	<b>82.200</b>	<b>82.200</b>
<b>Summe HGr. 5:</b>			<b>1.425.700</b> 1.334.977	<b>1.368.700</b>	<b>1.369.200</b>

07 **Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**

07 01 **Ministerium**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015		
Angaben in EUR					

HGr. 8: Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

812 01 011 **Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen** **5.500** **0** **0**

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 02 geleistet werden.*

Erläuterungen:  
Leertitel.

**Aus Titelgruppen:** **7.500** **7.500**

---

Summe HGr. 8: **5.500** **7.500** **7.500**

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

981 01 891 **Entgelte für Leistungen der Justizvollzugsanstalten** **4.500** **4.500** **4.500**  
2.326

Erläuterungen:  
Die Ausgaben werden bei Titel 05 04 - 381 01 vereinnahmt.

---

Summe HGr. 9: **4.500** **4.500** **4.500**  
2.326

07 **Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
 07 01 **Ministerium**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

### Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 99: Aufwand für Informations- und Kommunikationstechniken

*Die Ausgaben bei TGr 99 sind mit 100% des Ansatzes gegenseitig deckungsfähig.*

<b>511 99 neu</b>	011	<b>Geräte und Ausstattungsgegenstände für die Datenverarbeitung, Datenfernübertragung, Software</b>		<b>3.600</b>	<b>3.600</b>
<b>525 99</b>	011	<b>Aus- und Fortbildung</b>	<b>5.800</b> 1.292	<b>4.700</b>	<b>4.700</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Reisekosten sowie sonstige sächliche Verwaltungsausgaben für die Aus- und Fortbildung.			
<b>526 99</b>	011	<b>Ausgaben für Sachverständige sowie für Systemanalysen, Untersuchungen und Gutachten</b>	<b>38.400</b> 30.622	<b>36.700</b>	<b>36.700</b>
<b>539 99</b>	011	<b>Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen für Software</b>	<b>49.500</b> 44.388	<b>37.200</b>	<b>37.200</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 von 05 01 - 539 99 in Höhe von 700 EUR bzw. 700 EUR.			
<b>812 99 neu</b>	011	<b>Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die Datenverarbeitung, Software</b>		<b>7.500</b>	<b>7.500</b>

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99:		<b>93.700</b> 76.301	<b>89.700</b>	<b>89.700</b>
--------------------------------------	--	-------------------------	---------------	---------------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen		<b>93.700</b> 76.301	<b>89.700</b>	<b>89.700</b>
---	--	-------------------------	---------------	---------------

07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz  
 07 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015		
Angaben in EUR					

**Abschluss**

**Einnahmen**

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0 18.102	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>		<b>0</b> 18.102	<b>0</b>	<b>0</b>

**Ausgaben**

HGr. 4	Personalausgaben	9.338.200 8.295.213	9.076.000	9.189.200
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.425.700 1.334.977	1.368.700	1.369.200
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	5.500	7.500	7.500
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	4.500 2.326	4.500	4.500
<b>Gesamtausgaben</b>		<b>10.773.900</b> 9.632.516	<b>10.456.700</b>	<b>10.570.400</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-10.773.900</b> -9.614.415	<b>-10.456.700</b>	<b>-10.570.400</b>



**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 02 Allgemeine Bewilligungen**

**Vorwort**

**I. Familie**

**1. Familienfördernde Maßnahmen**

Die Lebenslagen der Familien in Rheinland-Pfalz sind vielfältig.

2014 lebten in Rheinland-Pfalz 583.600 Familien mit 952.100 Kindern. Davon waren 418.400 Ehepaarfamilien, 133.600 Alleinerziehende und 31.600 Lebensgemeinschaften. In insgesamt 224.600 Ehepaarfamilien, in 42.100 alleinerziehenden Familien und in 10.600 Lebensgemeinschaften lebten zwei und mehr Kinder. Im Jahr 2014 wurden 33.427 Kinder rheinland-pfälzischer Mütter geboren. Das waren nach Angaben des Statistischen Landesamtes in Bad Ems rund 1.400 mehr als im Jahr zuvor. Laut Mikrozensus 2011 gab es in Rheinland-Pfalz 1.241 eingetragene Lebenspartnerschaften.

Das zeigt zweierlei: Erstens ist Rheinland-Pfalz ein kinderfreundliches Land, zweitens sind auch in Rheinland-Pfalz die Familienformen vielfältiger geworden. Notwendig ist deshalb eine Familienpolitik, die alle Formen des familiären Miteinanders fördert und unterstützt, die also ganzheitlich, das heißt familien- und kinderfreundlich sowie generationenübergreifend ausgerichtet ist. Politisches Ziel muss sein, dass alle Kinder in Rheinland-Pfalz gute Entwicklungschancen haben. Deshalb ist es notwendig, dass ihre Eltern die Hilfe und Unterstützung erhalten, die sie benötigen, um ein gutes Familienleben gestalten und ihre Kinder bestmöglich fördern zu können. Dazu gehören zuallererst eine sichtbare Wertschätzung aller Familien und die Anerkennung ihrer Erziehungsleistungen. Ein familienfreundliches Umfeld, eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Zeit für Familie sowie die Stärkung der Solidarität zwischen den Generationen sind familienpolitische Schwerpunkte, die nicht zum Nulltarif wirkungsvoll umgesetzt werden können.

Die folgenden familienfördernden Maßnahmen dienen allesamt dem Ziel, **den Lebens- und Entfaltungsraum von Familien zu sichern und zu stärken**, ihre Lebensbedingungen zu verbessern, die Erziehungskompetenzen zu stärken und Familien mehr Zeit miteinander zu ermöglichen. Nur so werden wir auch in Zukunft ein familien- und kinderfreundliches Land bleiben.

## **Maßnahmen zur Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

Eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf trägt zu einer besseren Lebensqualität von Familien bei, sie verhindert Armut und ermöglicht Zeit für Familie. Maßnahmen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern zudem die Chancengleichheit von Frauen und Männern in Familie und am Arbeitsmarkt. Die Landesregierung fördert seit Jahren Maßnahmen, die das Ziel haben, für eine familienfreundliche Personalpolitik in Unternehmen zu sensibilisieren und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördernde Netzwerke vor Ort zu schaffen. Maßnahmen, die künftig umgesetzt werden sollen, sind:

- Fortsetzung der erfolgreichen regionalen Netzwerktreffen zur Förderung familienbewusster Personalpolitik in rheinland-pfälzischen Unternehmen.
- Weiterführung der Kooperation mit der AOK und der berufundfamilie gGmbH der Herziestiftung zur Durchführung von Informationsveranstaltungen für Unternehmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Pflegeaufgaben.
- Zwei bis drei Mal jährlich Durchführung von Arbeitstreffen mit überregionalen Akteuren und Fachdiensten (Kammern, Beratungsstellen, der Agentur für Arbeit, Wirtschaftsvertretungen etc. zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur Verständigung über Maßnahmen, dem Austausch und der Bündelung von Synergieeffekten.
- Durchführung eines Projektes, das Auskunft über Zeitbelastungen von Familien vor Ort, die Infrastruktur, die familienunterstützenden Dienste und Entwicklungspotenziale geben soll. So sollen Anhaltspunkte und Lösungen für eine Zeitoptimierung für Familien im Sozialraum gefunden werden. Auch soll ein Zeitatlas erstellt werden, der modellhaft die im Projekt entwickelten Handlungsansätze umsetzt.

## **Stärkung der Familienkompetenz - Förderung sozialraumorientierter Netzwerke der Familienbildung**

Die Familie ist nach wie vor die wichtigste Erziehungs- und Bildungsinstanz. Sie entscheidet wesentlich über Bildungserfolge und Gesundheits- und Lebenschancen von Kindern. Familien zu stärken, ist deshalb eine zentrale Aufgabe der Familienpolitik des Landes.

### **Servicestelle „Netzwerk Familie stärken“**

Aufgabe dieser vom Land eingerichteten Servicestelle ist es, die Arbeit der unterschiedlichen familienunterstützenden Institutionen und Initiativen (Familienbildungsstätten, Familienzentren, Häuser der Familie/Mehrgenerationenhäuser, Lokale Bündnisse für Familien) untereinander zu vernetzen und in ihrer weiteren Arbeit und Entwicklung zu unterstützen. Darüber hinaus wird die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Kommunen gefördert, sodass im besten Fall Gesamtkonzepte zur Förderung und Unterstützung der Familieninstitutionen und der Familien gemeinsam entwickelt werden.

Die Servicestelle hat sich inzwischen gut in der Landschaft der Familieninstitutionen etabliert und zahlreiche Vernetzungsprozesse angestoßen.

### **Häuser der Familie / Mehrgenerationenhäuser**

In jeder kommunalen Gebietskörperschaft gibt es mindestens ein Haus der Familie / Mehrgenerationenhaus, sodass von einem flächendeckenden infrastrukturellen Angebot für Familien gesprochen werden kann. Die Häuser unterstützen Familien generationenübergreifend und fördern ihre Kompetenzen in vielfältiger Weise. Sie zeichnen sich vor allem durch ihren niedrigschwelligen Zugang aus und stellen so eine präventive Arbeit sicher. Im Landesprogramm „Häuser der Familie“ wird die Entwicklung und nachhaltige Sicherung der Arbeit von Häusern der Familie gefördert. Durch eine Rahmenvereinbarung zwischen Bund, Ländern und Kommunalen Spitzenverbänden ist eine dauerhafte finanzielle Beteiligung des Bundes an den Mehrgenerationenhäusern sichergestellt. Die stärkere Vernetzung mit den anderen Familieninstitutionen soll durch die Servicestelle „Netzwerk Familie stärken“ weiter vorangetrieben werden.

## **Förderung von Maßnahmen der Familienbildung**

Familien müssen – jede auf ihre Weise - den Alltag mit seinen vielfältigen Anforderungen an Erziehung, Bildung, Organisation des Haushalts, Betreuung von Angehörigen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Pflege von Kontakten zum sozialen Umfeld meistern. Dabei steigen die Erwartungen an Familien und ihre Erziehungs-, Betreuungs- und Managementleistungen. Die Stärkung der Familienkompetenz nach § 16 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) gewinnt daher als offenes und präventiv orientiertes Angebot an Bedeutung. Sie ist Teil der kommunalen Daseinsfürsorge, die Familien bedarfsgerecht Orientierung und Hilfestellung bei ihren vielfältigen Aufgaben geben will.

Das Land hat 2008 das **Programm „Netzwerk Familienbildung“** gestartet, an dem sich alle 20 rheinland-pfälzischen Familienbildungsstätten beteiligen. Ziel des Programms ist es, Familienbildungsangebote in den Alltag von Familien zu bringen, wie zum Beispiel in Kindertagesstätten, Schulen, Arzt- und Hebammenpraxen, Betriebe oder Stadtteiltreffs. Durch sozialraumorientierte und wohnortnahe Zugänge gelingt es, Zielgruppen zu erreichen, die von klassischen Familienbildungsangeboten bislang nicht erreicht werden konnten. Die Netzwerke der Familienbildungsstätten tragen im Rahmen des Landesgesetzes zur Förderung des Kindeswohls und der Kindergesundheit bei (§ 19 LKindSchuG Rheinland-Pfalz). Das Land fördert zudem wegweisende Projekte der Familienbildungsstätten, die Vorbild für die Arbeit in anderen Regionen sind, wie beispielsweise die Etablierung Familienbildung in Schulen und in der Stadtteilarbeit.

Seit 2012 fördert das Land die Jugendämter im Rahmen des **Programms „Familienbildung im Netzwerk“**. Ziel des Programms ist es, die Jugendämter bei ihren Aufgaben zu unterstützen, Familienbildung zu planen und zu steuern und in Zusammenarbeit mit freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe sozialraumorientiert an den Orten anzubieten, an denen sich Familien im Alltag aufhalten. Durch ein übergreifendes Handlungskonzept aus präventiven Familienbildungsangeboten und Familienberatungsangeboten will „Familienbildung im Netzwerk“ einen Beitrag zur kinder- und familienfreundlichen Kommune leisten.

### **Ehrenamtliche Familienzentren**

Familienzentren sind ehrenamtliche und trägerunabhängige Initiativen von Familien für Familien. Sie sind für alle einheimischen und zugereisten Familien und Generationen offene Treffpunkte. Familienzentren bieten einen Ort zur Begegnung, zum Austausch und zur gegenseitigen Unterstützung, die im Bedarfsfall schnell und unbürokratisch geleistet wird. Hier findet man offene Cafés, kreative und musische Angebote, Kurse und Vorträge zu Familienthemen, Mittagstische, Kinderbetreuung, Geselligkeit, Beratung und anderes mehr. Bei den Angeboten bringen sich die Besucherinnen und Besucher mit ihren Fähigkeiten in die Arbeit der Familienzentren ein.

Ein Vernetzungsbüro begleitet Familienzentren bei ihrer Arbeit, berät neue Initiativen beim Aufbau und arbeitet eng mit der Servicestelle „Netzwerk Familie stärken“ zusammen.

Das Land fördert die derzeit 11 ehrenamtlichen Familienzentren und das Vernetzungsbüro ideell und finanziell.

### **Familienerholung**

Die besondere Förderung der Familienerholung ist ein Gebot sozialer Gerechtigkeit und zugleich eine Maßnahme gezielter Familienförderung. Gemeinsam erlebte Freizeit von Eltern und Kindern, oft auch in der Gemeinschaft mit anderen Familien, ermöglicht über die Erholung hinaus Erfahrungen, die sich nachhaltig positiv auf das Familienleben und auf den Erziehungsalltag auswirken. Deshalb erhalten Familien mit relativ niedrigem Einkommen individuelle Finanzierungszuschüsse für gemeinsame Ferien in Familienferienstätten (2015: elf in Rheinland-Pfalz), in familiene geeigneten Jugendherbergen in Rheinland-Pfalz (2015: 39) oder auf familiene geeigneten Winzer- und Bauernhöfen in Rheinland-Pfalz. Im Jahre 2015 wurden für 615 Familien mit 2.538 Kindern entsprechende Zuschüsse gezahlt. Die Schaffung besonders familienfreundlicher Ferienangebote in Familienferienstätten erfolgt mit Hilfe der Investitionsförderung.

## **Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen**

Mit Verabschiedung des Gesetzes zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen (Bundeskinderschutzgesetz) wurden Rahmenbedingungen für verbindliche Netzwerkstrukturen im Kinderschutz sowie Regelungen der Befugnis kinder- und jugendnaher Geheimnisträger zur Weitergabe von Informationen an das Jugendamt bundeseinheitlich geregelt.

Die im Juli 2012 in Kraft getretene Verwaltungsvereinbarung „Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“ des Bundes mit allen Bundesländern sieht die Förderung folgender Maßnahmen vor: Netzwerke mit Zuständigkeit für Frühe Hilfen, Einsatz von Familienhebammen, Ehrenamtsstrukturen und in diese Strukturen eingebundene Ehrenamtliche, weitere zusätzliche Maßnahmen zur Förderung Früher Hilfen, Koordination auf Landesebene sowie die Koordination auf Bundesebene.

In § 3 Absatz 4 Satz 3 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) ist geregelt, dass der Bund einen Fonds zur Sicherstellung der Netzwerke Frühe Hilfen und der psychosozialen Unterstützung von Familien einrichtet, für den er jährlich 51 Mio. Euro zur Verfügung stellt. Die Ausgestaltung des Fonds soll nach § 3 Absatz 4 Satz 4 KKG eine Verwaltungsvereinbarung regeln, die das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen mit den Ländern schließt. Rheinland-Pfalz erhält nach einem festgelegten Verteilungsschlüssel rund 2,1 Mio. Euro.

Der Bundesrechnungshof hat allerdings verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Bundesförderung von Maßnahmen, „die sich auf der lokalen Ebene abspielen“, geltend gemacht. Um diesen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen und dennoch eine Sicherstellung der Netzwerke Frühe Hilfen und der psychosozialen Unterstützung von Familien bundesweit zu gewährleisten, haben sich die zuständigen Ressorts von Bund und Ländern eine Absprache darüber getroffen, die bestehende Verwaltungsvereinbarung so lange fortzuführen, längstens bis Ende 2017, bis eine zwischen Bund und Ländern abgesicherte Lösung gefunden ist, die Bundesmittel in Höhe von 51 Millionen Euro dauerhaft entsprechend der Zielsetzung von § 3 Absatz 4 KKG einsetzen zu können.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und das Bundesministerium der Finanzen beabsichtigen, die Mittel des Bundes entsprechend KKG zur Verfügung zu stellen.

Das Land fördert den Aufbau von lokalen Netzwerken bereits seit 2008 nach dem Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit mit jährlich rund 1,4 Millionen Euro. Es wird davon ausgegangen, dass mit der Förderung über das Landeskinderschutzgesetz der Aufbau von lokalen Netzwerkstrukturen in den Jugendamtsbezirken im Bereich der Frühen Hilfen bedarfsgerecht umgesetzt ist.

Durch die Verlängerung der Verwaltungsvereinbarung und eine anschließende dauerhafte rechtssichere Lösung für eine dauerhafte Bundesbeteiligung sollen die bisher entwickelten Strukturen in den Frühen Hilfen verstetigt werden: Die Kommunen erhalten Mittel zum Einsatz von Familienhebammen oder vergleichbaren Berufen (Familie-, Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen und -pfleger) im Kontext Früher Hilfen, zur Förderung von Ehrenamtsstrukturen und in diese Strukturen eingebundene Ehrenamtliche sowie für weitere zusätzliche Maßnahmen Früher Hilfen.

Das Land führt für Hebammen und vergleichbare Berufe aus dem Gesundheitsbereich bedarfsgerecht Qualifizierungsmaßnahmen entsprechend des für Frühe Hilfen relevanten bundesweiten Kompetenzprofils durch, die die genannten Berufsgruppen zur Begleitung und Unterstützung von Familien in den Frühen Hilfen befähigen.

Der Einsatz der Familienhebammen in den Geburtskliniken wird über das Programm „Guter Start ins Kinderleben“ realisiert. Für den Einsatz von Familienhebammen als Koordinierungskräfte in den Geburtskliniken können die Träger der Geburtskliniken Zuwendungen erhalten. Die Höhe der Förderung richtet sich nach der Zahl der Geburten in der Geburtsklinik in einem Jahr.

## **Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit**

Rheinland-Pfalz hat mit dem Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit bereits vorab die Grundlagen für die lokalen Netzwerke und Frühe Hilfen gelegt. Die rechtlichen und instrumentellen Grundlagen zum Schutz des Kindeswohls und der Kindergesundheit waren insoweit auch eine Grundlage für die Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen. Ziele der landesgesetzlichen Regelung sind

- die frühe Förderung des Kindeswohls,
- die Verbesserung des Schutzes von Kindern vor Vernachlässigung, Missbrauch oder Misshandlung und
- die Steigerung der Inanspruchnahme der Untersuchungsangebote zur Früherkennung von Krankheiten (Früherkennungsuntersuchungen) bei Kindern.

Zur Umsetzung der landesgesetzlichen Regelung wurde im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung eine Servicestelle geschaffen, die die Jugendämter beim Auf- und Ausbau der lokalen Netzwerke sowie Früher Hilfen unterstützt.

## **Kinderschutzdienste**

Kinderschutzdienste sollen Mädchen und Jungen im Kindes- und Jugendalter, die Opfer von Missbrauch und Misshandlung geworden sind, die erforderlichen Hilfen geben und sie vor weiterer Gefährdung schützen.

Zu den Aufgaben gehören u. a.:

- Hilfestellung für Kinder zur Stabilisierung ihrer Persönlichkeit für ihre künftige Lebensgestaltung,
- das Aufzeigen u. a. erzieherischer, sozialer, ärztlicher und psychotherapeutischer Hilfen sowie das Angebot der Hilfevermittlung zur Stabilisierung der Familiensituation,
- die Zusammenarbeit mit Jugendamt, anderen Behörden, Einrichtungen und sozialen Diensten freier Träger zur Sicherung des Hilfeangebots für die Kinder,
- die Weitergabe von Erfahrungen zur Kinderschutzarbeit an Dritte, um zu einer breiteren Sensibilisierung für das Verhalten und die Bedürfnisse verletzter Mädchen und Jungen beizutragen.



Zu den Grundprinzipien der Arbeit gehören u. a. die Kindorientierung und konsequente altersgemäße Beteiligung innerhalb des Hilfeprozesses, die Niedrigschwelligkeit des Angebots mit Komm- und Gehstrukturen sowie die ganzheitliche Beratung.

Derzeit gibt es 16 Kinderschutzdienste in Rheinland-Pfalz. Das Land unterstützt die Kinderschutzdienste mit einem Zuschuss bis zu je zwei Fachkräften in Höhe von bis zu 25.000 Euro sowie mit einem Zuschuss zu Fortbildungsangeboten.

### **Soziale Beratungsstellen**

Die aus Landesmitteln geförderten sozialen Beratungsstellen freier und öffentlicher Träger sind wichtiger Bestandteil der sozialen Infrastruktur in Rheinland-Pfalz. Das niedrigschwellige Angebot der Beratungsstellen leistet flexible Hilfestellung in unterschiedlichen Lebenslagen – sowohl präventiv als auch bei der Bewältigung komplexer Anforderungen und Probleme. Information und Beratung ist hierbei in vielen Bereichen ein gesetzlich vorgesehenes Instrument sozialer Problemregulierung.

### **Erziehungs- und Familienberatungsstellen - EFB -**

Erziehungsberatung nach § 28 SGB VIII ist eine gesetzliche Aufgabe der Kommunen. Sie hat die Aufgabe, Kinder, Jugendliche und ihre Eltern bei der Bearbeitung individueller und familienbezogener Probleme, bei der Lösung von Erziehungsproblemen und auch bei Fragen der Trennung und Scheidung zu unterstützen.

Das Land unterstützt die wichtige Arbeit der Beratungsstellen durch Zuschüsse zu den Fachpersonalkosten in Höhe von bis zu 25 Prozent und leistet damit eine Unterstützung der Kommunen zur Erfüllung dieser Pflichtaufgabe.

Familien nehmen in einem hohen Ausmaß Beratung in Anspruch. Jährlich werden derzeit rund 30.000 Beratungen in den Beratungsstellen durchgeführt. Die Gründe sind vielfältig, wie Belastungen der Kinder und Jugendlichen durch familiäre Konflikte, schulische Probleme oder Entwicklungsauffälligkeiten, Gefährdung des Kindeswohls.

Die Leistungen der Beratungsstellen werden von den Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern in der Regel unmittelbar in Anspruch genommen. Zu dem niedrigschwelligen Zugang gehört auch die kostenlose Inanspruchnahme für die Familien.

Rheinland-Pfalz beteiligt sich an dem bundesweiten Projekt der virtuellen Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern entsprechend dem Beschluss der Jugendministerkonferenz vom Mai 2003.

### **Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und Schwangerschaftsberatungsstellen**

Grundlage der Förderung der Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatung ist das Schwangerschaftskonfliktgesetz. Die Förderung erfolgt nach der „Landesverordnung über die Förderung von Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz (FBSchKG-VO)“ vom 20. März 2006. Diese setzt zwei Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts um: Nach dem Urteil vom 3. Juli 2003 (BVerwG 3 C 26/02) haben die anerkannten Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen einen Anspruch auf öffentliche Förderung von mindestens 80 v.H. der anfallenden notwendigen Kosten. Auf Grund des Urteils vom 15. Juli 2004 (BVerwG 3 C 12/04) gilt das gleiche auch für die Beratungsstellen, die keine Beratungsbescheinigungen ausstellen. Dies sind die Beratungsstellen der Träger Caritas und Sozialdienst Katholischer Frauen.

Zum 1. Januar 2014 wurde das Landesgesetz zur Ausführung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes und anderer Gesetze geändert. Dabei wurden insbesondere landesgesetzliche Kriterien aufgestellt, um eine Auswahl unter konkurrierenden Beratungsstellen, die sich um eine Förderung bewerben, treffen zu können. Zum 1. Januar 2016 ist die Änderung der Landesverordnung über die Förderung von Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz in Kraft getreten. Die Änderung der Landesverordnung war vor allem notwendig im Hinblick auf das geänderte Landesgesetz, die Vereinheitlichung der von den Trägern vorzulegenden Sachberichte und der Pauschalierung der Sachkosten.

Die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und Schwangerschaftsberatungsstellen beraten vertraulich und auch auf Wunsch anonym. Das Beratungsangebot umfasst alle Fragen rund um die Schwangerschaft und Geburt sowie die ersten frühen Lebensjahre des Kindes.

Die fachliche Entwicklung erfordert neue Schwerpunktsetzungen, etwa bei Beratung im Kontext von pränataler Diagnostik, in Fällen der Vertraulichen Geburt oder auch bei der Beratung von Schwangeren im Kontext Flucht. Beratung insbesondere bei dem sensiblen Thema Schwangerschaft und Schwangerschaftskonflikt setzt sprachliche Verständigung voraus; daher unterstützt das Land den Einsatz von Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern.

Die Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatung soll unter Sicherstellung der Trägervielfalt und der weltanschaulichen Pluralität bedarfsgerecht und an der gesetzlichen Mindestausstattung orientiert gestaltet werden. Die erforderlichen Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen werden vom Land Rheinland-Pfalz in Höhe von 50 v.H. der angemessenen und tatsächlich entstandenen Personalkosten sowie der pauschalieren Supervisions- und Sachkosten gefördert; die Kommunen erbringen weitere 30 v.H. der entsprechenden Kosten.

### **Umsetzung der Empfehlungen des Runden Tisches Heimerziehung**

Seit dem Start des Fonds Heimerziehung 50er und 60er Jahre West am 1. Januar 2012 haben bundesweit rund 20.000 ehemalige Heimkinder ihren Hilfebedarf beim Fonds angemeldet. Bei der rheinland-pfälzischen Anlauf- und Beratungsstelle haben sich in dem genannten Zeitraum rund 1.000 ehemalige Heimkinder gemeldet. Ausschlussfrist für eine Antragsstellung war der 31. Dezember 2014.

Ursprünglich war der Fonds ausgestattet mit 120 Millionen Euro, die die drei Errichtergruppen – Bund, zehn westdeutsche Länder und Berlin, sowie die evangelische und katholische Kirche – je zu einem Drittel aufgebracht haben. Da diese Summe nicht ausreichte, um die Leistungen für alle gemeldeten ehemaligen Heimkinder abdecken zu können, war eine Aufstockung des Fondsvermögens notwendig. Dies wurde 2015 vereinbart. Die Laufzeit des Fonds endet nun zum 31.12.2018.

Zur Umsetzung des Fonds wurde bereits 2012 beim Landesjugendamt eine Regionale Anlauf- und Beratungsstelle eingerichtet, die Ansprechpartnerin für die betroffenen ehemaligen Heimkinder ist. Sie informiert, berät, unterstützt und wird bei Bedarf auch aufsuchend tätig. Die Stellen in der regionalen Anlauf- und Beratungsstelle wurden sukzessive bis 2016 auf vier Stellen aufgestockt. Da im letzten Jahr der Fondslaufzeit 2018 mit einem reduzierten Arbeitsaufwand gerechnet wird, soll wieder eine Reduzierung auf zwei Stellen erfolgen. Die Beratung der Betroffenen wird aus den Mitteln des Fonds finanziert.

Die Umsetzung des Fonds Heimerziehung wird von einem landesweiten Beirat, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Kirchen und der Wohlfahrtsverbände, Mitgliedern des Landtags aber auch Betroffenen begleitet.

## **2. Antidiskriminierung und Vielfalt**

Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, der sexuellen Identität, des Alters oder aufgrund einer Behinderung müssen im Alltags- und Arbeitsleben entschieden entgegengetreten werden. Dazu werden Aufklärungs-, Informations-, Öffentlichkeits- und Projektarbeit gefördert. Das dient zugleich dazu, eine Kultur der Vielfalt zu schaffen, die auf Potenziale für unsere gesamte Gesellschaft setzt. Diese Aktivitäten werden im Referat „Antidiskriminierung und Vielfalt“ des MFFJIV gebündelt und koordiniert (Antidiskriminierungsstelle). Gleichzeitig werden dort die Zusammenarbeit der Antidiskriminierungsverbände in Rheinland-Pfalz und die Netzwerkbildung gefördert.

Die Antidiskriminierungsstelle setzt den horizontalen Ansatz des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) um. Das heißt, alle Merkmale möglicher Benachteiligungen werden gleichermaßen in den Blick genommen. Hierzu baut sie ihre Informations- und Aufklärungsangebote aus und bietet Beratung bei individuellen Anfragen und Beschwerden an.

Die im April 2015 durch den Ministerrat beschlossene „Strategie Vielfalt der Landesregierung Rheinland-Pfalz“ wird unter Koordinierung der Landesantidiskriminierungsstelle umgesetzt. Die Strategie bezieht sich auf die Handlungsfelder „Werben für Vielfalt“, „Gewährleistung des Diskriminierungsschutzes durch Sanktionen und Teilhabe“ sowie „Ausüben der Vorbildfunktion“ und besteht aus einem Leitbild, der strukturellen Verankerung und der Umsetzung der Strategie durch Einzelmaßnahmen. Sie wird ergänzt durch eine Bestandsaufnahme aller vielfaltsbezogenen Programme und Maßnahmen in den Ressorts. Die Strategie und ihre Bestandteile sollen vor dem Hintergrund der praktischen Erfahrungen in der Umsetzung bedarfsbezogen weiterentwickelt werden. Hierbei werden zukünftig die im „Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz“ zusammengeschlossenen zivilgesellschaftlichen Interessengruppen angemessen einbezogen.

## **Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für queere Lebensweisen“**

Ziele des Landesaktionsplanes „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ sind die Bekämpfung von Ausgrenzung und Diskriminierung im Bereich sexueller und geschlechtlicher Identität, die vollständige rechtliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender und Intersexuellen (LSBTTI) und die aktive Förderung von Akzeptanz sexueller Vielfalt. Die Landesregierung sieht die Politik für LSBTTI als Teil ihrer Vielfaltspolitik, die alle Merkmale des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes umfasst.

Um diesen politischen Schwerpunkt umzusetzen, hat die Landesregierung 2013 einen Maßnahmenplan mit acht Handlungsfeldern und über 170 Einzelmaßnahmen beschlossen, betreibt Öffentlichkeitsarbeit und fördert Projekte von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. zur Aufklärungs- und Bildungsarbeit. Zudem hat sie eine Zielvereinbarung mit QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. geschlossen, in dem sich die Kooperationspartner verpflichten, den Landesaktionsplan in gemeinsamen Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen prozesshaft umzusetzen.

Der Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ wird in der neuen Legislaturperiode fortgeschrieben. Schwerpunkte sind die Aufarbeitung der Verfolgung der Homosexualität in Rheinland-Pfalz, die Verbesserung der Lebenssituation von transidenten und intersexuellen Menschen, die Unterstützung von LSBTTI-Flüchtlingen, Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit und die rechtliche Gleichstellung auf Bundes- und EU-Ebene.

## **II. Verbraucherschutz**

Ziel der Verbraucherpolitik in Rheinland-Pfalz ist es, den Schutz und die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher weiter zu stärken und für verlässliche Rahmenbedingungen zu sorgen. Angesichts eines globalen Markts, zunehmend komplexerer Geschäftsmodelle und des rapiden technischen Fortschritts wird es dabei immer wichtiger, dass Verbraucherinnen und Verbraucher befähigt werden, informiert, kritisch und selbstbewusst am Markt teilzuhaben und ihre Rechte geltend zu machen. Verbraucherbildung, -beratung und -information sind daher wesentliche Eckpfeiler des Verbraucherschutzes. Insbesondere für besonders schutzbedürftige Verbrauchergruppen sollen themen- und zielgruppengerichtete Bildungsangebote vorgehalten

werden. Dabei ist den besonderen Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen, Senioren, Familien und Zugewanderten Rechnung zu tragen. Bestehende Angebote und Informationen müssen ständig aktualisiert und neuen Bedarfen angepasst werden.

Zur Umsetzung dieses Auftrags ist die enge Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e.V. und deren Grundförderung sowie die Förderung von Schwerpunktprojekten beispielsweise in den Bereichen „Digitale Medien“ oder „Finanzdienstleistungen“ wichtig. Auch die enge Kooperation mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit sowie mit weiteren Partnern um Formate zur Verbraucherbildung, aber auch zur alternativen Streitschlichtung zu entwickeln und vorzuhalten, ist notwendig. Der Austausch mit Wirtschaft und Wissenschaft, insbesondere im Format „Verbraucherdialog“ trägt zudem dazu bei, in Politik und Praxis auf eine verbraucher- und datenschutzfreundliche Angebotsgestaltung hinzuwirken.

Die Landesregierung verfolgt u.a. folgende Schwerpunkte:

- Förderung von Maßnahmen und Projekten zur schulischen und außerschulischen Verbraucherbildung
- Förderung der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e.V. bzw. Stärkung der unabhängigen Verbraucherberatung und -information
- Förderung der Schlichtungsstelle für den E-Commerce „Der Online-Schlichter“
- Unterstützung von Maßnahmen zur Marktbeobachtung und Rechtsdurchsetzung
- Durchführung von Maßnahmen zum vorsorgenden Verbraucher- und Datenschutz

### **III. Strafrechtliches Rehabilitationsgesetz**

Aus den Titeln 07 02 – 681 41 und 681 42 werden soziale Ausgleichszahlungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitationsgesetz (Kapitalentschädigungen und besondere Zuwendungen für Haftopfer politischer Verfolgung in der ehemaligen DDR) gewährt.

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 02 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

<b>119 12</b>	291	<b>Einnahmen aus Überzahlungen nach Schluss des Haushaltsjahres</b>	<b>25.000</b> 15.296	<b>15.000</b>	<b>15.000</b>
		Erläuterungen: Anpassung an das Ist.			
<b>162 61</b>	291	<b>Zinseinnahmen</b>	<b>2.500</b> 13.955	<b>13.000</b>	<b>13.000</b>

Weggefallene Titel

<b>(181 03)</b>	018	<b>Erstattungen aus dem Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung nach Maßgabe des Versorgungslastenteilungsstaatsvertrages</b>	<b>0</b> 124.493		
		Erläuterungen: Umsetzung wegen der Umgruppierung der Zuführungs- und Entnahmetitel mit Bezug zum Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung Rheinland-Pfalz nach 07 02 - 234 03.			

<b>Summe HGr. 1:</b>			<b>27.500</b> 153.744	<b>28.000</b>	<b>28.000</b>
----------------------	--	--	--------------------------	---------------	---------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

<b>231 01</b>	018	<b>Beteiligung des Bundes an den Versorgungslasten</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
		Erläuterungen: Leertitel.			

<b>231 03</b>	237	<b>Erstattungen vom Bund für Unterhaltsvorschussleistungen</b>	<b>12.750.000</b> 12.153.815	<b>18.815.000</b>	<b>25.238.900</b>
		Vgl. Vermerk bei Titel 681 08.			
		Erläuterungen: Der Bund beteiligt sich nach § 8 UVG bis 30.06.2017 zu 33 %. Ab dem 01.07.2017 zu 40 % (vgl. Titel 681 08).			

<b>231 06</b>	244	<b>Erstattungen vom Bund für Kapitalschädigung nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz</b>	<b>16.300</b> 26.349	<b>16.300</b>	<b>16.300</b>
		Vgl. Vermerk bei Titel 681 41.			
		Erläuterungen: Gemäß § 20 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes trägt der Bund 65 v.H. der Ausgaben, die den Ländern durch Leistungen nach diesem Gesetz entstehen.			

<b>231 11</b>	244	<b>Erstattungen vom Bund für besondere Zuwendungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz</b>	<b>474.500</b> 1.097.548	<b>1.170.000</b>	<b>1.170.000</b>
		Vgl. Vermerk bei 681 42.			
		Erläuterungen: Gemäß § 20 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes trägt der Bund 65 v.H. der Ausgaben, die den Ländern durch Leistungen nach diesem Gesetz entstehen. Mehr aufgrund einer geänderten Veranschlagungspraxis.			

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 02 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015		
			Angaben in EUR		
231 20	018	<b>Erstattungen des Bundes nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag</b>  Erläuterungen: Leertitel.	0	0	0
232 01	018	<b>Beteiligung der Länder an den Versorgungslasten</b>  Erläuterungen: Leertitel.  Diesem Titel sind sämtliche Erstattungen zur Beteiligung an den Versorgungslasten des Landes, soweit sie nicht kapitalisierte Erstattungen nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag oder die Titel 231 01 oder 233 01 betreffen oder aus besonderem Grund anderweitig zu veranschlagen sind, zuzuordnen.	0	0	0
232 20	018	<b>Erstattungen der Länder nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag</b>  Erläuterungen: Leertitel.	0	0	0
233 01	018	<b>Beteiligung der Gemeinden/GV an den Versorgungslasten</b>  Erläuterungen: Leertitel.	0	0	0
233 20	018	<b>Erstattungen der Gemeinden/ GV nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag</b>  Erläuterungen: Leertitel.	0	0	0
234 03 neu	018	<b>Erstattungen aus dem Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung nach Maßgabe des Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrages</b>  <i>Vgl. Vermerk bei 631 01, 632 01, 633 01.</i>  Erläuterungen: Umsetzung wegen der Umgruppierung der Zuführungs- und Entnahmetitel mit Bezug zum Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung Rheinland-Pfalz von 07 02 - 181 03. ( Ist 2015: 124.493 EUR. Ansatz 2016: 0 EUR.) Leertitel.  Vereinnahmung von Erstattungen aus dem Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung Rheinland-Pfalz im Rahmen der Anwendung des Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrages zur Leistung korrespondierender Ausgaben bei den Titeln 631 01, 632 01 und 633 01.		0	0
281 08	237	<b>Erstattung von Unterhaltsvorschussleistungen</b>  Erläuterungen: Erstattungen der zum Unterhalt verpflichteten Personen gemäß § 7 des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG).	6.240.000 6.544.132	9.164.000	11.705.000
282 10	291	<b>Spenden Dritter für Aufgaben des Landes</b>  <i>Vgl. Vermerk bei 684 10.</i>  Erläuterungen: Leertitel.	0 23.056	0	0



**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 02 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

**Aus Titelgruppen:** **2.359.200**  
2.440.398 **2.359.200** **2.359.200**

**Außerplanmäßige T. / Ausgabereste / Weggefallene T.** 60.545

---

**Summe HG. 2:** **21.840.000**  
22.345.843 **31.524.500** **40.489.400**

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

**412 02 011 Kosten für Mitglieder von Fachbeiräten und Ausschüssen** **14.800** **16.800** **16.800**

**Erläuterungen:**

Umgesetzt von 07 01 - 412 02 aufgrund der neuen Budgetierungsvorgaben (steuerbar / nicht steuerbare Ausgaben).

		<b>2017</b>	<b>2018</b>
		<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
1.	Härtefallkommission	3.000	3.000
2.	Arbeitsgemeinschaft Flüchtlingswesen	3.000	3.000
3.	Landesbeirat für Migration und Integration	2.500	2.500
4.	Landesbeirat für Familienpolitik	500	500
5.	Landesbeirat für den Vollzug der Abschiebungs- und Zurückweisungshaft	2.500	2.500
6.	Beirat nach dem Landesgesetz über die staatliche Anerkennung von Sozialpädagoginnen und -pädagogen	300	300
7.	Landesfrauenbeirat	3.000	3.000
8.	Fachbeirat im Verbraucherschutz	2.000	2.000
<b>Summe:</b>		<b>16.800</b>	<b>16.800</b>

**412 11 011 Aufwandsentschädigung für Aufgaben nach dem Personalvertretungsrecht** **0** **0** **0**

**Erläuterungen:**

Leertitel.

**422 11 011 Nachversicherung der ausgeschiedenen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** **0** **0** **0**

**Erläuterungen:**

Leertitel.

**432 01 018 Versorgungsbezüge der Beamtinnen und Beamten** **19.000**  
16.697 **149.000** **190.000**

**432 02 018 Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen von Beamtinnen und Beamten** **0** **0** **0**

**Erläuterungen:**

Leertitel.

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 02 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015		
			Angaben in EUR		
<b>(434 01)</b> <b>2018</b>	018	<b>Zuführungen an den Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung nach § 3a LFinFG (aus der Versorgungsanpassung)</b>  Erläuterungen: Wegfall der "Kantherrücklage" ab 01.01.2018.	<b>500</b> 451	<b>1.500</b>	
<b>439 01</b>	018	<b>Erstattungen an Versicherungsträger (im Zuge der Durchführung des Versorgungsausgleichs nach dem 1. EheRG)</b>  Erläuterungen: Leertitel.	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>441 01</b>	841	<b>Beihilfen</b>  Erläuterungen: Anpassung an das Ist. Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 02 - 441 01 in Höhe von 24.400 EUR bzw. 24.400 EUR. Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 von 05 02 - 441 01 in Höhe von 18.000 EUR bzw. 18.000 EUR.	<b>529.300</b> 228.885	<b>239.600</b>	<b>239.600</b>
<b>443 01</b>	841	<b>Unfallfürsorge für Beamtinnen und Beamte (Richterinnen und Richter)</b>  Erläuterungen: Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 02 - 443 01 in Höhe von 1.600 EUR bzw. 1.600 EUR.	<b>35.100</b>	<b>33.500</b>	<b>33.500</b>
<b>443 05</b>	841	<b>Ärztliche Untersuchungen sowie arbeitssicherheitsrechtliche Maßnahmen im öffentlichen Dienst</b>	<b>32.200</b>	<b>32.200</b>	<b>32.200</b>
<b>446 01</b>	018	<b>Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger</b>  <b>Weggefallene Titel</b>	<b>5.000</b>	<b>11.000</b>	<b>66.500</b>
<b>(452 01)</b>	011	<b>Erstattungen an Sozialversicherungsträger (Versorgungsausgleich 1. EheRG)</b>  Erläuterungen: Zusammenfassung bei 07 02 - 439 01.	<b>0</b>		
<b>Aus Titelgruppen:</b>			<b>374.000</b> 302.950	<b>374.000</b>	<b>374.000</b>
<b>Summe HGr. 4:</b>			<b>1.009.900</b> 548.983	<b>857.600</b>	<b>952.600</b>
<b>HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst</b>					
<b>534 01</b> <b>neu</b>	651	<b>Maßnahmen zur Verbraucherinformation und Produktsicherheit</b>  <i>Die Ausgaben bei 534 01, 684 02 sind gegenseitig deckungsfähig; dies gilt auch für die Verpflichtungsermächtigungen.</i>		<b>384.000</b>	<b>384.000</b>

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 02 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 534 01

**Verpflichtungsermächtigung**

	2017 EUR	2018 EUR
Betrag	<b>0</b>	<b>310.000</b>
davon fällig		
2018 bis zu	0	
2019 bis zu	0	310.000
2020 bis zu	0	0
2021 bis zu	0	0
2022 ff bis zu		0

**zur Verpflichtungsermächtigung**

Bewilligungsrahmen	2017 EUR	2018 EUR
Vorbelastung aus Verpflichtungsermächtigungen früherer Haushaltsjahre		0
davon veranschlagt	0	0
verbleibende Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre	0	0
für neue Maßnahmen sind Gesamtausgaben vorgesehen von	384.000	694.000
davon veranschlagt	384.000	384.000
verbleibende Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre, zugleich neue Verpflichtungsermächtigung	0	310.000
Veranschlagt zusammen	384.000	384.000
Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre insgesamt	0	310.000

**Erläuterungen:**

Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 von 05 02 - 534 01 in Höhe von 384.000 EUR bzw. 384.000 EUR.

Aus diesem Titel können auch Maßnahmen Dritter gefördert werden. Vorgesehen sind Maßnahmen zur Stärkung des Verbraucherschutzes u.a. im Rahmen des Verbraucherdialogs und der Verbraucherbildung sowie zur Kompetenzstärkung der Verbraucherinnen und Verbraucher in Fragen des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes.

<b>534 02 neu</b>	<b>651</b>	<b>Maßnahmen zur Verbraucherbildung im Bereich des Verbraucherdatenschutzes</b>	<b>112.700</b>	<b>105.700</b>
-------------------	------------	---	----------------	----------------

**Erläuterungen:**

Umsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 von 05 02 - 534 02. ( Ist 2015: 130.000 EUR. Ansatz 2016: 127.400 EUR.)

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Durchführung von Workshops in Schulen zum Verbraucherdatenschutz durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit.

<b>549 01</b>	<b>881</b>	<b>Globale Minderausgaben</b>	<b>-3.259.200</b>	<b>-2.944.400</b>	<b>-5.444.400</b>
---------------	------------	-------------------------------	-------------------	-------------------	-------------------

**Erläuterungen:**

Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 02 - 549 01 in Höhe von -3.752.300 EUR bzw. -3.324.400 EUR.

<b>Aus Titelgruppen:</b>	<b>2.000</b>	<b>2.000</b>	<b>2.000</b>
	3.351		

<b>Summe HG. 5:</b>	<b>-3.257.200</b>	<b>-2.445.700</b>	<b>-4.952.700</b>
	3.351		

**HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**

<b>631 01</b>	<b>018</b>	<b>Beteiligung an den Versorgungslasten des Bundes</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			124.493		

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 02 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015		
			Angaben in EUR		

noch zu 631 01

*Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 234 03 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

Leertitel.

<b>631 02</b>	<b>237</b>	<b>Erstattung von Unterhaltsvorschussleistungen an den Bund</b>	<b>3.120.000</b>	<b>4.986.000</b>	<b>6.689.000</b>
			3.263.231		

*Die Ausgaben sind übertragbar.  
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe des in § 8 des Unterhaltsvorschussgesetz festgelegten Satzes der Mehreinnahmen bei Titel 281 08 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

Unterhaltsvorschussleistungen, die von den zum Unterhalt verpflichteten Personen erstattet werden (vgl. Titel 281 08), sind anteilig an den Bund abzuführen.

Der Bund beteiligt sich nach § 8 UVG bis 30.06.2017 zu 33 %. Ab dem 01.07.2017 zu 40 %.

<b>632 01</b>	<b>018</b>	<b>Beteiligung an den Versorgungslasten der Länder</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
---------------	------------	--	----------	----------	----------

*Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 234 03 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

Leertitel.

<b>632 08 neu</b>	<b>861</b>	<b>Kostenanteile an gemeinsamen Einrichtungen des Bundes und der Länder</b>		<b>0</b>	<b>0</b>
-------------------	------------	---	--	----------	----------

**Erläuterungen:**

Leertitel.

Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 von 05 02 - 632 08 in Höhe von 7.900 EUR bzw. 900 EUR.

<b>633 01</b>	<b>018</b>	<b>Beteiligung an den Versorgungslasten der Gemeinden/GV</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
---------------	------------	--	----------	----------	----------

*Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 234 03 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

Leertitel.

<b>633 02</b>	<b>291</b>	<b>Leistungen nach dem Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit</b>	<b>1.381.800</b>	<b>1.484.000</b>	<b>1.521.100</b>
			1.367.793		

*Die Ausgaben bei 633 02, 684 23, 893 23 sind gegenseitig deckungsfähig.*

**Erläuterungen:**

Nach dem Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit sind Zuweisungen an die Träger der Jugendämter gemäß § 4 Abs. 2 LKindSchuG in der veranschlagten Höhe zu leisten.

<b>634 02 neu</b>	<b>118</b>	<b>Zuführungen der von Dritten geleisteten Erstattungen nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag an den Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung</b>		<b>0</b>	<b>0</b>
-------------------	------------	--	--	----------	----------

**Erläuterungen:**

Umsetzung wegen der Umgruppierung der Zuführungs- und Entnahmetitel mit Bezug zum Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung Rheinland-Pfalz von 07 02 - 861 02. ( Ist 2015: 60.545 EUR. Ansatz 2016: 0 EUR.)

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 02 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 634 02

Leertitel.

<b>636 03</b>	291	<b>Kostenerstattungen aufgrund des Gesetzes zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen</b>	<b>1.666.000</b> 1.245.517	<b>1.666.000</b>	<b>1.666.000</b>
---------------	-----	---	-------------------------------	------------------	------------------

*Die Ausgaben bei 636 03, 684 26, 684 27 sind gegenseitig deckungsfähig.  
 Die Ausgaben sind übertragbar.*

<b>681 08</b>	237	<b>Unterhaltsvorschussleistungen</b>	<b>25.120.000</b> 24.307.629	<b>34.582.000</b>	<b>44.168.000</b>
---------------	-----	--------------------------------------	---------------------------------	-------------------	-------------------

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei dem Titel 231 03 geleistet werden.  
 Die Ausgaben sind übertragbar.  
 Rückflüsse von zu Unrecht gezahlten Leistungen und Erstattungen können von der Ausgabe abgesetzt werden.  
 Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe des in § 8 des Unterhaltsvorschussgesetz festgelegten Satzes der Mehreinnahmen bei Titel 281 08 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG). Die vom Bund zu tragenden Geldleistungen werden bei Titel 231 03 vereinnahmt. Erstattungen der zum Unterhalt verpflichteten Personen werden bei Titel 281 08 als Einnahmen nachgewiesen und anteilig an den Bund abgeführt (vgl. Titel 631 02).

Der Bund beteiligt sich nach § 8 UVG bis 30.06.2017 zu 33 %. Ab dem 01.07.2017 zu 40 %.

<b>681 41</b>	244	<b>Kapitalentschädigung nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz</b>	<b>25.000</b> 40.536	<b>25.000</b>	<b>25.000</b>
---------------	-----	--	-------------------------	---------------	---------------

*Die Ausgaben bei 681 41, 681 42 sind gegenseitig deckungsfähig.  
 Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei dem Titel 231 06 geleistet werden.  
 Die Ausgaben sind übertragbar.*

**Erläuterungen:**

Opfern der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR kann auf Antrag eine Entschädigung nach § 17 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes gewährt werden.

<b>681 42</b>	244	<b>Besondere Zuwendung für Haftopfer nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz</b>	<b>730.000</b> 1.683.619	<b>1.800.000</b>	<b>1.800.000</b>
---------------	-----	---	-----------------------------	------------------	------------------

*Die Ausgaben bei 681 41, 681 42 sind gegenseitig deckungsfähig.  
 Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 231 11 geleistet werden.  
 Die Ausgaben sind übertragbar.*

**Erläuterungen:**

Für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR besteht auf Antrag unter bestimmten Voraussetzungen ein Anspruch auf Gewährung einer monatlich auszahlenden besonderen Zuwendung für Haftopfer (sogenannte "Opferrente") nach § 17 a des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes.

Mehr aufgrund einer geänderten Veranschlagungspraxis.

<b>684 01</b>	011	<b>Zuschüsse für Maßnahmen und zur Förderung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes</b>	<b>48.000</b> 9.541	<b>47.000</b>	<b>47.000</b>
---------------	-----	--	------------------------	---------------	---------------

*Die Ausgaben bei 684 01, 684 05, 686 03 sind gegenseitig deckungsfähig.  
 Die Ausgaben sind übertragbar.*

**Erläuterungen:**

Veranstaltungen und Projekte zur Förderung des Antidiskriminierungsgedanken. Aus den Mittel können auch eigene und kommunale Maßnahmen durchgeführt werden.

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 02 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015		

Angaben in EUR

**684 02 neu**      **651 Zuschüsse zur Förderung der Verbraucherunterrichtung**      **1.745.000**      **1.780.000**

*Die Ausgaben bei 534 01, 684 02 sind gegenseitig deckungsfähig; dies gilt auch für die Verpflichtungsermächtigungen.*

**Verpflichtungsermächtigung**

	2017	2018
	EUR	EUR
Betrag	<b>0</b>	<b>5.400.000</b>
davon fällig		
2018 bis zu	0	
2019 bis zu	0	1.800.000
2020 bis zu	0	1.800.000
2021 bis zu	0	1.800.000
2022 ff bis zu		0

**zur Verpflichtungsermächtigung**

Bewilligungsrahmen	2017	2018
	EUR	EUR
Vorbelastung aus Verpflichtungsermächtigungen früherer Haushaltsjahre	3.400.000	1.700.000
davon veranschlagt	1.700.000	1.700.000
verbleibende Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre	1.700.000	0
für neue Maßnahmen sind Gesamtausgaben vorgesehen von	45.000	5.480.000
davon veranschlagt	45.000	80.000
verbleibende Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre, zugleich neue Verpflichtungsermächtigung	0	5.400.000
Veranschlagt zusammen	1.745.000	1.780.000
Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre insgesamt	1.700.000	5.400.000

**Erläuterungen:**

Umsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 von 05 02 - 684 01. ( Ist 2015: 2.009.600 EUR. Ansatz 2016: 1.700.000 EUR.)

**684 05**      **219 Zuschüsse zur Förderung von Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen**      **105.600**      **103.400**      **103.400**  
 103.559

*Die Ausgaben bei 684 01, 684 05, 686 03 sind gegenseitig deckungsfähig.*

*Die Ausgaben sind übertragbar.*

**Erläuterungen:**

Der Betrag dient der Unterstützung und Stärkung des ehrenamtlichen Engagements. Es sollen insbesondere Auslagen, Fahrtkostenersatz, Versicherungsschutz, Honorare und Zuschüsse zur Aus- und Weiterbildung ehrenamtlicher Kräfte gewährt werden.

Aus den Mitteln können auch kommunale und eigene Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen finanziert werden.

	2017	2018
	EUR	EUR
1. Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen und Förderung der Akzeptanz sexueller Vielfalt	71.000	71.000
2. Mittel zur Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit	32.400	32.400
<b>Summe:</b>	<b>103.400</b>	<b>103.400</b>

**684 10**      **291 Zuschüsse aus der Verwendung von Spenden, Sammlungen und dergleichen**      **0**      **0**      **0**  
 760

*Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 10 geleistet werden.*

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 02 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 684 10

Erläuterungen:  
 Leertitel.

<b>684 16</b>	<b>291</b>	<b>Zuschüsse zur institutionellen Förderung, besonders von Trägern der Familienarbeit</b>	<b>199.900</b>	<b>211.400</b>	<b>213.900</b>
			196.900		

*Die Ausgaben sind übertragbar.*

Erläuterungen:

Die Erhöhung der Förderung von Pro Familia e. V. wurde im parlamentarischen Verfahren vorgenommen. Der aktualisierte Wirtschaftsplan wird im parlamentarischen Entsperrungsverfahren vorgelegt.

		2017 EUR	2018 EUR
1.	Pro Familia e.V., Landesverband Rheinland-Pfalz	121.400	123.900
2.	Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Landesverband Rheinland-Pfalz e.V. (VAMV)	90.000	90.000
<b>Summe:</b>		<b>211.400</b>	<b>213.900</b>

**Übersicht über den (vorläufigen) Haushalts-/Wirtschaftsplan des Landesverbandes Pro-Familia e.V.**

Ausgaben:	2015 EUR	2016 EUR	2017 EUR	2018 EUR
1. Personalausgaben	92.990	108.100	111.400	114.200
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	38.987	33.500	36.500	36.700
Zusammen:	131.977	141.600	147.900	150.900
Abzüglich Einnahmen:	13.100	22.700	29.000	32.000
Mithin Zuwendungsbedarf:	118.877	118.900	118.900	118.900

Der Zuwendungsbedarf soll gedeckt werden durch:	2015 EUR	2016 EUR	2017 EUR	2018 EUR
Land - institutionelle Förderung	118.900	118.900	118.900	118.900
Zusammen:	118.900	118.900	118.900	118.900

Stellenplan:	2016 Stellenanzahl	2017 Stellenanzahl	2018 Stellenanzahl
<b>Beschäftigte</b>			
E 14 TV-L	0,90	0,90	0,90
E 9 TV-L	0,90	0,90	0,90
<b>Zusammen:</b>	<b>1,80</b>	<b>1,80</b>	<b>1,80</b>
Insgesamt:	1,80	1,80	1,80

**Übersicht über den (vorläufigen) Haushalts-/Wirtschaftsplan des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter, Landesverband Rheinland-Pfalz e.V. (VAMV)**

Ausgaben:	2015 EUR	2016 EUR	2017 EUR	2018 EUR
1. Personalausgaben	76.957	77.300	79.500	81.500
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	22.747	23.800	32.800	32.800
3. Besondere Finanzierungsausgaben	21.394	19.900	0	0
4. Modellprojekt Kinderbetreuungslotse	24.210	32.200	32.100	0
Zusammen:	145.308	153.200	144.400	114.300
Abzüglich Einnahmen:	33.808	47.200	48.300	18.200
Mithin Zuwendungsbedarf:	111.500	106.000	96.100	96.100

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 02 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015		

Angaben in EUR

noch zu 684 16

Der Zuwendungsbedarf soll gedeckt werden durch:		2015 EUR	2016 EUR	2017 EUR	2018 EUR
1.	Land - institutionelle Förderung	78.000	81.000	90.000	90.000
2.	Sonstige Zuwendungen	33.500	25.000	6.100	6.100
Zusammen:		111.500	106.000	96.100	96.100

Stellenplan:		2016 Stellenanzahl	2017 Stellenanzahl	2018 Stellenanzahl
<b>Beschäftigte</b>				
E 13 TV-L		0,75	0,75	0,75
E 6 TV-L		0,50	0,50	0,50
<b>Zusammen:</b>		<b>1,25</b>	<b>1,25</b>	<b>1,25</b>
Insgesamt:		1,25	1,25	1,25

<b>684 23</b>	<b>291</b>	<b>Zuschüsse zu familienfördernden Maßnahmen</b>	<b>2.402.100</b> 1.874.878	<b>2.215.500</b>	<b>2.213.000</b>
---------------	------------	--	-------------------------------	------------------	------------------

*Die Ausgaben bei 633 02, 684 23, 893 23 sind gegenseitig deckungsfähig.*

*Die Ausgaben sind übertragbar.*

**Verpflichtungsermächtigung**

Betrag	2017 EUR	2018 EUR
	<b>0</b>	<b>0</b>
davon fällig		
2018 bis zu	0	
2019 bis zu	0	0
2020 bis zu	0	0
2021 bis zu	0	0
2022 ff bis zu		0

**zur Verpflichtungsermächtigung**

Bewilligungsrahmen	2017 EUR	2018 EUR
Vorbelastung aus Verpflichtungsermächtigungen früherer Haushaltsjahre	436.000	138.000
davon veranschlagt	298.000	138.000
verbleibende Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre	138.000	0
für neue Maßnahmen sind Gesamtausgaben vorgesehen von	1.917.500	2.075.000
davon veranschlagt	1.917.500	2.075.000
verbleibende Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre, zugleich neue Verpflichtungsermächtigung	0	0
Veranschlagt zusammen	2.215.500	2.213.000
Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre insgesamt	138.000	0

**Erläuterungen:**

Zuschüsse



**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 02 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 684 23

		2017	2018
		EUR	EUR
1.	Förderung der Familieninstitutionen	1.024.000	1.024.000
2.	Initiativen im Rahmen des Programms "Familien stärken - Vielfalt leben"	517.500	515.000
3.	Familienferienförderung	631.000	631.000
4.	Arbeitsgemeinschaft der Familienorganisationen	25.000	25.000
5.	Ratgeber Familie	13.000	13.000
6.	sonstiges Maßnahmen	5.000	5.000
<b>Summe:</b>		<b>2.215.500</b>	<b>2.213.000</b>

Aus den Mitteln können auch investive und Maßnahmen des Landes, besonders auch Sachkosten, finanziert werden.

<b>684 26</b>	<b>291</b>	<b>Förderung von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und Schwangerenberatungsstellen</b>	<b>5.241.800</b>	<b>5.784.400</b>	<b>5.895.000</b>
			5.214.903		

*Die Ausgaben bei 636 03, 684 26, 684 27 sind gegenseitig deckungsfähig.*

*Die Ausgaben sind übertragbar.*

**Erläuterungen:**

Aus dem Titel werden Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen i.S.d. § 8 Schwangerschaftskonfliktgesetz - SchKG - und Beratungsstellen i.S.d. § 3 SchKG gefördert.

Aus den Mitteln können auch Maßnahmen des Landes, besonders auch Sachkosten, finanziert werden.

<b>684 27</b>	<b>291</b>	<b>Zuschüsse zu den Kosten der sozialen Beratungsdienste</b>	<b>3.667.700</b>	<b>3.794.200</b>	<b>3.852.300</b>
			3.554.697		

*Die Ausgaben bei 636 03, 684 26, 684 27 sind gegenseitig deckungsfähig.*

*Die Ausgaben sind übertragbar.*

**Erläuterungen:**

		2017	2018
		EUR	EUR
1.	Maßnahmen der Erziehungs- und Familienberatung	3.757.400	3.815.500
2.	Modellprojekte und Fachtagungen	36.800	36.800
<b>Summe:</b>		<b>3.794.200</b>	<b>3.852.300</b>

Das Angebot sozialer Beratung, besonders die Erziehungsberatung und die Trennungs- und Scheidungsberatung, soll vor dem Hintergrund des Kindschaftsrechts bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.

Aus den Mitteln können auch kommunale Einrichtungen und Maßnahmen des Landes, auch Sachkosten, finanziert werden.

<b>684 51 neu</b>	<b>262</b>	<b>Zuschüsse für die Kinderschutzarbeit freier Träger der Jugendhilfe</b>		<b>789.000</b>	<b>789.000</b>
-------------------	------------	---	--	----------------	----------------

*Die Ausgaben bei 07 02 - 684 51, 07 05 - 684 48 sind gegenseitig deckungsfähig.*

**Erläuterungen:**

Umsetzung wegen Änderung der Veranschlagungssystematik von 07 05 - 684 51. ( Ist 2015: 786.333 EUR. Ansatz 2016: 802.000 EUR.)

Zuschüsse zu den Personalkosten der Kinderschutzdienste.

Der Personalkostenzuschuss beträgt 25.000 € je Personalstelle. Es existierten 17 Kinderschutzdienste.

<b>686 03</b>	<b>219</b>	<b>Maßnahmen zur Förderung der interkulturellen Öffnung</b>	<b>75.200</b>	<b>38.700</b>	<b>38.700</b>
			30.836		

*Die Ausgaben bei 684 01, 684 05, 686 03 sind gegenseitig deckungsfähig.*

*Die Ausgaben sind übertragbar.*

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 02 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 686 03

**Erläuterungen:**

Aus den Mitteln können auch kommunale Maßnahmen gefördert und eigene Maßnahmen des Landes durchgeführt werden.  
 Anpassung an die Ist-Ausgabe.

<b>686 04</b>	<b>291</b>	<b>Zuschüsse an die Stiftung "Familie in Not"</b>	<b>100.000</b>	<b>98.000</b>	<b>98.000</b>
			100.000		

**Erläuterungen:**

Aufgrund der derzeitigen Zinssituation reichen die Erträge aus dem Stiftungskapital in 2015 nicht mehr zur Deckung des Antragsvolumens aus.

**Weggefallene Titel**

<b>(633 11)</b>	<b>291</b>	<b>Zuschüsse zur Übernahme der Essenskosten an Ganztags- schulen und in Kindertagesstätten</b>	<b>500.000</b>		
			363.817		

**Erläuterungen:**

Umsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 02 - 633 11.  
 Veranschlagt sind die Ausgaben für

- die Sicherstellung des Mittagessens in Kindertagesstätten für Kinder aus sozial bedürftigen Familien und
- das Mittagessen an Ganztagschulen für Kinder und Jugendliche aus sozial bedürftigen Familien.

<b>Aus Titelgruppen:</b>			<b>3.775.200</b>	<b>3.266.200</b>	<b>2.179.200</b>
			2.468.706		

**Außerplanmäßige T. / Ausgabereste / Weggefallene T.**

173.970

<b>Summe HGr. 6:</b>			<b>48.158.300</b>	<b>62.635.800</b>	<b>73.078.600</b>
			46.125.384		

**HGr. 8: Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen**

<b>893 23</b>	<b>291</b>	<b>Zuschüsse zum Bau und zur Ausstattung von Familienferi- enstätten</b>	<b>145.000</b>	<b>145.000</b>	<b>145.000</b>
			55.500		

*Die Ausgaben bei 633 02, 684 23, 893 23 sind gegenseitig deckungsfähig.*

**Verpflichtungsermächtigung**

	2017	2018
	EUR	EUR
Betrag	<b>125.000</b>	<b>90.000</b>

davon fällig

2018 bis zu	55.000	
2019 bis zu	35.000	55.000
2020 bis zu	35.000	35.000
2021 bis zu	0	0
2022 ff bis zu		0

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 02 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 893 23

**zur Verpflichtungsermächtigung**

Bewilligungsrahmen	2017 EUR	2018 EUR
Vorbelastung aus Verpflichtungsermächtigungen früherer Haushaltsjahre	125.000	195.000
davon veranschlagt	55.000	90.000
verbleibende Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre	70.000	105.000
für neue Maßnahmen sind Gesamtausgaben vorgesehen von	215.000	145.000
davon veranschlagt	90.000	55.000
verbleibende Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre, zugleich neue Verpflichtungsermächtigung	125.000	90.000
Veranschlagt zusammen	145.000	145.000
Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre insgesamt	195.000	195.000

**Weggefallene Titel**

<b>(861 02)</b>	<b>118</b>	<b>Zuführungen der von Dritten geleisteten Erstattungen nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag an den Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung</b>	<b>0</b>	<b>60.545</b>	
-----------------	------------	--	----------	---------------	--

**Erläuterungen:**

Umsetzung wegen der Umgruppierung der Zuführungs- und Entnahmetitel mit Bezug zum Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung Rheinland-Pfalz nach 07 02 - 634 02.

**Außerplanmäßige T. / Ausgabereste / Weggefallene T.**

606.723

<b>Summe HG. 8:</b>	<b>145.000</b>	<b>145.000</b>	<b>145.000</b>
	722.768		

**HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben**

<b>981 05</b>	<b>891</b>	<b>Erstattung des Verwaltungsaufwandes an das LfF für die Zahlbarmachung von Bezügen</b>	<b>74.400</b>	<b>71.300</b>	<b>71.300</b>
			51.536		

*Mehrausgaben dürfen in Höhe der Minderausgaben bei Hauptgruppe 4 der jeweiligen Kapitel geleistet werden.  
 Einnahmen aus Rückzahlungen durch das LfF sind von der Ausgabe abzusetzen.*

<b>Summe HGr. 9:</b>	<b>74.400</b>	<b>71.300</b>	<b>71.300</b>
	51.536		

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 02 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015		
Angaben in EUR					

**Titelgruppen**

Einnahmen

TGr. 74: Entschädigungsfonds "Heimerziehung"

<b>231 74</b>	291	<b>Verwaltungskostenerstattung für Anlaufstelle Heimerziehung</b>	<b>196.000</b>	<b>196.000</b>	<b>196.000</b>
			277.236		

*Vgl. Vermerk bei TG 74.*

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 74:			<b>196.000</b>	<b>196.000</b>	<b>196.000</b>
			277.236		

TGr. 75: Leistungen nach dem Bundeskinderschutzgesetz

<b>231 75</b>	263	<b>Bundeszweisungen nach dem Bundeskinderschutzgesetz</b>	<b>2.163.200</b>	<b>2.163.200</b>	<b>2.163.200</b>
			2.163.162		

*Vgl. Vermerk bei TG 75.*

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 75:			<b>2.163.200</b>	<b>2.163.200</b>	<b>2.163.200</b>
			2.163.162		

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen			<b>2.359.200</b>	<b>2.359.200</b>	<b>2.359.200</b>
			2.440.398		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016 Ist 2015	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Angaben in EUR		

### Titelgruppen

#### Ausgaben

#### TGr. 74: Entschädigungsfonds "Heimerziehung"

*Die Ausgaben bei TGr 74 sind gegenseitig deckungsfähig.  
 Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 231 74 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

Zusammensetzung der Ausgaben des Entschädigungsfonds "Heimerziehung"

		2017 EUR	2018 EUR
1.	Beteiligung am Fonds	1.792.000	196.000
2.	Anlauf- und Beratungsstelle	196.000	196.000
<b>Summe:</b>		<b>1.988.000</b>	<b>392.000</b>

<b>428 74</b>	<b>291</b>	<b>Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b>	<b>196.000</b> 135.074	<b>196.000</b>	<b>196.000</b>
---------------	------------	--	---------------------------	----------------	----------------

**Stellenplan:**

EntgeltGr	2016	2017	2018
E 9	3,00	3,00	1,00
davon kw	2017: 2,00 im Jahr 2017 mit Auslaufen des Projektes Fonds Heimerziehung		
davon kw	2017: 1,00 im Jahr 2018 aufgrund des Aussteuerungskonzeptes des Bundes 2018: 1,00 im Jahr 2018 aufgrund des Aussteuerungskonzeptes des Bundes		
E 6	1,00	1,00	0,50
davon kw	2017: 0,50 im Jahr 2017 mit Auslaufen des Projektes Fonds Heimerziehung		
davon kw	2017: 0,50 im Jahr 2018 aufgrund des Aussteuerungskonzeptes des Bundes 2018: 0,50 im Jahr 2018 aufgrund des Aussteuerungskonzeptes des Bundes		

**Zusammen:** **4,00** **4,00** **1,50**

**Stellen insgesamt (soweit nicht Leerstellen):** **4,00** **4,00** **1,50**

**Erläuterungen:**

**2017** **2018**

**Abgänge**

Abgänge infolge Vollzug kw-Vermerk

0,00 2,00 E 9  
 0,00 0,50 E 6



**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 02 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			lst 2015	Angaben in EUR	

		2017 EUR	2018 EUR
1.	Zuwendungen für die örtlichen Träger	1.283.200	1.283.200
2.	Qualifizierung für Familienhebammen	150.000	150.000
3.	Guter Start ins Kinderleben	550.000	550.000
4.	Landeskoordinierungsstelle MFFJIV / LSJV Sachkosten	180.000	180.000
<b>Summe:</b>		<b>2.163.200</b>	<b>2.163.200</b>

**428 75 263 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 178.000 178.000 178.000**  
 167.876

**Stellenplan:**

EntgeltGr	2016	2017	2018
E 14	1,00	1,00	1,00
davon kw	2017: 1,00 im Jahr 2019 mit Auslaufen des Projektes Bundeskinderschutzgesetz 2018: 1,00 im Jahr 2019 mit Auslaufen des Projektes Bundeskinderschutzgesetz		
E 13	0,00	0,00	0,00
E 10	1,00	1,00	1,00
davon kw	2017: 1,00 im Jahr 2019 mit Auslaufen des Projektes Bundeskinderschutzgesetz 2018: 1,00 im Jahr 2019 mit Auslaufen des Projektes Bundeskinderschutzgesetz		
E 9	0,50	0,50	0,50
davon kw	2017: 0,50 im Jahr 2019 mit Auslaufen des Projektes Bundeskinderschutzgesetz 2018: 0,50 im Jahr 2019 mit Auslaufen des Projektes Bundeskinderschutzgesetz		
<b>Zusammen:</b>	<b>2,50</b>	<b>2,50</b>	<b>2,50</b>
<b>Stellen insgesamt (soweit nicht Leerstellen):</b>	<b>2,50</b>	<b>2,50</b>	<b>2,50</b>

**547 75 263 nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten 2.000 2.000 2.000**  
 3.351

**631 75 263 Leistungen nach dem Bundeskinderschutzgesetz 1.983.200 1.983.200 1.983.200**  
 1.945.500

*Die Ausgaben sind übertragbar.*

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**

**07 02 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016 Ist 2015	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Angaben in EUR		

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 75:	<b>2.163.200</b>	<b>2.163.200</b>	<b>2.163.200</b>
	2.116.726		

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	<b>4.151.200</b>	<b>3.642.200</b>	<b>2.555.200</b>
	2.775.007		



07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz  
07 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			lst 2015	Angaben in EUR	

**Abschluss**

**Einnahmen**

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	27.500 153.744	28.000	28.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	21.840.000 22.345.843	31.524.500	40.489.400
<b>Gesamteinnahmen</b>		<b>21.867.500</b> 22.499.587	<b>31.552.500</b>	<b>40.517.400</b>

**Ausgaben**

HGr. 4	Personalausgaben	1.009.900 548.983	857.600	952.600
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	-3.257.200 3.351	-2.445.700	-4.952.700
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	48.158.300 46.125.384	62.635.800	73.078.600
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	145.000 722.768	145.000	145.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	74.400 51.536	71.300	71.300
<b>Gesamtausgaben</b>		<b>46.130.400</b> 47.452.021	<b>61.264.000</b>	<b>69.294.800</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-24.262.900</b> -24.952.434	<b>-29.711.500</b>	<b>-28.777.400</b>

**07**                    **Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**

**07 02**                **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016 Ist 2015	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Angaben in EUR		

## **07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**

### **07 03 Integration und Migration**

#### **Vorwort**

Mehr als 20 Prozent der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz haben nach Auswertungen des Mikrozensus 2014 einen Migrationshintergrund. Diese Bevölkerungsgruppe ist auf rund 811.000 Personen angewachsen. Die Zahl der nichtdeutschen Staatsangehörigen im Land hat in den vergangenen Jahren ebenfalls zugenommen. Lebten Ende 2011 rund 300.000 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Rheinland-Pfalz, so waren es zum Ende des Jahres 2015, nach Angaben des Ausländerzentralregisters (AZR), rund 400.000 Personen. Rheinland-Pfalz bekennt sich zu seiner kulturellen Vielfalt und betrachtet Zuwanderung als Gewinn. Zuwanderung kann dazu beitragen, die wirtschaftliche Entwicklung und die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft voranzubringen. Während der letzten Jahre hat sich die Form der Zuwanderung nach Rheinland-Pfalz verändert und damit auch die Herausforderungen an die Integrationspolitik. So trägt nach Angaben des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, die Zuwanderung aus der EU (Eurokrisenländer in Südeuropa; EU-Länder aus Osteuropa) weiter zum Bevölkerungswachstum bei. Hinzu kommt der mittlerweile verstärkte Zuzug von Personen aus Bürgerkriegs- und sonstigen Krisengebieten.

Damit Zuwanderung für Alle zu einem Gewinn wird, muss Integrationsarbeit auf diese sehr unterschiedlichen Gruppen differenziert eingehen. Aber auch ohne Neuzuwanderung gilt es festzustellen, dass der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Durchschnitt jünger ist. So waren 2014 rund 22 Prozent jünger als 15 Jahre. Der entsprechende Anteil in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund betrug gut zehn Prozent. In jüngeren Alterskohorten (z. B. bei den unter 5-jährigen) lag der Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund noch höher. Integration betrifft alle Menschen in Rheinland-Pfalz, da es letztlich darum geht, wie alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes gemeinsam die Zukunft gestalten können und wollen. Deshalb steht die gleiche Teilhabe aller Frauen und Männer in unserer Gesellschaft im Mittelpunkt unserer Bemühungen und wird zum Gradmesser für die Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie. Die Landesregierung sieht es in diesem Zusammenhang als besonders wichtiges Ziel an, Prozesse der Interkulturellen Öffnung in allen gesellschaftlichen Bereichen zu unterstützen und voranzubringen. Integration kann nur gelingen, wenn die Strukturen offen und einladend sind. Auch Geflüchteten und Asylsuchenden gilt es, eine gleichberechtigte Teilhabe von Anfang an zu ermöglichen, denn Willkommens- und Anerkennungskultur gelten auch für sie. Die Landesregierung strebt deshalb an, den Geflüchteten den Zugang zu Beratung, Betreuung und Sprachquali-

fizierung zu ermöglichen. So wurden bereits in der Vergangenheit etliche Maßnahmen auf den Weg gebracht, zum Beispiel die Sprachförderung oder die Förderung von Ehrenamt im Flüchtlingsbereich und dessen Strukturen. Die angestoßenen Prozesse und Maßnahmen gilt es zu verstetigen und mit neuen Impulsen anzureichern.

Viele der zu fördernden Projekte und Maßnahmen betreffen nicht nur Migrantinnen und Migranten, sondern beziehen bewusst Einheimische und Zugewanderte gleichermaßen mit ein.

Das Kapitel 07 03 enthält insbesondere Einnahmen und Ausgaben für

1. Erstattung der Verwaltungskosten an die für die Aufnahmeeinrichtungen nach dem Asylverfahrensgesetz zuständigen Ausländerbehörden der kreisfreien Städte und Landkreise sowie an die Stadt Trier für die Zentralstelle für Rückführungsfragen Rheinland-Pfalz.
2. Zuschüsse zur Unterstützung der an der Integrationsarbeit beteiligten Initiativen, Vereine und Selbsthilfeprojekte insbesondere auch als institutionelle Förderung.

Gefördert werden aus diesem Titel Maßnahmen zur Interkulturellen Öffnung und Interkulturellen Kompetenz. Dazu zählen Maßnahmen der Organisationsentwicklung in Verbänden und Kommunen, aber auch der Fort- und Weiterbildung von Mitarbeitenden. Der Begriff der Interkulturellen Öffnung meint hierbei einen Prozess auf institutioneller Ebene, der von der Führungsspitze der jeweiligen Institution in Gang gesetzt wird. Er umfasst organisatorische Entscheidungsprozesse im Hinblick auf Personal, Ressourcen, Abläufe und Strukturen, wodurch sich die Aufgabenerfüllung stärker an Bedarf und Ansprüchen der Menschen mit Migrationshintergrund orientiert. Durch interkulturelle Öffnung werden Repräsentanz und Akzeptanz der Menschen mit Migrationshintergrund gesichert, Zugangsbarrieren abgebaut sowie individuelle und institutionelle Diskriminierung verhindert.

Gefördert werden insbesondere auch Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen für ehrenamtlich tätige Personen in der Flüchtlingsarbeit und Maßnahmen zur Lehrkräftequalifizierung in der Sprachförderung.

Des Weiteren sollen Projektträger bei der Akquise von Bundes- bzw. EU-Mitteln insoweit unterstützt werden, dass Ko-Finanzierungsmittel für Projekte zur Verfügung gestellt werden, die die Ziele des Integrationskonzeptes des Landes verfolgen.

Als Kleinstmaßnahmen gefördert werden darüber hinaus interkulturelle Feste, Tagungen, Interkulturelle Cafés sowie sonstige Veranstaltungen und Projekte in den Kommunen. Damit

soll insbesondere das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen sowohl mit als auch ohne Migrationshintergrund unterstützt werden, die vor Ort wichtige Integrationsarbeit leisten.

Die Landesregierung unterstützt aber auch folgende Vereine und Arbeitskreise im Rahmen institutioneller Förderung:

- **Der Verein zur Förderung der interkulturellen Arbeit in Rheinland-Pfalz e. V.:**

Der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz, getragen durch den Verein zur Förderung der Interkulturellen Arbeit in Rheinland-Pfalz e. V., ist ein landesweites Netzwerk der Migrationsarbeit, das bereits auf mehr als 20 Jahre Tätigkeit zurückblicken kann. Aus einem zunächst losen Verbund einiger Initiativen, Vereine und Einzelpersonen ist im Laufe der Jahre ein Netzwerk entstanden, das die Migrations- und Integrationspolitik und -praxis des Landes in erheblichem Maße mitgestaltet und auch eigene Maßnahmen der Integrationsarbeit durchführt.

Der Initiativausschuss bietet zahlreiche Fortbildungsveranstaltungen für haupt- und ehrenamtliche Flüchtlings- und Migrationsberaterinnen und -berater zu Asylverfahren und Flüchtlingsrecht an.

Darüber hinaus leistet der Initiativausschuss Lobbyarbeit und versteht sich als Politikberater. In dieser Eigenschaft unterhält er regelmäßige Kontakte zum Landtag und zur Landesregierung, nimmt als bedeutende Nichtregierungsorganisation Stellung zu integrationspolitischen Vorhaben im Lande und arbeitet aktiv im Landesbeirat für Migration und Integration mit.

- **Der Förderverein der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration (AGARP e. V.):**

Die AGARP als Zusammenschluss der kommunalen Beiräte für Migration und Integration auf Landesebene repräsentiert seit über 20 Jahren Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz. Sie vertritt die Interessen dieser Personengruppe gegenüber der Landesregierung.

Folgende Aufgaben übernimmt die AGARP:

- Unterstützung der kommunalen Beiräte in ihrer ehrenamtlichen Arbeit durch Beratungs- und Fortbildungsangebote.

- Interessenvertretung der besonderen Belange der Migrantinnen und Migranten auf Landesebene gegenüber Landesregierung, Landtag, Parteien und Öffentlichkeit.
- Fachstelle und Ansprechpartnerin für Migrations- und Integrationsfragen.

- **Das Selbstverwaltete Multikulturelle Zentrum Trier e. V.:**

Das 1991 gegründete Selbstverwaltete Multikulturelle Zentrum Trier (SMT) trägt in erheblichem Maße dazu bei, Menschen mit Migrationshintergrund eine Anlaufstelle zu bieten und sich auch auf politischer Ebene für die Interessen dieser Personengruppe einzusetzen. Zu den Aktivitäten des SMT zählen u. a. Alphabetisierungssprachkurse, Deutsch- und Integrationskurse sowie Tagungen und Seminare. Ebenso bietet das SMT Beratung und Hilfestellungen für Migrantinnen und Migranten an.

3. Zuschüsse zur Förderung der Weiterbildung von Migrantinnen und Migranten, insbesondere der Sprachförderung

Aus dem Titel werden vorrangig Sprachfördermaßnahmen zugunsten von Menschen mit Migrationshintergrund angeboten. Dazu zählen auch Sprach- und Orientierungsmaßnahmen für Geflüchtete und Asylsuchende, sowie eine Koordinierungsstelle, um ein flächendeckendes Angebot sicherzustellen. Die Maßnahmen dienen dazu, die bundesgeförderten Sprachfördermaßnahmen (Integrationskurse, ESF-Sprachkurse zur Integration in den Arbeitsmarkt) zu ergänzen. Zur Zielgruppe zählen ausdrücklich auch Personen mit unsicherem Aufenthaltsstatus und Geflüchtete, die sehr häufig von anderen Angeboten ausgeschlossen sind.

4. Zuschüsse zur Unterstützung der rheinland-pfälzischen Migrationsfachdienste

Zielgruppen dieser landesgeförderten Dienste sind neben den neu Zugewanderten die seit längerem in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten (Ausländerinnen und Ausländer sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler), soweit sie einen Bedarf an nachholender Integration haben. Diese Leistungen ergänzen das Angebot des Bundes.

Mit der Neukonzeption der Arbeit der Migrationsfachdienste, die im Februar 2016 verabschiedet wurde, wird der neue Schwerpunkt der Arbeit auf die strukturelle und individuelle Integrationsförderung gelegt und die Handlungsfelder werden erweitert. Die Migrationsfachdienste sollen Integrationschancen und -probleme der Personen, die in die Beratungsstellen kommen, erkennen, benennen und in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den öffentli-

chen Trägern und Migrantenorganisationen nach Unterstützungen und Lösungen suchen. Handlungsfelder der strukturellen Integrationsförderung sind die sozialraumorientierte Arbeit, das bürgerschaftliche Engagement, die Interkulturelle Öffnung und die Antidiskriminierungsarbeit. Zusätzlich ist es notwendig, ausdrücklich alle Migranten als Zielgruppe in die Beratungsarbeit einzubeziehen, also auch Geflüchtete, seien es Asylsuchende, „Geduldete“, Asylberechtigte oder auch Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus. Zur Verwirklichung dieses Ziels ist es erforderlich, regional Schwerpunkte zu setzen.

5. Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände für die Versorgung und Betreuung traumatisierter Geflüchteter und Asylsuchender.

Die psychosoziale Betreuung für die oftmals traumatisierten Geflüchteten und Asylsuchenden wird ausgebaut. Dazu werden die vorhandene Koordinierungsstelle und die Zentren für die psychosoziale Versorgung verstärkt.

**07**                    **Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 03**                **Integration, Migration**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015		
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 11	011	<b>Einnahmen aus Veröffentlichungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
		Erläuterungen: Leertitel.			
119 12	011	<b>Einnahmen aus Überzahlungen nach Schluss des Haushaltsjahres</b>	<b>15.000</b>	<b>15.000</b>	<b>15.000</b>
162 61	011	<b>Zinseinnahmen</b>	<b>500</b>	<b>500</b>	<b>500</b>
<hr/> Summe HGr. 1:			<b>15.500</b>	<b>15.500</b>	<b>15.500</b>

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

271 01	029	<b>Erstattung der EU für Projekte nach dem Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) zur Förderung der Rückkehr</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
		Vgl. Vermerk bei 633 13.			
		Erläuterungen: Leertitel.			
		<b>Aus Titelgruppen:</b>	41.645		
		<b>Außerplanmäßige T. / Ausgabereste / Weggefallene T.</b>	41.645		
<hr/> Summe HGr. 2:			<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			41.645		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

		<b>Aus Titelgruppen:</b>	37.018		
<hr/> Summe HGr. 4:			37.018		



Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016 Ist 2015	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Angaben in EUR		

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

Aus Titelgruppen:

1.944

Außerplanmäßige T. / Ausgabereste / Weggefallene T.

38.962

Summe HGr. 5:

1.944

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

631 02	029	<b>Beteiligung an Projekten des Bundes nach dem Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) zur Förderung der Rückkehr</b>	<b>24.500</b>	<b>24.500</b>	<b>24.500</b>
--------	-----	---	---------------	---------------	---------------

*Die Ausgaben bei 631 02, 632 02, 633 13 sind gegenseitig deckungsfähig.*

*Die Ausgaben sind übertragbar.*

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Ausgaben in Zusammenhang mit der Durchführung und Verbesserung von Maßnahmen zur Rückkehr von Drittstaatsangehörigen in ihre Herkunftsländer.

632 02	029	<b>Beteiligung an Projekten von Bundesländern nach dem Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) zur Förderung der Rückkehr</b>	<b>24.500</b>	<b>24.500</b>	<b>24.500</b>
--------	-----	--	---------------	---------------	---------------

*Die Ausgaben bei 631 02, 632 02, 633 13 sind gegenseitig deckungsfähig.*

*Die Ausgaben sind übertragbar.*

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Ausgaben in Zusammenhang mit der Durchführung und Verbesserung von Maßnahmen zur Rückkehr von Drittstaatsangehörigen in ihre Herkunftsländer.

633 08	249	<b>Erstattung von Verwaltungskosten an die für die Aufnahmeeinrichtungen nach dem Asylverfahrensgesetz zuständigen Ausländerbehörden und an die Stadt Trier für Clearingaufgaben</b>	<b>4.919.700</b> 1.578.028	<b>2.150.000</b>	<b>1.554.000</b>
--------	-----	--	-------------------------------	------------------	------------------

*Die Ausgaben sind übertragbar.*

**Erläuterungen:**

Nach § 44 des Asylverfahrensgesetzes sind die Länder verpflichtet, für die Unterbringung Asylbegehrender die dazu erforderlichen Aufnahmeeinrichtungen zu schaffen. Die hierdurch entstehenden Ausgaben sind den Ausländerbehörden zu erstatten. Entsprechende Aufnahmeeinrichtungen bestehen bei der kreisfreien Stadt Trier, im Landkreis Mainz-Bingen (LefAA Ingelheim), dem Kreis Trier Saarburg sowie dem Kreis Kusel.

Die Stadt Trier nimmt außerdem die Aufgaben einer Clearingstelle für Passbeschaffung und Flugabschiebungen sowie für Bosnien und Herzegowina und das Kosovo wahr.

		2017 EUR	2018 EUR
1.	Erstattung der Personal-, Sach- und Abschiebekosten für kommunalen Ausländerbehörden	1.472.600	1.017.700
2.	Personal- und Sachkosten für die Stadtverwaltung Trier für Clearingaufgaben	677.400	536.300
<b>Summe:</b>		<b>2.150.000</b>	<b>1.554.000</b>

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 03 Integration, Migration**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

**633 13 029 Beteiligung an Projekten von Gemeinden oder Gemeindeverbänden nach dem Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) zur Förderung der Rückkehr** **24.500 24.500 24.500**

*Die Ausgaben bei 631 02, 632 02, 633 13 sind gegenseitig deckungsfähig.  
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 271 01 geleistet werden.  
Die Ausgaben sind übertragbar.*

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Ausgaben in Zusammenhang mit der Durchführung und Verbesserung von Maßnahmen zur Rückkehr von Drittstaatsangehörigen in ihre Herkunftsländer.

**684 08 291 Zuschüsse zur Förderung der Weiterbildung von Menschen mit Migrationshintergrund** **800.000 2.800.000 2.800.000**  
413.004

*Die Ausgaben bei 684 08, 684 09, 684 16, 686 12 sind gegenseitig deckungsfähig.  
Die Ausgaben sind übertragbar.*

**Verpflichtungsermächtigung**

	2017	2018
	EUR	EUR
Betrag	<b>200.000</b>	<b>200.000</b>
davon fällig		
2018 bis zu	200.000	
2019 bis zu	0	200.000
2020 bis zu	0	0
2021 bis zu	0	0
2022 ff bis zu		0

**zur Verpflichtungsermächtigung**

Bewilligungsrahmen	2017	2018
	EUR	EUR
Vorbelastung aus Verpflichtungsermächtigungen früherer Haushaltsjahre	200.000	200.000
davon veranschlagt	200.000	200.000
verbleibende Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre	0	0
für neue Maßnahmen sind Gesamtausgaben vorgesehen von	2.800.000	2.800.000
davon veranschlagt	2.600.000	2.600.000
verbleibende Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre, zugleich neue Verpflichtungsermächtigung	200.000	200.000
Veranschlagt zusammen	2.800.000	2.800.000
Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre insgesamt	200.000	200.000

**Erläuterungen:**

Zuschüsse und Zuweisungen für Maßnahmen der persönlichen, kulturellen, beruflichen und gesellschaftspolitischen Weiterbildung, die die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund fördern (z.B. Sprachförderung in Verbindung mit Orientierungswissen und gesellschaftspolitischer Bildung, Multiplikatorinnen- und Multiplikatoren-schulungen, Kooperation mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen, besondere Zielgruppen und regionale Schwerpunkte).

Aus den Mitteln können eigene Maßnahmen, auch Sachkosten, einschließlich Tagungen, Studien, wissenschaftliche Arbeiten und Öffentlichkeitsarbeit sowie investive Maßnahmen finanziert werden.

**684 09 291 Zuschüsse zu migrationsspezifischen Maßnahmen** **1.750.000 1.850.000 1.850.000**  
1.018.697

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 03 Integration, Migration**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 684 09

*Die Ausgaben bei 684 08, 684 09, 684 16, 686 12 sind gegenseitig deckungsfähig.  
 Die Ausgaben sind übertragbar.*

**Erläuterungen:**

Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände für die Migrationssozialarbeit zur Ergänzung des Grundangebotes des Bundes.

<b>684 13</b>	<b>235</b>	<b>Zuschüsse zur institutionellen Förderung der Integration und Betreuung von Menschen mit Migrationshintergrund</b>	<b>263.600</b> 260.783	<b>293.600</b>	<b>293.600</b>
---------------	------------	--	---------------------------	----------------	----------------

*Die Ausgaben sind übertragbar.*

**Erläuterungen:**

Die Erhöhung der Förderung des Vereins zur Förderung der Interkulturellen Arbeit in Rheinland-Pfalz e. V. wurde im parlamentarischen Verfahren vorgenommen. Der aktualisierte Wirtschaftsplan wird im parlamentarischen Entsperrungsverfahren vorgelegt.

Folgende Institutionen werden gefördert:

		2017 EUR	2018 EUR
1.	Verein zur Förderung der Interkulturellen Arbeit in Rheinland-Pfalz e.V.	135.000	135.000
2.	Förderverein der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz (AG-ARP)	113.600	113.600
3.	Selbstverwaltetes Multikulturelles Zentrum Trier e. V.	45.000	45.000
<b>Summe:</b>		<b>293.600</b>	<b>293.600</b>

**Verein zur Förderung der Interkulturellen Arbeit in Rheinland-Pfalz e. V.**

<b>Ausgaben:</b>	2015 EUR	2016 EUR	2017 EUR	2018 EUR
1. Personalausgaben	111.574	121.000	123.500	126.500
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	10.127	10.000	9.000	9.000
3. Überschuss	3.258	0	0	0
Zusammen:	124.959	131.000	132.500	135.500
Abzüglich Einnahmen:	28.466	22.700	27.500	30.500
Mithin Zuwendungsbedarf:	96.493	108.300	105.000	105.000

**Der Zuwendungsbedarf soll gedeckt werden durch:**

	2015 EUR	2016 EUR	2017 EUR	2018 EUR
1. Institutionelle Förderung (Land)	96.497	105.000	105.000	105.000
2. Dritte	0	0	0	0
3. Abwicklung aus Vorjahren	0	3.300	0	0
Zusammen:	96.497	108.300	105.000	105.000

**Stellenplan:**

	2016 Stellenanzahl	2017 Stellenanzahl	2018 Stellenanzahl
<b>Beschäftigte</b>			
E 14 TV-L	1,00	1,00	1,00
E 12 TV-L	0,60	0,60	0,60
<b>Zusammen:</b>	<b>1,60</b>	<b>1,60</b>	<b>1,60</b>
Insgesamt:	1,60	1,60	1,60

**07**                    **Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 03**                **Integration, Migration**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015		
Angaben in EUR					

noch zu 684 13

**Förderverein der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz (AGARP)**

Ausgaben:		2015	2016	2017	2018
		EUR	EUR	EUR	EUR
1.	Personalausgaben	78.002	83.700	78.400	80.800
2.	Sächliche Verwaltungsausgaben	17.052	28.300	38.000	35.600
3.	Investitionen	0	0	0	0
4.	Besondere Finanzierungsausgaben	8.204	4.500	1.500	1.500
5.	Überschuss	0	0	0	0
Zusammen:		103.258	116.500	117.900	117.900
Abzüglich Einnahmen:		650	3.700	4.300	4.300
Mithin Zuwendungsbedarf:		102.608	112.800	113.600	113.600

Der Zuwendungsbedarf soll gedeckt werden durch:		2015	2016	2017	2018
		EUR	EUR	EUR	EUR
1.	Institutionelle Förderung (Land)	95.786	106.200	113.600	113.600
2.	Übertrag aus Vorjahr	0	7.300	0	0
Zusammen:		95.786	113.500	113.600	113.600

Stellenplan:		2016	2017	2018
		Stellenanzahl	Stellenanzahl	Stellenanzahl
<b>Beschäftigte</b>				
	E 13 / 3 TV-L	0,00	0,50	0,50
	E 12 / 5 TV-L	0,60	0,00	0,00
	E 12 / 2 TV-L	0,50	0,00	0,00
	E 8 / 2 TV-L	0,00	0,50	0,50
	E 6 / 6 TV-L	0,50	0,50	0,50
<b>Zusammen:</b>		<b>1,60</b>	<b>1,50</b>	<b>1,50</b>
Insgesamt:		1,60	1,50	1,50

Zuwendung in Höhe von jährlich 45.000 € an das Selbstverwaltete Multikulturelle Zentrum Trier e. V. zu Gesamtausgaben von 91.600 € und 74.900 €.

<b>684 14</b>	<b>246</b>	<b>Zuschüsse für Betreuungsaufgaben und für Maßnahmen zur Pflege und Erhaltung des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge</b>	<b>1.900</b>	<b>1.900</b>	<b>1.900</b>
<i>Die Ausgaben sind übertragbar.</i>					
<b>684 16</b>	<b>291</b>	<b>Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände für die Versorgung und Betreuung traumatisierter Flüchtlinge und Asylbewerber</b>	<b>750.000</b> 441.730	<b>1.050.000</b>	<b>1.050.000</b>
<i>Die Ausgaben bei 684 08, 684 09, 684 16, 686 12 sind gegenseitig deckungsfähig.</i>					
<i>Die Ausgaben sind übertragbar.</i>					
<b>Erläuterungen:</b>					
Kofinanzierung der bestehenden Traumazentren sowie Ausbau der Koordinierungsstelle.					

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 03 Integration, Migration**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	
<b>686 11 neu</b>	291	<b>Förderung von Maßnahmen und Projekten der rheinland-pfälzischen Integrationspolitik mit überregionaler Bedeutung</b> <i>Die Ausgaben sind übertragbar.</i>		<b>500.000</b>	<b>500.000</b>
<b>686 12</b>	291	<b>Zuschüsse zur Förderung der Integration und Betreuung von Menschen mit Migrationshintergrund</b> <i>Die Ausgaben bei 684 08, 684 09, 684 16, 686 12 sind gegenseitig deckungsfähig.</i> <i>Die Ausgaben sind übertragbar.</i> <i>Rückzahlungen von Projektförderungen (inklusive Zinsen) - auch aus den Vorjahren - sind von der Ausgabe abzusetzen.</i>  <b>Erläuterungen:</b> Teilumsetzung wegen Umsetzung aufgrund Änderung der Zuständigkeit. nach 02 01 - 684 10 in Höhe von 70.000 EUR bzw. 0 EUR. Zuschüsse und Zuweisungen zu Maßnahmen der Integration und Betreuung von in Rheinland-Pfalz lebenden Menschen mit Migrationshintergrund. Aus den Mitteln können eigene Maßnahmen, auch Sachkosten, einschließlich Tagungen, Studien, wissenschaftliche Arbeiten und Öffentlichkeitsarbeit sowie investive Maßnahmen finanziert werden. Förderung der ehrenamtlichen Arbeit mit Flüchtlingen.	<b>1.429.900</b> 700.511	<b>880.100</b>	<b>950.100</b>
<b>Summe HGr. 6:</b>			<b>9.988.600</b> 4.412.753	<b>9.599.100</b>	<b>9.073.100</b>

07 **Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
 07 03 **Integration, Migration**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015		
			Angaben in EUR		

**Titelgruppen**

Einnahmen

TGr. 71: "XENOS" - ESF-Bundesprogramm "Bekämpfung des Menschenhandels zum Zwecke der Arbeitsausbeutung"

**Außerplanmäßige T. / Ausgabereste / Weggefallene T.** 41.645

---

Nachrichtlich: Summe TGr. 71: 41.645

---

Nachrichtlich: Summe Einnahmen der Titelgruppen 41.645

07 **Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
 07 03 **Integration, Migration**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

**Titelgruppen**

Ausgaben

TGr. 71: "XENOS" - ESF-Bundesprogramm "Bekämpfung des Menschenhandels zum Zwecke der Arbeitsausbeutung"

*Die Ausgaben bei TGr 71 sind gegenseitig deckungsfähig.  
 Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 71 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

Das Projekt "XENOS" ist in 2015 ausgelaufen, deshalb fallen die Titel der TG 71 weg.

**Außerplanmäßige T. / Ausgabereste / Weggefallene T.**

38.962

---

**Nachrichtlich: Summe TGr. 71:**

38.962

---

**Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen**

38.962

07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz  
 07 03 Integration, Migration

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015		
			Angaben in EUR		

**Abschluss**

**Einnahmen**

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	15.500	15.500	15.500
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0 41.645	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>		<b>15.500</b> 41.645	<b>15.500</b>	<b>15.500</b>

**Ausgaben**

HGr. 4	Personalausgaben	37.018		
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.944		
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	9.988.600 4.412.753	9.599.100	9.073.100
<b>Gesamtausgaben</b>		<b>9.988.600</b> 4.451.715	<b>9.599.100</b>	<b>9.073.100</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-9.973.100</b> -4.410.071	<b>-9.583.600</b>	<b>-9.057.600</b>



**07 Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen**

**07 04 Familie (Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung)**

**Vorwort**

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung nimmt in den Bereichen „Hilfen zur Erziehung“ und „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ folgende Aufgaben wahr:

- **Unterstützung und Beratung der Jugendämter sowie der freien Träger der Jugendhilfe** durch Empfehlungen, Auswertung wissenschaftlicher Erkenntnisse, Aufarbeitung der Rechtsprechung, Information über gesetzliche Veränderungen und ihre Auswirkungen auf die Praxis etc.
- **Kostenerstattung bei Hilfen zur Erziehung, Hilfen für junge Volljährige sowie Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen**

Die Hilfen zur Erziehung sind nach den Kindertagesstätten der zweitgrößte Leistungsbereich der Kinder- und Jugendhilfe. Der Anspruch auf Hilfen zur Erziehung ist in der Grundnorm § 27 SGB VIII verankert. Erziehungsberechtigte haben auf Hilfen zur Erziehung einen individuellen Rechtsanspruch, „wenn eine dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet ist“. Die Zahl der Hilfen steigt bundes- und landesweit seit Jahren an. Einschlägige Erkenntnisse zeigen, dass das Ursachengeflecht vielfältig ist:

- Armut und Lebenslagen
- Familialer Wandel (z.B. Alleinerziehende sind überrepräsentiert)
- Kinderschutz
- Exklusion durch andere Systeme bzw. Institutionen (z.B. Schule)
- Ausbaugrad sozialer Infrastruktur
- Praxis in den Jugendämtern (z.B. Personalausstattung)

Die Hilfen zur Erziehung sind wesentliche Investitionen in die Teilhabe-, Zugangs- und Verwirklichungschancen von jungen Menschen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit für Kinder und Jugendliche in häufig benachteiligten Lebenslagen. Die Bedeutung der Hilfen zur Erziehung muss auch vor dem

Hintergrund des demografischen Wandels betrachtet werden, denn kein junger Mensch darf verloren gehen.

Bei den Hilfen zur Erziehung handelt es sich um eine Vielzahl beratender, begleitender oder betreuender sozialpädagogischer Angebote. Hilfen können familienunterstützend, -ergänzend oder -ersetzend gewährt werden. Über Möglichkeiten der Unterstützung bei Hilfen zur Erziehung oder im Vorfeld beraten die Fachkräfte bei den örtlichen Jugendämtern. Im Jahre 2015 wurde in rund 27.000 Fällen Hilfen zur Erziehung gewährt. Das Land beteiligt sich an den Aufwendungen der Kommunen zu den Kosten der Hilfen zur Erziehung nach § 26 AGKJHG.

Das Land hat als oberste Landesjugend- und Familienbehörde gemäß § 82 SGB VIII einen Gestaltungs- und Innovationsauftrag, der auch die Unterstützung der öffentlichen und freien Träger beinhaltet.

Das Land unterstützt die Kommunen und freien Träger mit Qualifizierungs- und Fortbildungsangeboten. Es fördert darüber hinaus Projekte und Modellvorhaben öffentlicher und freier Träger zur Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung, u.a. die Weiterentwicklung der Pflegekinderhilfe, die Stärkung der Beteiligung von jungen Menschen in der Heimerziehung mit jeweiligen Beteiligungswerkstätten. Das Land unterstützt und fördert Kommunen im Hinblick auf die konzeptionelle Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung, die Stärkung der Bedeutung von Prävention im Zusammenhang mit Hilfen zur Erziehung, die Entwicklung sozialräumlicher Konzepte und Entwicklungspotenziale sowie die Verbesserung mit Leistungen anderer Sozialgesetzbücher sowie zur Kooperation mit Schule.

Planung und Steuerung nehmen in der Praxis der Kinder- und Jugendhilfe weiter an Bedeutung zu. Das Land führt das Projekt „Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen“ auch 2017 fort. Bei der Sozialberichterstattung für die Hilfen zur Erziehung und der systematischen Evaluation der Kinderschutzarbeit nimmt Rheinland-Pfalz seit Jahren bundesweit eine Vorreiterrolle ein.

- **Kostenerstattung für die Unterbringung und Versorgung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge**

Die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge ist in den vergangenen Jahren bundesweit angestiegen. Die bisherigen bundesgesetzlichen Regelungen sahen vor, dass nur die kostenmäßige Belastung zwischen den Bundesländern entlang des Königsteiner Schlüssels verteilt wurde. Die Betreuung eines unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings fand an dem Ort und in dem Bundesland statt, in dem er aufgegriffen wurde bzw. um Asyl gebeten hat. Die Entwicklungen in einigen Bundesländern und Kommunen haben jedoch dazu geführt, dass einige Bundesländer sich nicht mehr in der Lage sahen, eine dem Kindeswohl entsprechende Unterbringung zu gewährleisten. Mit dem zum 1.11.2015 in Kraft getretenen Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher erfolgt eine bundesweite Verteilung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge nach dem Königsteiner Schlüssel. Auf Rheinland-Pfalz entfällt dadurch ein Anteil von rund 4,8% der ankommenden unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Daraus folgt, dass die Bundesländer, die bisher im Verhältnis zu anderen Bundesländern in geringerem Ausmaße unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufgenommen haben, eine erhöhte Aufnahme zugewiesen bekommen. Ziel ist eine gleichmäßige Verteilung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge und der damit verbundenen Aufwendungen auf die Länder.

Zur Umsetzung der bundesweiten Verteilung hat der Bund beim Bundesverwaltungsamt eine zentrale Stelle eingerichtet, die das aufnehmende Bundesland festlegt. Alle Bundesländer haben eigene zentrale Stellen eingerichtet, deren Aufgabe die Verteilung auf die Kommunen mit einem eigenen Jugendamt ist. Die Aufgabe der zentralen Landesstelle nimmt in Rheinland-Pfalz das Landesjugendamt wahr.

Die Inobhutnahme, Unterbringung und Versorgung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen fällt in den Zuständigkeitsbereich des SGB VIII. Die Kommunen nehmen die Aufgabe im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung wahr. Die Kommunen tragen die Kosten für die Unterbringung und Versorgung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Die Länder erstatten den Kommunen auf der Grundlage von § 89d SGB VIII die Kosten für die Unterbringung und Versorgung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge.

Seit dem Inkrafttreten der neuen bundesgesetzlichen Regelungen erstattet jedes Bundesland nur noch den eigenen Kommunen die Kosten für die jugendhilferechtlich zugewiesenen Fälle. Es wurden jedoch auch notwendige Übergangsregelungen festgelegt, die zwischen den Bundesländern einen umfänglichen Belastungsausgleich für die Altfälle regeln.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

Einnahmen

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

<b>281 03</b>	<b>265</b>	<b>Kostenbeiträge und Ersatzleistungen für Jugendhilfe</b>	<b>75.000</b> 139.497	<b>138.000</b>	<b>138.000</b>
---------------	------------	--	--------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Kostenbeiträge und Ersatzleistungen besonders gem. §§ 91 ff SGB VIII für Hilfen gem. §§ 89 ff SGB VIII sowie Ersatzleistungen zu Jugendhilfekosten für Deutsche im Ausland.

Summe HGr. 2:			<b>75.000</b> 139.497	<b>138.000</b>	<b>138.000</b>
---------------	--	--	--------------------------	----------------	----------------

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

**Außerplanmäßige T. / Ausgabereste / Weggefallene T.**

18.748

Summe HGr. 5:			18.748		
---------------	--	--	--------	--	--

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

<b>633 03</b>	<b>265</b>	<b>Jugendhilfe für Leistungsberechtigte ohne gewöhnlichen Aufenthalt und für Deutsche im Ausland</b>	<b>37.112.600</b> 31.958.799	<b>97.005.100</b>	<b>85.950.000</b>
---------------	------------	--	---------------------------------	-------------------	-------------------

*Die Ausgaben bei 07 04 - 633 03, 07 82 - 633 22 sind gegenseitig deckungsfähig.*

*Die Ausgaben sind übertragbar.*

*Mehrausgaben bei den Titeln 07 04 - 633 03, 07 82 - 633 22, 07 82 - 633 25, 07 82 HG 4 und 07 82 TG 73 dürfen mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen insgesamt bis zur Höhe des nach den Abzügen gemäß dem LFAG verbleibenden Landesanteils an Mehreinnahmen bei Titel 20 01 - 015 01 und 20 01 - 016 01 geleistet werden, soweit die Mehreinnahmen im Zusammenhang mit der Beteiligung des Bundes an den Ausgaben für Flüchtlinge stehen.*

**Verpflichtungsermächtigung**

	2017	2018
	EUR	EUR
Betrag	<b>0</b>	<b>0</b>
davon fällig		
2018 bis zu	0	
2019 bis zu	0	0
2020 bis zu	0	0
2021 bis zu	0	0
2022 ff bis zu		0

07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz  
07 04 Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 633 03

**zur Verpflichtungsermächtigung**

Bewilligungsrahmen	2017 EUR	2018 EUR
Vorbelastung aus Verpflichtungsermächtigungen früherer Haushaltsjahre	19.130.000	9.565.000
davon veranschlagt	9.565.000	9.565.000
verbleibende Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre	9.565.000	0
für neue Maßnahmen sind Gesamtausgaben vorgesehen von	87.440.100	76.385.000
davon veranschlagt	87.440.100	76.385.000
verbleibende Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre, zugleich neue Verpflichtungsermächtigung	0	0
Veranschlagt zusammen	97.005.100	85.950.000
Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre insgesamt	9.565.000	0

**Erläuterungen:**

Hieraus werden auch die Fallpauschalen für die Jugendämter im Rahmen der Inobhutnahme minderjähriger Flüchtlinge gezahlt, sowie Qualifizierungsmaßnahmen.

Die endgültige gesetzliche Regelung des Ausgleichs der Über- / Unterbelastung durch die Bundesländer steht erst Anfang 2017 fest. Die auf Rheinland-Pfalz entfallende Unterbelastung in Höhe von rd. 36 Mio. € (pauschaler Ausgleich und Altfallabgeltung für Fälle außerhalb RLP) ist auszugleichen. Die Veranschlagung orientiert sich an den von den zahlungspflichtigen Bundesländern mehrheitlich präferierten Abrechnungsmodalitäten.

633 06	265	<b>Kostenbeteiligung an den Hilfen zur Erziehung und der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen sowie alternative und vorbeugende Maßnahmen</b>	<b>49.557.700</b>	<b>49.551.600</b>	<b>49.545.400</b>
			49.478.671		

*Die Ausgaben sind übertragbar.*

**Verpflichtungsermächtigung**

	2017 EUR	2018 EUR
Betrag	<b>216.000</b>	<b>206.000</b>
davon fällig		
2018 bis zu	216.000	
2019 bis zu	0	206.000
2020 bis zu	0	0
2021 bis zu	0	0
2022 ff bis zu		0

**zur Verpflichtungsermächtigung**

Bewilligungsrahmen	2017 EUR	2018 EUR
Vorbelastung aus Verpflichtungsermächtigungen früherer Haushaltsjahre	246.000	241.000
davon veranschlagt	221.000	241.000
verbleibende Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre	25.000	0
für neue Maßnahmen sind Gesamtausgaben vorgesehen von	49.546.600	49.510.400
davon veranschlagt	49.330.600	49.304.400
verbleibende Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre, zugleich neue Verpflichtungsermächtigung	216.000	206.000
Veranschlagt zusammen	49.551.600	49.545.400
Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre insgesamt	241.000	206.000

**Erläuterungen:**

	2017 EUR	2018 EUR
1. Erstattungen an die örtlichen Träger der Jugendhilfe gemäß § 26 AG KJHG	49.250.000	49.250.000
2. Modellprojekte, Forschungsvorhaben und Fachtagungen	301.600	295.400
<b>Summe:</b>	<b>49.551.600</b>	<b>49.545.400</b>

Kostenbeteiligung des Landes an den Hilfen zur Erziehung, der Eingliederung für seelisch behinderte junge Menschen und den entsprechenden Hilfe für junge Volljährige, sowie Alternativen und vorbeugende Maßnahmen (§§ 29 - 35 a, 41 SGB VIII) in Höhe eines Festbetrages; Modellprojekte, Forschungsvorhaben und Fachtagungen, ein-

**07**                    **Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 04**                **Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 633 06

schließlich Sachkosten des Landes.

<b>Summe HG. 6:</b>	<b>86.670.300</b>	<b>146.556.700</b>	<b>135.495.400</b>
	81.437.470		

**HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben**

<b>981 01</b>	<b>891</b>	<b>Entgelte für Leistungen der Justizvollzugsanstalten</b>	<b>25.000</b>	<b>35.000</b>	<b>35.000</b>
---------------	------------	--	---------------	---------------	---------------

**Erläuterungen:**

Umsetzung da die Informations- und Antragsunterlagen zum Elterngeld und zur Elternzeit nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) durch die JVA Diez erstellt werden. Umsetzung von 07 04 - 546 01. ( Ist 2014: 11.700 EUR. Ansatz 2015: 90.000 EUR.)

<b>981 03</b>	<b>891</b>	<b>Kostenerstattung für die Inanspruchnahme des Statistischen Landesamtes</b>	<b>51.500</b>	<b>22.900</b>	<b>20.800</b>
			51.000		

**Erläuterungen:**

Kostenerstattung für die Erstellung der Statistik über die Empfängerinnen und Empfänger von Elterngeld und Betreuungsgeld. Vereinnahmung bei Kapitel 03 06 Titel 381 01.

<b>Summe HG. 9:</b>	<b>76.500</b>	<b>57.900</b>	<b>55.800</b>
	51.000		

07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz

07 04 Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

**Abschluss**

**Einnahmen**

HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	75.000 139.497	138.000	138.000
--------	---	-------------------	---------	---------

<b>Gesamteinnahmen</b>		<b>75.000</b> 139.497	<b>138.000</b>	<b>138.000</b>
------------------------	--	--------------------------	----------------	----------------

**Ausgaben**

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	18.748		
--------	---	--------	--	--

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	86.670.300 81.437.470	146.556.700	135.495.400
--------	---	--------------------------	-------------	-------------

HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	76.500 51.000	57.900	55.800
--------	---------------------------------	------------------	--------	--------

<b>Gesamtausgaben</b>		<b>86.746.800</b> 81.507.219	<b>146.614.600</b>	<b>135.551.200</b>
-----------------------	--	---------------------------------	--------------------	--------------------

<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-86.671.800</b> -81.367.721	<b>-146.476.600</b>	<b>-135.413.200</b>
--------------------------------------	--	-----------------------------------	---------------------	---------------------



**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration, und Verbraucherschutz**  
**07 05 Jugend**

**Vorwort**

**1. Aktionsprogramm „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“ - eine Kinderrechteinitiative**

Das Aktionsprogramm „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz – Politik für Kinder mit Kindern“ wurde 1995 in Rheinland-Pfalz auf der Basis der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen vom 20.11.1989 entwickelt und bildet seither die Leitlinie einer Politik, die an Kinderrechten ausgerichtet ist. Mit der Kinderrechtskonvention, die 1992 von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert wurde, hat sich Deutschland verpflichtet, alle rechtlichen, verfassungsmäßigen und sonstigen Maßnahmen zu ergreifen, um die in der Konvention bestimmten persönlichen, politischen, sozialen und kulturellen Rechte der Kinder angemessen umzusetzen. Was als Beschluss des Ministerrats von 1995 als Programm der Kinderfreundlichkeit begann, hat sich als Kinderrechteinitiative profiliert. Bestandteile der Kinderrechteinitiative sind u. a.:

- eine jährliche interdisziplinäre Fortbildung zu einem ausgewählten Kinderrecht,
- die jährliche rheinland-pfälzische Woche der Kinderrechte mit der Landesförderung von Maßnahmen in den Kommunen,
- die Herausgabe von Materialien mit Impulsen zur Umsetzung von Kinderrechten,
- die Förderung konkreter Maßnahmen, die z. B. der Umsetzung des Kinderrechtes auf Gesundheit dienen.

**2. Schwerpunktprogramm "Kinder in benachteiligten Lebenslagen und benachteiligten Wohngebieten"**

Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe ist es, junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen (§ 1 Abs. 3 Nr. 1 SGB VIII).

Ziele des Programms sind:

- die nachhaltige Verbesserung der Erfahrungs-, Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten von Kindern aus benachteiligten Wohngebieten bzw. aus sozial und wirtschaftlich benachteiligten Familien,
- die Verbesserung der Voraussetzungen zum Beenden der von Armut und Ausgrenzung geprägten Lebensläufe,
- die Stärkung der individuellen Förderung von Kindern in benachteiligten Lebenslagen.

### **3. Jugendpolitik, Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit**

Mit der jugendpolitischen Strategie „Jes! Jung. Eigenständig. Stark.“ verfolgt die Landesregierung das Ziel der Etablierung einer ressortübergreifenden Jugendpolitik in ganz Rheinland-Pfalz. Dabei stehen erstens die Befähigung und Unterstützung aller jungen Menschen bei einer gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft, sowie zweitens die Sicherung autonomer Gestaltungsräume für die Jugend und drittens die Mitwirkungsmöglichkeiten von Jugendlichen bei allen sie betreffenden politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen im Mittelpunkt.

Der 2. Kinder- und Jugendbericht Rheinland Pfalz hat aufgezeigt, dass Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit soziale Infrastrukturangebote sind, die im Sinne von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge grundsätzlich vorzuhalten sind. Sie stellen eine Investition für alle Kinder und Jugendlichen dar, ihr Ausmaß bestimmt die Entwicklungschancen der jungen Menschen mit.

Vor diesem Hintergrund sowie im Kontext der Jugendstrategie und auf der Grundlage des Landesgesetzes zur Förderung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit (Jugendförderungsgesetz vom 21. Dezember 1993) fördert die Landesregierung

- Maßnahmen der verbandlichen und kommunalen Jugendarbeit, u.a. soziale und politische Bildungsmaßnahmen, Schulungen Ehrenamtlicher,
- hauptamtliche Fachkräfte der Jugendarbeit bei Jugendverbänden und anderen auf Landesebene anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe, in Häusern der Offenen Tür und im Rahmen des Programms zur Förderung der Jugendarbeit im ländlichen Raum,
- angemessene Personal- und Sachkosten der auf Landesebene anerkannten Jugendverbände, von medien.rlp – Institut für Medien und Pädagogik e. V., des Europa-Hauses Bad Marienberg sowie der Geschäftsstelle des Landesjugendrings,
- das ehrenamtliche Engagement bei Veranstaltungen.

Mit der Förderung der Jugendsozialarbeit fördert das Land sozialpädagogische Hilfen für junge Menschen zu ihrer sozialen Integration und Eingliederung in die Arbeitswelt. Dies geschieht in der Regel in Form von Beratung, aufsuchender Sozialarbeit oder in Einrichtungen, in Kursen und durch therapeutische Dienste. Das Land unterstützt hierbei sowohl einzelfallbezogene Hilfen als auch modellhafte Ansätze der Jugendsozialarbeit, Schulsozialarbeit sowie Fachkräfte in Jugendwohnheimen.

### **4. Landesgesetz zur Stärkung des Ehrenamtes in der Jugendarbeit**

Die Förderung des Ehrenamtes hat in der Landespolitik einen hohen Stellenwert. Gerade die ehrenamtliche Jugendarbeit mit ihrem vielfältigen Freizeit-, Kultur- und Bildungsangeboten leistet unverzichtbare Beiträge für die Lebensqualität von Kindern, Jugendlichen und Familien sowie für ein lebendiges Gemeinwesen. Daher wird durch das Land auf der Grundlage des Landesgesetzes zur Stärkung des Ehrenamtes in der Jugendarbeit (vom 5. Oktober 2001) der Anspruch auf Freistellung

von ehrenamtlich und leitend in der Jugendarbeit tätigen Personen gewährt. Sie erhalten bei unbezahlter Freistellung den Verdienstausfall bis zu einem festgelegten Betrag.

## **5. Partizipation junger Menschen**

Mit der Förderung von Strukturen und Projekten wirkt die Landesregierung darauf hin, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen landesweit nachhaltig zu sichern.

Es werden Maßnahmen und Projekte gefördert, die entweder von jungen Menschen selbst initiiert und durchgeführt werden oder Kindern und Jugendlichen ein ernsthaftes Mitspracherecht sowie reale Gestaltungsmöglichkeiten einräumen. Bei Anträgen von Gemeinden unterstützt die Landesregierung primär solche Projekte, die neue Impulse in der Kinder- und Jugendarbeit anstoßen und so Modell für Konzepte in anderen Kommunen sein können. Ein besonderes Augenmerk legt die Landesregierung dabei auf solche Projekte, die sich mit der Vielfalt in unserer Gesellschaft beschäftigen.

Neben der Projektförderung gibt es u. a. folgende Formen der strukturellen Förderung:

- Konstante fachliche Unterstützung und Qualifizierung sowie die Vernetzung der kommunalen Jugendvertretungen in Rheinland-Pfalz.
- Die Internetseite [www.jugend.rlp.de](http://www.jugend.rlp.de) enthält allgemeine Informationen zum Thema Partizipation und informiert über Beteiligungsprojekte in Rheinland-Pfalz. Zudem bietet sie Vernetzungsmöglichkeiten für Akteurinnen und Akteure im Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation und den kommunalen Jugendvertretungen in Rheinland-Pfalz an.

## **6. Neue Medien/Jugendschutz und Jugendmedienschutz**

Die Stärkung der Medienkompetenz von Jugendlichen ist in der außerschulischen Jugendbildung ein wichtiges Ziel der Jugendpolitik, das die Landesregierung durch Informations- und Bildungsangebote fördert. Das Land unterstützt [medien.rlp](http://www.medien.rlp.de) – Institut für Medien und Pädagogik e. V. als medienpädagogische Einrichtung. Insbesondere gefördert werden hier der Jugendserver Rheinland-Pfalz ([www.jugend.rlp.de](http://www.jugend.rlp.de)) und das mobile Internet-Café "Lokal Global". Zudem unterstützt das Land medienpädagogische Projekte der freien Träger der Jugendhilfe.

Darüber hinaus sollen durch qualifizierende Angebote - wie z. B. ein Zertifikatskurs - Fachkräfte der Jugendarbeit bei ihrer praktischen Arbeit mit Jugendlichen unterstützt werden. Ziel ist die verstärkte Medienbildung in der Jugendarbeit und die Sensibilisierung für Fragen des Jugendmedienschutzes.

Aufgabe des Jugendschutzes nach dem Jugendschutzgesetz (JuSchG) und dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) ist es u. a., bestimmte gefährdende Einflüsse von Kindern und Jugendlichen fernzuhalten sowie Kinder und Jugendliche zu befähigen, sich selbst vor gefährdenden Einflüssen zu schützen.

Die Personal- und Sachkosten der Ständigen Vertreter der Obersten Landesjugendbehörden, die durch deren Einsatz bei der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) und bei der Freiwilligen Selbstkontrolle der Unterhaltungssoftware (USK) für die Kennzeichnung von mit Filmen oder Spielen programmierten Bildträgern entstehen, werden nach dem Königsteiner Schlüssel von den Ländern getragen.

Nach dem JMStV finanzieren die Länder jugendschutz.net aus allgemeinen Haushaltsmitteln. Darüber hinaus unterstützt und fördert das Land u. a. überregionale Kinder- und Jugendschutzprojekte und Einzelmaßnahmen im Bereich des Jugendschutzes.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

Weggefallene Titel

(119 12) 291 **Einnahmen aus Überzahlungen nach Schluss des Haushaltsjahres** **250.000**  
26.816

Erläuterungen:

Umsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 03 - 119 12.

(119 14) 271 **Einnahmen aus Überzahlungen von Zuwendungen für die Personalkosten von Kindertagesstätten** **0**  
2.953.118

Erläuterungen:

Umsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 03 - 119 14.

(119 15) 271 **Einnahmen aus Überzahlungen von Zuwendungen zum Bau und zur Ausstattung von Kindertagesstätten** **0**

Erläuterungen:

Umsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 03 - 119 15.

---

Summe HGr. 1: **250.000**  
2.979.934

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 03 261 **Bundeszweisungen für Projekte und Maßnahmen gegen** **0** **0**  
**neu** **antidemokratischen und gewaltbereiten Extremismus**

Vgl. Vermerk bei 684 13.

Erläuterungen:

Leertitel.

282 18 261 **Zuschüsse des Deutsch-Polnischen Jugendwerks** **0** **0** **0**  
14.770

Vgl. Vermerk bei 633 08.

Erläuterungen:

Leertitel.

282 19 261 **Zuschüsse des Deutsch-Französischen Jugendwerks** **0** **0** **0**

Vgl. Vermerk bei Titel 633 06.

Erläuterungen:

Leertitel.

Weggefallene Titel

(231 02) 271 **Zuweisungen des Bundes für Betriebskosten in Kindertagesstätten** **0**

Erläuterungen:

Umsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 03 - 231 02.

**07**                    **Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 05**                **Jugend**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015		

Angaben in EUR

<b>(231 32)</b>	271	<b>Zuweisungen des Bundes für Maßnahmen zur Effektivitäts- und Qualitätsförderung im Kindertagesstättenbereich</b>	<b>0</b>		
<b>Erläuterungen:</b>					
Umsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 03 - 231 32.					
<b>Aus Titelgruppen:</b>			<b>383.600</b>	<b>383.600</b>	<b>383.600</b>
			376.019		
<b>Summe HGr. 2:</b>			<b>383.600</b>	<b>383.600</b>	<b>383.600</b>
			390.789		

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

**Weggefallene Titel**

<b>(331 01)</b>	271	<b>Zuweisungen des Bundes im Rahmen des Investitionsprogramms Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 - 2013</b>	<b>0</b>		
<b>Erläuterungen:</b>					
Umsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 03 - 331 01.					
<b>(331 02)</b>	271	<b>Zuweisungen des Bundes im Rahmen der Investitionsförderung bei Kindertagesstätten</b>	<b>0</b>		
<b>Erläuterungen:</b>					
Umsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 03 - 331 02.					
<b>(331 35)</b>	271	<b>Zuweisungen des Bundes im Rahmen des Investitionsprogramms Kinderbetreuungsfinanzierung 2013 - 2014</b>	<b>0</b>		
			10.638.142		
<b>Erläuterungen:</b>					
Umsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 03 - 331 35.					
<b>(331 36)</b>	271	<b>Zuweisungen des Bundes im Rahmen des Investitionsprogramms Kinderbetreuungsfinanzierung 2015-2018</b>	<b>10.814.600</b>		
<b>Erläuterungen:</b>					
Umsetzung aus haushaltssystematischen Gründen nach 07 05 - 334 36.					
<b>(334 36) neu</b>	271	<b>Zuweisungen des Bundes im Rahmen des Investitionsprogramms Kinderbetreuungsfinanzierung 2015-2018</b>			
<b>Erläuterungen:</b>					
Umsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 03 - 334 36.					
<b>Summe HGr. 3:</b>			<b>10.814.600</b>		
			10.638.142		

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 05 Jugend**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

**Aus Titelgruppen:** **402.900**      **402.900**      **402.900**  
404.432

---

**Summe HGr. 4:** **402.900**      **402.900**      **402.900**  
404.432

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

**533 04**    262    **Jugendschutz in den Medien** **17.000**      **22.800**      **22.800**

**Erläuterungen:**

Kostenerstattung für die länderübergreifende gemeinsame Stelle für den Jugendschutz in den Medien (jugendschutz.net) gem. Jugendmedienschutz-Staatsvertrag. Veranschlagt ist der Anteil des Landes Rheinland-Pfalz nach dem Königsteiner Schlüssel (RP 2015: rd. 4,8 %).

**533 05**    262    **Jugendschutz bei der Unterhaltungssoftware-Selbstkontrolle (USK)** **7.300**      **7.300**      **7.300**

**Erläuterungen:**

Kostenerstattung für den Ständigen Vertreter der Obersten Landesjugendbehörden bei der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) im Rahmen des Königsteiner Schlüssels (RP 2015: rd. 4,8 %).

**533 06**    261    **Beiträge an Verbände, Vereine und dgl.** **16.000**      **16.000**      **16.000**

**Erläuterungen:**

		2017	2018
		EUR	EUR
1.	Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe	2.600	2.600
2.	Deutsches Jugendinstitut	13.400	13.400
	<b>Summe:</b>	<b>16.000</b>	<b>16.000</b>

**533 07**    011    **Kinderhilfe Tschernobyl** **15.000**      **15.000**      **15.000**

**Erläuterungen:**

Gefördert werden Besuchsaufenthalte von Kindern aus strahlenbelasteten Regionen.

**Aus Titelgruppen:** **200**      **200**      **200**

**Außerplanmäßige T. / Ausgabereste / Weggefallene T.**

22.782

---

**Summe HGr. 5:** **55.500**      **61.300**      **61.300**  
22.782

07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz  
07 05 Jugend

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

633 06 261 **Zuweisungen aus Mitteln des Deutsch-Französischen Jugendwerkes** 0 0 0

*Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei dem Titel 282 19 geleistet werden.  
Die Ausgaben sind übertragbar*

Erläuterungen:  
Leertitel.

633 07 271 **Zuschüsse zur Förderung des Programms Familienbildung im Netzwerk / kita!Plus** 210.017.700 715.000 715.000  
187.306.423

*Die Ausgaben sind übertragbar.*

Erläuterungen:  
Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 03 - 633 07 in Höhe von 210.135.800 EUR bzw. 213.474.100 EUR.

633 08 261 **Zuweisungen aus Mitteln des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes** 0 0 0  
14.770

*Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 18 geleistet werden.*

Erläuterungen:  
Leertitel.

684 13 neu 261 **Zuschüsse für Projekte und Maßnahmen gegen antidemokratischen und gewaltbereiten Extremismus** 555.000 605.000

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 231 03 geleistet werden.  
Die Ausgaben sind übertragbar.  
Aus diesem Titel dürfen auch Sachausgaben des Landes sowie Personalausgaben geleistet werden.*

684 14 261 **Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen der Jugendarbeit** 3.763.100 3.788.100 3.788.100  
2.982.129

*Die Ausgaben bei 684 14, 684 15, 684 17, 684 34, 684 35 sind gegenseitig deckungsfähig.  
Die Ausgaben sind übertragbar.*

Erläuterungen:

		2017 EUR	2018 EUR
1.	Politische Jugendbildung	380.000	380.000
2.	Entwicklung und Einübung sozialen Verhalten sowie Hilfen zur Freizeitgestaltung	2.009.000	2.009.000
3.	Internationale Jugendarbeit	58.000	58.000
4.	Schulung ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	365.000	365.000
5.	Zentrale Führungsaufgaben der auf Landesebene anerkannten Jugendverbände und -ringe	147.300	147.300
6.	ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Veranstaltungen	65.000	65.000
7.	Medienerziehung	293.500	293.500
8.	Innovative und modellhafte Maßnahmen der Jugendarbeit	195.000	195.000
9.	Maßnahmen mit der Zielsetzung sozialer und politischer Bildung oder Schulung	242.300	242.300
10.	Projektstelle "Eigenständige Jugendpolitik"	33.000	33.000
<b>Summe:</b>		<b>3.788.100</b>	<b>3.788.100</b>

Aus den Mitteln können auch kommunale Maßnahmen gefördert und eigene Maßnahmen durchgeführt werden.



07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz  
07 05 Jugend

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 684 14

684 15	261	<b>Zuschüsse für hauptamtliche Fachkräfte der Jugendarbeit</b>	<b>2.725.000</b> 2.928.438	<b>3.325.000</b>	<b>3.325.000</b>
--------	-----	--	-------------------------------	------------------	------------------

Die Ausgaben bei 684 14, 684 15, 684 17, 684 34, 684 35 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:  
Zuschüsse

		2017 EUR	2018 EUR
1.	zu den Personalkosten von Bildungsreferentinnen und -referenten	1.280.000	1.280.000
2.	zu den Personalkosten von Fachkräften in Häusern der offenen Tür freier Träger	1.235.000	1.235.000
3.	zu den Personalkosten von Fachkräften für die Jugendarbeit im ländlichen Raum	810.000	810.000
<b>Summe:</b>		<b>3.325.000</b>	<b>3.325.000</b>

Aus den Mitteln können auch kommunale Maßnahmen gefördert und eigene Maßnahmen durchgeführt werden.

684 16	261	<b>Zuschüsse zur institutionellen Förderung von Trägern der Jugendarbeit</b>	<b>800.700</b> 797.700	<b>819.100</b>	<b>838.000</b>
--------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

		2017 EUR	2018 EUR
1.	Landesjugendring Rheinland-Pfalz	227.400	246.300
2.	Europa-Haus Marienberg	142.600	142.600
3.	Landesfilmdienst Rheinland-Pfalz	388.400	388.400
4.	Deutscher Kinderschutzbund, Landesverband Rheinland-Pfalz	60.700	60.700
<b>Summe:</b>		<b>819.100</b>	<b>838.000</b>

Übersicht über den (vorläufigen) Haushalts-/Wirtschaftsplan des Landesjugendrings

Ausgaben:	2015 EUR	2016 EUR	2017 EUR	2018 EUR
1. Personalausgaben	200.172	211.400	228.600	233.200
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	76.914	66.200	70.000	74.100
3. Durchlaufende Gelder (Jugendsammelwoche)	116.442	120.000	125.000	125.000
Zusammen:	393.528	397.600	423.600	432.300
Abzüglich Einnahmen:	157.714	156.400	163.200	153.000
Mithin Zuwendungsbedarf:	235.814	241.200	260.400	279.300

Der Zuwendungsbedarf soll gedeckt werden durch:	2015 EUR	2016 EUR	2017 EUR	2018 EUR
1 Land - institutionelle Förderung	206.000	209.000	227.400	246.300
2 Dritte	29.814	32.100	33.000	33.000
Zusammen:	235.814	241.100	260.400	279.300

Stellenplan:	2016 Stellenanzahl	2017 Stellenanzahl	2018 Stellenanzahl
<b>Beschäftigte</b>			
E 11	1,00	1,00	1,00

07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz  
07 05 Jugend

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015		
Angaben in EUR					

noch zu 684 16

Stellenplan:	2016	2017	2018
	Stellenanzahl	Stellenanzahl	Stellenanzahl
E 5 / E 6	2,00	2,25	2,25
E 10 (befristet )	0,50	0,50	0,50
<b>Zusammen:</b>	<b>3,50</b>	<b>3,75</b>	<b>3,75</b>
Insgesamt:	3,50	3,75	3,75

Übersicht über den (vorläufigen) Haushalts-/Wirtschaftsplan des Europa-Hauses Marienberg

Ausgaben:	2015	2016	2017	2018
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Personalkosten	526.225	519.500	529.500	570.000
2. Sächliche Ausgaben	446.591	491.900	500.400	495.900
3. Kapitalrücklagen	7.000	0	0	0
4. Seminaerausgaben	158.721	116.500	122.500	150.000
Zusammen:	1.138.537	1.127.900	1.152.400	1.215.900
Abzüglich Einnahmen:	622.105	644.300	649.800	685.300
Mithin Zuwendungsbedarf:	516.432	483.600	502.600	530.600

Der Zuwendungsbedarf soll gedeckt werden durch:

	2015	2016	2017	2018
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Land - institutionelle Förderung	142.600	142.600	142.600	142.600
2. Land - Projektförderung	32.622	39.000	39.000	39.000
3. Dritte	341.434	302.000	321.000	349.000
Zusammen:	516.656	483.600	502.600	530.600

Stellenplan:	2016	2017	2018
	Stellenanzahl	Stellenanzahl	Stellenanzahl
<b>Beschäftigte</b>			
TV-L 15 (mit Prämie)	1,00	1,00	1,00
TV-L 12-13	2,00	2,00	2,00
TV-L 8-9	2,00	2,00	2,00
TV-L 7	1,00	1,00	1,00
TV-L 5	4,00	4,00	4,00
<b>Zusammen:</b>	<b>10,00</b>	<b>10,00</b>	<b>10,00</b>
<b>Beschäftigte</b>			
Arbeiter	9,00	9,00	9,00
<b>Zusammen:</b>	<b>9,00</b>	<b>9,00</b>	<b>9,00</b>
Insgesamt:	19,00	19,00	19,00

Übersicht über den (vorläufigen) Haushalts-/Wirtschaftsplan des Institut für Medien und Pädagogik e.V. (vormals Landesfilmdienst Rheinland-Pfalz e.V.)

Ausgaben:	2015	2016	2017	2018
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Personalausgaben	728.737	730.500	726.300	729.000
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	371.385	332.100	324.800	324.900
Zusammen:	1.100.122	1.062.600	1.051.100	1.053.900
Abzüglich Einnahmen:	483.837	468.200	456.700	459.500
Mithin Zuwendungsbedarf:	616.285	594.400	594.400	594.400

**07**                    **Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 05**                **Jugend**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			1st 2015	Angaben in EUR	

noch zu 684 16

Der Zuwendungsbedarf soll gedeckt werden durch:		2015	2016	2017	2018
		EUR	EUR	EUR	EUR
1.	Land - institutionelle Förderung	388.400	388.400	388.400	388.400
2.	Land - Projektförderung Medienerziehung	199.620	163.400	163.400	163.400
3.	Land - Sonstiges	0	32.300	32.300	32.300
4.	Zuwendungen Dritter	28.198	10.300	10.300	10.300
Zusammen:		616.218	594.400	594.400	594.400

Stellenplan:		2016	2017	2018
		Stellenanzahl	Stellenanzahl	Stellenanzahl
<b>Beschäftigte</b>				
	E 15	1,00	1,00	1,00
	E 13	1,00	1,00	1,00
	E 11	1,00	1,00	1,00
	E 10	2,00	2,00	2,00
	E 9 (mit Stufe 6)	1,00	1,00	1,00
	E 9	3,50	3,50	3,50
	E 8	3,75	3,75	3,75
	E 6	4,50	4,50	4,50
	E 5 / E 3	7,00	7,00	7,00
<b>Zusammen:</b>		<b>24,75</b>	<b>24,75</b>	<b>24,75</b>
Insgesamt:		24,75	24,75	24,75

**Übersicht über den (vorläufigen) Haushalts-/Wirtschaftsplan des Deutschen Kinderschutzbundes Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.**

Ausgaben:		2015	2016	2017	2018
		EUR	EUR	EUR	EUR
1.	Personalausgaben	68.744	77.000	78.500	78.500
2.	sächliche Verwaltungsausgaben	23.603	15.700	14.900	14.900
Zusammen:		92.347	92.700	93.400	93.400
Abzüglich Einnahmen:		31.647	32.000	32.700	32.700
Mithin Zuwendungsbedarf:		60.700	60.700	60.700	60.700

Der Zuwendungsbedarf soll gedeckt werden durch:		2015	2016	2017	2018
		EUR	EUR	EUR	EUR
1.	Land - institutionelle Förderung	60.700	60.700	60.700	60.700
Zusammen:		60.700	60.700	60.700	60.700

Stellenplan:		2016	2017	2018
		Stellenanzahl	Stellenanzahl	Stellenanzahl
<b>Beschäftigte</b>				
	E 13	0,50	0,50	0,50
	E 9	0,50	0,50	0,50
<b>Zusammen:</b>		<b>1,00</b>	<b>1,00</b>	<b>1,00</b>
Insgesamt:		1,00	1,00	1,00

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 05 Jugend**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 684 17

*Die Ausgaben bei 684 14, 684 15, 684 17, 684 34, 684 35 sind gegenseitig deckungsfähig.  
Die Ausgaben sind übertragbar.*

**Erläuterungen:**

Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 03 - 684 17 in Höhe von 4.984.600 EUR bzw. 4.984.600 EUR.

Zuschüsse für:

		2017 EUR	2018 EUR
1.	Jugendsozialarbeit	920.600	920.600
2.	Jugendwohnheime	67.000	67.000
<b>Summe:</b>		<b>987.600</b>	<b>987.600</b>

Aus den Mitteln können auch kommunale Maßnahmen gefördert und eigene Maßnahmen durchgeführt werden.

<b>684 19</b>	<b>261</b>	<b>Erstattung von Lohnausfall nach dem Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes in der Jugendarbeit</b>	<b>250.000</b> 291.218	<b>300.000</b>	<b>300.000</b>
---------------	------------	---	---------------------------	----------------	----------------

*Die Ausgaben bei 684 19, 684 33 sind gegenseitig deckungsfähig.*

**Erläuterungen:**

Gem. § 1 des Landesgesetzes zur Stärkung des Ehrenamtes in der Jugendarbeit vom 05. Oktober 2001 wird auf Antrag Freistellung von der Arbeit unter den in dieser Vorschrift normierten Voraussetzungen gewährt (z.B. Tätigkeit in Zeltlagern, in denen sich Jugendliche zur Erholung aufhalten). Gem. § 4 des Gesetzes gewährt das Land für jeden vollen Arbeitstag einer unbezahlten Freistellung auf Antrag einen Ausgleich bis zu 60 Euro.

<b>684 33</b>	<b>261</b>	<b>Mittel zur Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit</b>	<b>180.000</b> 145.202	<b>180.000</b>	<b>180.000</b>
---------------	------------	--	---------------------------	----------------	----------------

*Die Ausgaben bei 684 19, 684 33 sind gegenseitig deckungsfähig.*

*Die Ausgaben sind übertragbar.*

**Erläuterungen:**

Die Mittel dienen der Unterstützung und Stärkung des ehrenamtlichen Engagements und des Bürgersinns auf dem Gebiet der Jugendarbeit.

<b>684 34</b>	<b>261</b>	<b>Umsetzung des Programms Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz</b>	<b>641.800</b> 479.518	<b>343.100</b>	<b>343.100</b>
---------------	------------	---	---------------------------	----------------	----------------

*Die Ausgaben bei 684 14, 684 15, 684 17, 684 34, 684 35 sind gegenseitig deckungsfähig.  
Die Ausgaben sind übertragbar.*

**Erläuterungen:**

Teilumsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 03 - 684 34 in Höhe von 355.900 EUR bzw. 355.900 EUR.

Zuschüsse für :

		2017 EUR	2018 EUR
1.	Kinder- und Jugendarbeit im ländlichen Raum	33.100	33.100
2.	Förderung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen	103.500	103.500
3.	Maßnahmen zur Umsetzung von Kinderrechten	138.100	138.100
4.	Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung	49.000	49.000
5.	sonstige Maßnahmen	19.400	19.400
<b>Summe:</b>		<b>343.100</b>	<b>343.100</b>

Aus den Mitteln können auch kommunale Maßnahmen gefördert und eigene Maßnahmen durchgeführt werden.





Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

HGr. 8: Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

893 15	261	<b>Zuschüsse zum Bau und zur Ausstattung von Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätten</b>	0	20.000	20.000
<p><b>Erläuterungen:</b> Zuschüsse für überörtliche Bildungs- und Freizeitstätten sowie Häuser der Offenen Tür freier Träger. Aus den Mitteln können auch kommunale Maßnahmen gefördert werden.</p>					
893 39	261	<b>Zuschüsse zum Bau und zur Ausstattung von Heimen der Wandervereine und Naturfreundehäusern</b>	95.000 86.690	75.000	75.000
<p><b>Erläuterungen:</b> Veranschlagt sind Zuschüsse zum Bau und zur Einrichtung von Heimen und Hütten der Wandervereine, für Naturfreundehäuser und für Jugendherbergen.</p>					
893 43	261	<b>Sanierung der Jugendherberge Festung Ehrenbreitstein - Jugendgästehaus Koblenz</b>	0 60.000	0	0
<p><b>Erläuterungen:</b> Leertitel zur Abwicklung.</p>					
893 44	261	<b>Sanierung der Jugendherberge St. Goar</b>	1.500.000	0	0
<p><b>Erläuterungen:</b> Leertitel.</p>					
<b>Weggefallene Titel</b>					
(883 33)	271	<b>Zuweisungen zum Bau und zur Ausstattung von Kindertagesstätten</b>	5.000.000 27.776.320		
<p><b>Erläuterungen:</b> Umsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 03 - 883 33.</p>					
(883 34)	271	<b>Zuweisungen für Investitionen im Rahmen des Investitionsprogramms Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 - 2013</b>	0 12.306.465		
<p><b>Erläuterungen:</b> Umsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 03 - 883 34.</p>					
(883 35)	271	<b>Zuweisungen für Investitionen im Rahmen des Investitionsprogramms Kinderbetreuungsfinanzierung 2013 - 2014</b>	0 10.638.142		
<p><b>Erläuterungen:</b> Umsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 03 - 883 35.</p>					
(883 36)	271	<b>Zuweisungen für Investitionen im Rahmen des Investitionsprogramms Kinderbetreuungsfinanzierung 2015-2018</b>	7.894.600		
<p><i>Verpflichtungen dürfen übernommen werden, sobald verbindliche Zusagen des Bundes vorliegen.</i></p> <p><b>Erläuterungen:</b> Umsetzung wegen Organisationsänderungen der Landesregierung vom 18. Mai 2016 nach 09 03 - 883 36.</p>					
(883 37)	271	<b>Zuweisungen für Investitionen für Maßnahmen zur Verbesserung der Kindertagesbetreuung im Zuge der Änderung des Finanzausgleichsgesetzes durch das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz</b>	6.000.000		





07 **Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
 07 05 **Jugend**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015		
			Angaben in EUR		

**Titelgruppen**

Einnahmen

TGr. 75: Durchführung der Jugendschutzbestimmungen bei der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK)

<b>232 75</b>	<b>261</b>	<b>Kostenerstattung der Länder</b>	<b>383.600</b>	<b>383.600</b>	<b>383.600</b>
			376.019		

*Vgl. Vermerk bei TG 75.  
Erstattungen sind von der Einnahme abzusetzen.*

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 75:			<b>383.600</b>	<b>383.600</b>	<b>383.600</b>
			376.019		

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen			<b>383.600</b>	<b>383.600</b>	<b>383.600</b>
			376.019		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015		
Angaben in EUR					

## Titelgruppen

### Ausgaben

TGr. 75: Durchführung der Jugendschutzbestimmungen bei der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK)

*Die Ausgaben bei TGr 75 sind gegenseitig deckungsfähig.  
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 232 75 geleistet werden.*

#### Erläuterungen:

Zur Durchführung der Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes (§ 14 JuSchG) haben die obersten Landesjugendbehörden ein gemeinsames Verfahren für die Freigabe und Kennzeichnung von Filmen, Videokassetten und vergleichbaren Bildträgern auf der Grundlage der Ergebnisse der Prüfung der "Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft" (FSK) vereinbart. Die Länder beteiligen sich an den Personal- und Sachkosten vereinbarungsgemäß nach dem "Königsteiner Schlüssel".

		2017 EUR	2018 EUR
1.	Vertreter der obersten Landesjugendbehörden bei der FSK	402.900	402.900
2.	Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	200	200
<b>Summe:</b>		<b>403.100</b>	<b>403.100</b>

428 75	261	<b>Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b>	<b>270.700</b> 272.556	<b>270.700</b>	<b>270.700</b>
--------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

#### Stellenplan:

EntgeltGr	2016	2017	2018
at	1,00	1,00	1,00
E 14	1,00	1,00	1,00
E 13	1,00	1,00	1,00
<b>Zusammen:</b>	<b>3,00</b>	<b>3,00</b>	<b>3,00</b>
<b>Stellen insgesamt (soweit nicht Leerstellen):</b>	<b>3,00</b>	<b>3,00</b>	<b>3,00</b>

429 75	261	<b>Nicht aufteilbare Personalausgaben</b>	<b>132.200</b> 131.876	<b>132.200</b>	<b>132.200</b>
--------	-----	---	---------------------------	----------------	----------------

547 75	261	<b>Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</b>	<b>200</b>	<b>200</b>	<b>200</b>
--------	-----	--	------------	------------	------------

#### Erläuterungen:

Finanziert werden können auch eigene Veranstaltungen.

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 75:</b>			<b>403.100</b> 404.432	<b>403.100</b>	<b>403.100</b>
--------------------------------------	--	--	---------------------------	----------------	----------------

<b>Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen</b>			<b>403.100</b> 404.432	<b>403.100</b>	<b>403.100</b>
---	--	--	---------------------------	----------------	----------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			lst 2015	Angaben in EUR	

## Abschluss

### Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	250.000 2.979.934		
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	383.600 390.789	383.600	383.600
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	10.814.600 10.638.142		
<b>Gesamteinnahmen</b>		<b>11.448.200</b> 14.008.866	<b>383.600</b>	<b>383.600</b>

### Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	402.900 404.432	402.900	402.900
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	55.500 22.782	61.300	61.300
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	592.300.700 544.606.386	11.200.900	11.269.800
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	26.409.600 53.186.078	95.000	95.000
<b>Gesamtausgaben</b>		<b>619.168.700</b> 598.219.678	<b>11.760.100</b>	<b>11.829.000</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-607.720.500</b> -584.210.812	<b>-11.376.500</b>	<b>-11.445.400</b>

**07**                    **Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**

**07 05**                **Jugend**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016 Ist 2015	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Angaben in EUR		

## **07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**

### **07 12 Frauen**

#### **Vorwort**

##### **1. Frauen und Arbeitswelt**

Die eigenständige Existenzsicherung von Frauen durch Erwerbsarbeit ist Voraussetzung für die Erreichung der Geschlechtergerechtigkeit zwischen Frauen und Männern.

Um strukturelle Benachteiligungen am Arbeitsmarkt und im Beschäftigungssystem abzubauen,

- werden Projekte und Maßnahmen gefördert, die den Übergang von einer geringfügigen Beschäftigung in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zum Ziel haben,
- werden Maßnahmen gefördert, die Frauen, die ihre Berufstätigkeit wegen einer Familien- oder Pflegephase unterbrochen haben, beim beruflichen Wiedereinstieg unterstützen,
- werden Maßnahmen gefördert, die weibliche Flüchtlinge mit Bleibeperspektive bei der Integration in den Arbeitsmarkt Hilfestellung bieten,
- werden die Beratungsstellen „Neue Chancen“ fortgeführt,
- wird zum Abbau geschlechtsspezifischer Entgelt-Ungleichheiten eine landesweite Kompetenzstelle „Freiwillige Lohntests in Unternehmen“ unterstützt.

##### **2. Gendersensible Berufsorientierung von Mädchen und Jungen**

Um die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen und Männern in der Arbeitswelt zu ermöglichen, gilt es, die klassischen Rollenbilder für Frauen und Männer aufzubrechen und zu überwinden.

Im Rahmen der gendersensiblen Berufsorientierung werden Maßnahmen gefördert, die helfen, Geschlechterstereotypen und strukturelle Barrieren in der Berufsorientierung zu erkennen und zu überwinden.

Das an den rheinland-pfälzischen Hochschulen angesiedelte Ada-Lovelace-Mentoring-Netzwerk zur Gewinnung von jungen Frauen für naturwissenschaftlich-technische Studienfächer und Ausbildungsberufe (<http://www.ada-lovelace.com/>) soll weiterhin finanziell unterstützt und fortgeführt werden.

### **3. Frauen im öffentlichen Dienst**

Die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen und auf allen Hierarchieebenen des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind zentrale Anliegen der Landesregierung. Mit Hilfe des Landesgleichstellungsgesetzes vom 22. Dezember 2015, GVBl. S. 505, sollen diese Ziele erreicht werden. Auch die finanzielle Förderung von Maßnahmen oder Programmen soll dazu beitragen, die Situation von Frauen im öffentlichen Dienst weiter zu verbessern.

Die Arbeit der behördlichen Gleichstellungsbeauftragten wird durch die Finanzierung von verschiedenen Fortbildungs- und Beratungsangeboten professionalisiert und unterstützt, da sie wichtige Ansprechpartnerinnen vor Ort sind, um die Gleichstellung in den Dienststellen durchzusetzen und weiter voranzubringen. Den Gleichstellungsbeauftragten steht hierfür z. B. die Internetseite <http://www.gleichstellungsbeauftragte-rlp.de/> für weitere Informationen zur Verfügung.

Im Rahmen der Umsetzung des LGG werden weibliche Beschäftigte in der Landesverwaltung mit geeigneten Maßnahmen, wie z. B. dem einjährigen Mentoring-Programm „Mehr Frauen an die Spitze!“, unterstützt und gefördert. Weitere Informationen auf der Internetseite [www.mentoringprogramm.rlp.de](http://www.mentoringprogramm.rlp.de).

### **4. Politische Partizipation von Frauen**

Noch immer sind Frauen in politischen Ämtern deutlich unterrepräsentiert. Das gilt besonders für den kommunalen Bereich. Um den Anteil von Frauen in politischen Gremien mittel- und langfristig zu erhöhen, werden weiterhin entsprechende Maßnahmen und Initiativen gefördert.

### **5. Frauen im Ehrenamt**

Die Förderung ehrenamtlich engagierter Frauen soll im Hinblick auf die Verbesserung ihrer Rahmenbedingungen sowie auf die Aneignung von Handlungskompetenzen fortgesetzt werden. Damit soll die auch im Ehrenamt vorherrschende geschlechtsspezifische Arbeitsteilung abgebaut und die Partizipation von Frauen auf den Entscheidungsebenen erhöht werden.

## **6. Frauen an Hochschulen**

Die Anzahl von Studentinnen in den sogenannten MINT (= Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) Studienfächern und Berufen soll weiter erhöht werden, um eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Naturwissenschaft und Technik zu gewährleisten. Die Fortbildung und Vernetzung der Gleichstellungsbeauftragten sowie Maßnahmen und Projekte zur Förderung der Chancengleichheit an den rheinland-pfälzischen Hochschulen sollen finanziell unterstützt werden.

## **7. Verbesserung der sozialen Situation von Frauen**

Frauen sind von Armut und sozialer Not besonders betroffen und auf Hilfen angewiesen, die an ihrer Situation ansetzen und ihre besondere Lebenslage berücksichtigen. Es werden daher weiter spezifische Beratungsstellen, z. B. für von Wohnungslosigkeit bedrohte oder betroffene Frauen, für Frauen mit Behinderung sowie Anlaufstellen der frauenspezifischen Suchtarbeit gefördert. Gefördert und ausgebaut werden weiterhin auch Beratungs- und Anlaufstellen sowie Ausstiegsprogramme für Prostituierte.

Für Frauen, die einen ambulanten Schwangerschaftsabbruch vornehmen müssen, soll der Fortbestand des Pro-Familia-Zentrums in Mainz gewährleistet sein.

## **8. Gewalt gegen Frauen**

Das Rheinland-pfälzische Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG) wird fortgeführt.

Im landesweiten, ressortübergreifenden RIGG-Interventions- und Präventionsverbund werden mit Landeszuschüssen 17 Frauenhäuser, 12 Frauennotrufe, 16 Interventionsstellen sowie Hilfeeinrichtungen für Mädchen und Migrantinnen in Krisensituation unterstützt.

Die pädagogische Betreuung von Kindern durch Fachkräfte in den Frauenhäusern, um Gewalterfahrungen besser verarbeiten zu können, soll weiter ausgebaut werden.

Außerdem werden Maßnahmen zur Aufklärung, Prävention und Vernetzung gegen Beziehungsgewalt gefördert, z. B. die Arbeit der Regionalen Runden Tische vor Ort, Fortbildungen für bestimmte Berufsgruppen und die Unterstützung multiinstitutioneller Fallkonferenzen zu Hochrisikofällen. Darüber hinaus wurde ein Gewaltschutzkonzept für geflüchtete Frauen in Landesaufnahmeeinrichtungen erarbeitet, das zurzeit umgesetzt wird. Es sieht auch flächendeckende

Fortbildungen für Haupt- und Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit zur Schulung im Umgang mit traumatisierten und gewaltbetroffenen Frauen vor.

## **9. Frauenpolitische Vernetzungsarbeit**

Frauenförderung erfordert eine gut ausgebaute, frauenpolitische Infrastruktur. Dafür ist Netzwirkbildung wichtig. Neben Vernetzungsmaßnahmen für die Gleichstellungsbeauftragten und die Frauenorganisationen werden weiterhin einzelne Frauenprojekte und -initiativen sowie Maßnahmen zur Verbesserung der gesellschaftlichen, rechtlichen, sozialen und ökonomischen Situation von Mädchen und Frauen gefördert.

## **10. Gender Mainstreaming**

Die Umsetzung des Gender Mainstreaming-Konzeptes soll innerhalb der Landesverwaltung durch Tagungen, Workshops, Seminare und Informationsmaterialien gefördert werden. Durch einen kontinuierlichen ressortübergreifenden Austausch und über die Internetseite [www.gender-mainstreaming.rlp.de](http://www.gender-mainstreaming.rlp.de) wird der Prozess begleitet.



07 **Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
 07 12 **Frauen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 12	291	<b>Einnahmen aus Überzahlungen nach Schluss des Haushaltsjahres</b>	<b>5.000</b> 380	<b>5.000</b>	<b>5.000</b>
162 61	291	<b>Zinseinnahmen</b>	<b>500</b> 313	<b>500</b>	<b>500</b>
<b>Summe HGr. 1:</b>			<b>5.500</b> 693	<b>5.500</b>	<b>5.500</b>

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

235 05	253	<b>Zuwendung der Bundesagentur für Arbeit</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<i>Vgl. Vermerk bei 684 01, 684 15, 685 01.</i>					
Erläuterungen: Leertitel.					
<b>Summe HGr. 2:</b>			<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

526 02	291	<b>Maßnahmen des Landesfrauenbeirates</b>	<b>4.900</b> 1.502	<b>4.800</b>	<b>4.800</b>
533 02	253	<b>Maßnahmen zur Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes</b> <i>Die Ausgaben bei 533 02, 533 05, 685 01 sind gegenseitig deckungsfähig.</i>	<b>18.500</b> 377	<b>18.100</b>	<b>18.100</b>
533 05	291	<b>Modellprojekte und Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von Frauen und Mädchen</b> <i>Die Ausgaben bei 533 02, 533 05, 685 01 sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgaben sind übertragbar.</i>	<b>11.000</b> 40	<b>8.800</b>	<b>8.800</b>
533 06	011	<b>Maßnahmen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming</b>	<b>7.200</b> 1.466	<b>6.000</b>	<b>6.000</b>

07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz

07 12 Frauen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015		
			Angaben in EUR		

noch zu 533 06

*Die Ausgaben bei 533 06, 684 07 sind gegenseitig deckungsfähig.*

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Mittel für die Durchführung von eigenen Maßnahmen wie z.B. Tagungen, Workshops und Seminaren in Kooperation mit anderen Bildungsträgern zur Umsetzung von Gender Mainstreaming. Aus den Mitteln können auch Zuschüsse gewährt werden.

Summe HGr. 5:	<b>41.600</b>	<b>37.700</b>	<b>37.700</b>
	3.385		

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

<b>684 01</b>	253	<b>Zuschüsse zu Ein-/Wiedereingliederungsprogrammen für Frauen in den Arbeitsmarkt</b>	<b>687.700</b>	<b>687.700</b>	<b>687.700</b>
			374.763		

*Die Ausgaben bei 684 01, 684 15 sind gegenseitig deckungsfähig; dies gilt auch für die Verpflichtungsermächtigungen. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 235 05 geleistet werden. Die Ausgaben sind übertragbar.*

**Verpflichtungsermächtigung**

	2017	2018
	EUR	EUR
Betrag	<b>75.500</b>	<b>75.500</b>

davon fällig

2018 bis zu	75.500	
2019 bis zu	0	75.500
2020 bis zu	0	0
2021 bis zu	0	0
2022 ff bis zu		0

**zur Verpflichtungsermächtigung**

	2017	2018
	EUR	EUR
Bewilligungsrahmen		
Vorbelastung aus Verpflichtungsermächtigungen früherer Haushaltsjahre	75.500	75.500
davon veranschlagt	75.500	75.500
verbleibende Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre	0	0
für neue Maßnahmen sind Gesamtausgaben vorgesehen von	687.700	687.700
davon veranschlagt	612.200	612.200
verbleibende Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre, zugleich neue Verpflichtungsermächtigung	75.500	75.500
Veranschlagt zusammen	687.700	687.700
Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre insgesamt	75.500	75.500

**Erläuterungen:**

Mit den veranschlagten Mitteln werden Zuschüsse zu Maßnahmen und Projekten, die die eigene Existenzsicherung von Frauen durch Erwerbsarbeit zum Ziel haben, gefördert. Aus den Mitteln können auch kommunale Maßnahmen gefördert und eigene Veranstaltungen durchgeführt werden.

<b>684 03</b>	291	<b>Zuschüsse zu Maßnahmen für Frauen in psychosozialen und gesundheitlichen Notlagen</b>	<b>273.400</b>	<b>348.400</b>	<b>348.400</b>
			279.380		

*Die Ausgaben bei 684 03, 684 08, 684 14, 684 17 sind gegenseitig deckungsfähig.*

**Erläuterungen:**

Mit den veranschlagten Mitteln werden Maßnahmen für Frauen in psychosozialen und gesundheitlichen Notlagen, wie frauenspezifische Suchtprojekte, Einrichtungen für wohnungslose Frauen und behinderte Frauen, Prostituiertenberatungsstellen sowie Aufgaben, die aus der anstehenden Umsetzung der Neuregelungen durch das Prostituiertenschutzgesetz resultieren, gefördert. Darüber hinaus können auch kommunale Maßnahmen und eigene Maßnahmen durchgeführt werden.



07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz

07 12 Frauen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 684 11

		2017 EUR	2018 EUR
1.	laufende Personal- und Sachausgaben	488.500	488.500
2.	Präventionsarbeit	132.200	132.200
3.	sonstige Maßnahmen	15.000	15.000
4.	Vernetzungsstelle	25.000	25.000
<b>Summe:</b>		<b>660.700</b>	<b>660.700</b>

Zuschüsse für den Betrieb und die Vernetzung rheinland-pfälzischer Notrufe.

<b>684 12</b>	<b>291</b>	<b>Zuschüsse zu den laufenden Ausgaben eines Pro-Familia-Zentrums</b>	<b>77.800</b> 77.800	<b>77.800</b>	<b>77.800</b>
---------------	------------	---	-------------------------	---------------	---------------

**Erläuterungen:**

Zuschüsse zu den laufenden Sach- und Personalausgaben des Pro-Familia-Zentrums Mainz.

<b>684 13</b>	<b>291</b>	<b>Zuschüsse zu den laufenden Ausgaben von Mädchenwohnungen und -häusern</b>	<b>20.000</b> 20.000	<b>20.000</b>	<b>20.000</b>
---------------	------------	--	-------------------------	---------------	---------------

**Erläuterungen:**

Zuschüsse zu den laufenden Ausgaben der Mädchenzuflucht von FEMMA e. V. Mainz.

<b>684 14</b>	<b>291</b>	<b>Zuschüsse zu Präventionsprogrammen und zu Maßnahmen für von Gewalt bedrohte und /oder betroffene Frauen und Mädchen</b>	<b>77.900</b> 88.700	<b>77.900</b>	<b>77.900</b>
---------------	------------	--	-------------------------	---------------	---------------

*Die Ausgaben bei 684 03, 684 08, 684 14, 684 17 sind gegenseitig deckungsfähig.*

**Erläuterungen:**

Zuschüsse

		2017 EUR	2018 EUR
1.	zu den Personalausgaben der sozialtherapeutischen Beratungsstelle FEMMA Mainz	21.200	21.200
2.	zu den Personalausgaben des Präventionsbüros RONJA Westerburg	21.400	21.400
3.	für die Koordinierungsarbeit der Frauenhäuser / Notrufe	21.500	21.500
4.	zu Einzelmaßnahmen	13.800	13.800
<b>Summe:</b>		<b>77.900</b>	<b>77.900</b>

Aus den Mitteln können auch kommunale Maßnahmen gefördert werden.

<b>684 15</b>	<b>253</b>	<b>Zuschüsse zu Maßnahmen zur Qualifizierung und Beschäftigung von arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Mädchen und Frauen sowie zur Verbesserung der Ausbildung von Mädchen und Frauen</b>	<b>255.500</b> 168.803	<b>215.400</b>	<b>215.400</b>
---------------	------------	--	---------------------------	----------------	----------------

*Die Ausgaben bei 684 01, 684 15 sind gegenseitig deckungsfähig; dies gilt auch für die Verpflichtungsermächtigungen.*

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 235 05 geleistet werden.*

*Die Ausgaben sind übertragbar.*

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 12 Frauen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 684 15

**Verpflichtungsermächtigung**

	2017	2018
	EUR	EUR
Betrag	<b>34.300</b>	<b>34.300</b>
davon fällig		
2018 bis zu	34.300	
2019 bis zu	0	34.300
2020 bis zu	0	0
2021 bis zu	0	0
2022 ff bis zu		0

**zur Verpflichtungsermächtigung**

Bewilligungsrahmen	2017	2018
	EUR	EUR
Vorbelastung aus Verpflichtungsermächtigungen früherer Haushaltsjahre	34.300	34.300
davon veranschlagt	34.300	34.300
verbleibende Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre	0	0
für neue Maßnahmen sind Gesamtausgaben vorgesehen von	215.400	215.400
davon veranschlagt	181.100	181.100
verbleibende Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre, zugleich neue Verpflichtungsermächtigung	34.300	34.300
Veranschlagt zusammen	215.400	215.400
Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre insgesamt	34.300	34.300

**Erläuterungen:**

Mit den veranschlagten Mitteln werden Maßnahmen und Projekte zur gleichberechtigten Teilhabe von Mädchen und Frauen am Arbeitsmarkt gefördert. Aus den Mitteln können auch kommunale Maßnahmen gefördert und eigene Maßnahmen durchgeführt werden.

<b>684 17</b>	<b>291</b>	<b>Zuschüsse für das Interventionsprogramm "Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen im sozialen Nahbereich im städtischen und ländlichen Bereich"</b>	<b>691.200</b>	<b>806.800</b>	<b>806.800</b>
			641.199		
		<i>Die Ausgaben bei 684 03, 684 08, 684 14, 684 17 sind gegenseitig deckungsfähig.</i>			
		<i>Die Ausgaben sind übertragbar.</i>			

**Erläuterungen:**

Mit den veranschlagten Mitteln werden 16 Interventionsstellen mit 12 Personalstellen, zwei zusätzlich proaktive Beratungsangebote und ergänzende Maßnahmen zur Umsetzung des RIGG gefördert. Darüber hinaus können auch eigene Maßnahmen gefördert werden.

<b>685 01</b>	<b>291</b>	<b>Zuschüsse zu Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von Frauen und Mädchen</b>	<b>296.400</b>	<b>296.400</b>	<b>296.400</b>
			297.210		
		<i>Die Ausgaben bei 533 02, 533 05, 685 01 sind gegenseitig deckungsfähig.</i>			
		<i>Die Ausgaben bei 685 01 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 684 07.</i>			
		<i>Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 235 05 geleistet werden.</i>			
		<i>Die Ausgaben sind übertragbar.</i>			

07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz

07 12 Frauen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 685 01

**Verpflichtungsermächtigung**

	2017 EUR	2018 EUR
Betrag	<b>60.000</b>	<b>60.000</b>
davon fällig		
2018 bis zu	0	
2019 bis zu	60.000	0
2020 bis zu	0	60.000
2021 bis zu	0	0
2022 ff bis zu		0

**zur Verpflichtungsermächtigung**

Bewilligungsrahmen	2017 EUR	2018 EUR
Vorbelastung aus Verpflichtungsermächtigungen früherer Haushaltsjahre	120.000	120.000
davon veranschlagt	60.000	60.000
verbleibende Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre	60.000	60.000
für neue Maßnahmen sind Gesamtausgaben vorgesehen von	296.400	296.400
davon veranschlagt	236.400	236.400
verbleibende Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre, zugleich neue Verpflichtungsermächtigung	60.000	60.000
Veranschlagt zusammen	296.400	296.400
Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre insgesamt	120.000	120.000

**Erläuterungen:**

Ausgaben für

	2017 EUR	2018 EUR
1. das Ada-Lovelace-Mentorinnen-Projekt, Zuschüsse zur Förderung von Frauen in den Bereichen Wissenschaft und Weiterbildung sowie eigene Maßnahmen (GFMK-AG "Frauenförderung in der Wissenschaft")	216.800	216.800
2. Fördermaßnahmen für Frauen im Ehrenamt und zur politischen Partizipation von Frauen	10.000	10.000
3. Zuschüsse und Projekte zu präventiven Maßnahmen im Frauengesundheitsbereich (Herz-Kreislaufkrankungen u.a.)	4.000	4.000
4. Fortbildungs- und Beratungsangebote für Gleichstellungsbeauftragte nach dem LGG	37.200	37.200
5. Maßnahmen zur Förderung von Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Dienst (Mentoring-Programm "Mehr Frauen an die Spitze!")	28.400	28.400
<b>Summe:</b>	<b>296.400</b>	<b>296.400</b>

Summe HG. 6:	<b>4.646.800</b> 4.072.491	<b>5.038.700</b>	<b>5.038.700</b>
--------------	-------------------------------	------------------	------------------

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

981 01	891	<b>Kostenerstattung für die Inanspruchnahme des Statistischen Landesamtes</b>	<b>55.000</b> 84.000	<b>70.000</b>	<b>70.000</b>
--------	-----	---	-------------------------	---------------	---------------

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 12 Frauen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 981 01

**Verpflichtungsermächtigung**

	2017	2018
	EUR	EUR
Betrag	<b>155.000</b>	<b>0</b>
davon fällig		
2018 bis zu	15.000	
2019 bis zu	70.000	
2020 bis zu	70.000	
2021 bis zu	0	0
2022 ff bis zu		0

**zur Verpflichtungsermächtigung**

Bewilligungsrahmen	2017	2018
	EUR	EUR
Vorbelastung aus Verpflichtungsermächtigungen früherer Haushaltsjahre	110.000	210.000
davon veranschlagt	55.000	70.000
verbleibende Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre	55.000	140.000
für neue Maßnahmen sind Gesamtausgaben vorgesehen von	170.000	0
davon veranschlagt	15.000	0
verbleibende Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre, zugleich neue Verpflichtungsermächtigung	155.000	0
Veranschlagt zusammen	70.000	70.000
Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre insgesamt	210.000	140.000

**Erläuterungen:**

Kosten für die Erstellung des Berichtes zur Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes des Landes Rheinland-Pfalz durch das Statistische Landesamt.

Vereinnahmung bei Kapitel 03 06 Titel 381 01.

<b>Summe HGr. 9:</b>	<b>55.000</b>	<b>70.000</b>	<b>70.000</b>
	84.000		

07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz

07 12 Frauen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015		
Angaben in EUR					

## Abschluss

### Einnahmen

HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl. 5.500  
693 5.500 5.500

HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen 0 0 0

---

**Gesamteinnahmen** 5.500  
693 5.500 5.500

### Ausgaben

HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst 41.600  
3.385 37.700 37.700

HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen 4.646.800  
4.072.491 5.038.700 5.038.700

HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben 55.000  
84.000 70.000 70.000

---

**Gesamtausgaben** 4.743.400  
4.159.876 5.146.400 5.146.400

**Überschuss (+) / Zuschuss (-)** -4.737.900  
-4.159.183 -5.140.900 -5.140.900



## **07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**

### **07 82 Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion**

#### **Vorwort**

Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) wurde aufgrund der §§ 6 und 10 des Landesgesetzes zur Reform und Neuorganisation der Landesverwaltung vom 12. Oktober 1999 (GVBl. S. 325 ff) mit Wirkung vom 1. Januar 2000 gebildet. Entsprechend § 14 des o.g. Gesetzes sind die Stellen und Haushaltsmittel, die für die Erledigung der den Direktionen übertragenen Aufgaben erforderlich sind, in den Einzelplänen der jeweils zuständigen obersten Landesbehörden veranschlagt. Dies ist für die ADD in folgenden Einzelplänen vorgesehen:

Epl. 03 - Ministerium des Innern und für Sport	Kapitel 03 08, 03 09, 03 15, 03 18, 03 82
Epl. 04 - Ministerium der Finanzen	Kapitel 04 82
Epl. 07 - Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz	Kapitel 07 82
Epl. 08 - Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau	Kapitel 08 82
Epl. 09 - Ministerium für Bildung	Kapitel 09 82
Epl. 14 - Ministerium für Umwelt, Energie und Ernährung	Kapitel 14 82

Im Kapitel 07 82 sind die Einnahmen, Ausgaben und Stellen für folgende Aufgabengebiete der ADD veranschlagt:

- Erstunterbringung von Spätausgesiedelten und jüdischen Emigrierten - TG 72 -
- Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende (inkl. Notunterkunft der Kommunen), die Landeseinrichtung für Asylbegehrende und Ausreisepflichtige (LEfAA, Geschäftsbereich Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende in Ingelheim) und Erstattungen für die Aufnahme, Unterbringung und Rückführung von Asylbegehrenden - TG 73-.
- LEfAA, Geschäftsbereich Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige in Ingelheim  
- TG 76 -.

Die ADD ist im Internet unter <http://www.add.rlp.de> zu erreichen.

## **Vorwort zur TG 72**

Die dem Land Rheinland-Pfalz zugewiesenen Spätausgesiedelten und jüdischen Emigrierten, sowie deren Angehörigen werden direkt in die Kommunen von Rheinland-Pfalz verteilt. Die Unterstützung der Spätausgesiedelten und jüdischen Emigrierten erfolgt durch karitative Verbände und den Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz. Den Verbänden werden die dadurch entstehenden Kosten vom Land erstattet.

## **Vorwort zur TG 73**

### Rechtsgrundlage:

Die Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) in Trier wurde durch das Verwaltungsorganisationsreformgesetz (VwORG) vom 12. Oktober 1999 mit Wirkung vom 1. Januar 2000 in die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) eingegliedert.

Die zwei Außenstellen der AfA Trier befinden sich in der Luxemburger Straße und in Bitburg.

Die Notunterkunft für Kommunen wurde durch die Organisationsverfügung des Ministeriums des Innern und für Sport vom 19. August 2002, Az. 01 510-T1/321, mit Wirkung vom 1. Oktober 2002 in die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion / Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Trier eingegliedert.

Die frühere Außenstelle der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Trier in Ingelheim wurde durch die Organisationsverfügung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) vom 30. April 2015 mit Wirkung vom 1. Mai 2015 mit der Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige (GfA) Ingelheim als organisatorische Einheit unter dem Namen „Landeseinrichtung für Asylbegehrende und Ausreisepflichtige“ (LefAA) zusammengeführt und gehört als Sachgebiet zum Referat 24 „Soziales, Jugend und Familie“ der ADD.

Die Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende in Hermeskeil, Kusel, Diez und Speyer wurden durch Organisationsverfügungen der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion als Sachgebiete des Fachreferates 24 eingerichtet und zwar

- AfA Hermeskeil mit Wirkung vom 1. November 2015 (Verfügung vom 05.11.2015),
- AfA Kusel mit Wirkung vom 1. Dezember 2015 (Verfügung vom 27.11.2015),
- AfA Diez mit Wirkung vom 15. Februar 2016 (Verfügung vom 15.02.2016) und
- AfA Speyer mit Wirkung vom 1. Mai 2016 (Verfügung vom 27.04.2016).

### Aufgaben:

Die Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende nehmen nach Maßgabe der Rechts- und Verwaltungsvorschriften, sowie der vom Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz erlassenen Verfahrensregelungen im Wesentlichen folgende Aufgaben wahr:

- Aufnahme und Unterbringung (inkl. Leistungsgewährung) von ausländischen Personen, insbesondere als Aufnahmeeinrichtung nach § 44 Asylgesetz (AsylG).
- Bestimmung der zuständigen Aufnahmeeinrichtung durch das Erstverteilungssystem für Asylbegehrende (EASY, nur in Trier, Ingelheim und Diez) bzw. das Verteilungssystem für unerlaubt eingereiste Ausländer (VilA, nur in Trier) und ggf. Weiterleitung der ausländischen Personen.
- Ausstellung und ggf. Änderung und Verlängerung der Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender (Ankunftsnachweis) gem. § 63 a AsylG (nur in Trier, Ingelheim und Diez).
- Veranlassung der Gesundheitsuntersuchungen der aufgenommenen Personen.
- Landesinterne Verteilung der aufgenommenen Personen (z. B. Asylbegehrende, Bürgerkriegsflüchtlinge und sonstige Flüchtlinge) auf die rheinland-pfälzischen Kommunen (Erlass der Verteilungsverfügung und der Zuweisungsentscheidung) (nur in Trier).
- Erstattung von Aufwendungen nach dem Landesaufnahmegesetz und der Landesverordnung über Ausnahmen von der pauschalen Erstattung nach dem Landesaufnahmegesetz (nur in Trier).
- Länderübergreifende Umverteilung von Asylbegehrenden und Personen nach § 15a Aufenthaltsgesetz (AufenthG) (nur in Trier).
- Sicherstellung der Notunterkünfte für durch die Kommunen unterzubringende Migrantinnen und Migranten.
- Abrechnung des REAG-/GARP-Programms mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und den Kommunen (nur in Trier).

## **Vorwort zur TG 76**

### Rechtsgrundlage:

Die Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige (GfA) Ingelheim wurde durch die Organisationsverfügung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) vom 30. April 2015 mit Wirkung vom 1. Mai 2015 mit der Außenstelle Ingelheim der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) Trier als organisatorische Einheit unter dem Namen „Landeseinrichtung für Asylbegehrende und Ausreisepflichtige“ (LEfAA) zusammengeführt. Die LEfAA gehört als Sachgebiet zu Referat 24 „Soziales, Jugend und Familie“ der ADD.

### Aufgaben:

Die GfA ist ein Geschäftsbereich der LEfAA und nimmt nach Maßgabe der Rechts- und Verwaltungsvorschriften sowie der vom Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz erlassener Verfahrensregelungen folgende Aufgabe wahr:

- Vollzug von Zurückweisungs- und Abschiebungshaft gemäß §§ 15 Abs. 5, 62, 62a Aufenthaltsgesetz (AufenthG) und § 5 Landesaufnahmegesetz (LAufnG) Rheinland-Pfalz.

**07**                    **Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 82**                **Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

<b>119 12</b>	235	<b>Einnahmen aus Überzahlungen nach Schluss des Haushaltsjahres</b>	<b>0</b> 1.054	<b>0</b>	<b>0</b>
		Erläuterungen: Leertitel. Vereinnahmt werden können auch Zinsen.			
<b>119 69</b>	235	<b>Vermischte Verwaltungseinnahmen</b>	<b>0</b> 860	<b>0</b>	<b>0</b>
		Erläuterungen: Leertitel.			
<b>132 01</b>	235	<b>Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
		Erläuterungen: Leertitel.			
<b>132 02</b>	235	<b>Erlöse aus der Veräußerung unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände</b>	<b>0</b> 50	<b>0</b>	<b>0</b>
		Erläuterungen: Leertitel.			
		<b>Aus Titelgruppen:</b>	<b>40.400</b> 778.004	<b>61.900</b>	<b>61.900</b>
		<b>Summe HGr. 1:</b>	<b>40.400</b> 779.968	<b>61.900</b>	<b>61.900</b>

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

<b>231 03</b>	246	<b>Erstattungen des Bundes für die Aufnahme und Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
		<i>Vgl. Vermerk bei Titel 633 22.</i>  Erläuterungen: Leertitel.			
<b>271 01</b>	246	<b>Erstattungen der EU für die Aufnahme und Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen</b>	<b>115.800</b> 420.511	<b>130.200</b>	<b>130.200</b>
		<i>Vgl. Vermerk bei Titel 633 22.</i>			
		<b>Aus Titelgruppen:</b>	<b>1.400.000</b> -5.278	<b>2.000.900</b>	<b>2.000.900</b>

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 82 Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015		

Angaben in EUR

Summe HGr. 2:	<b>1.515.800</b>	<b>2.131.100</b>	<b>2.131.100</b>
	415.233		

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

**Weggefallene Titel**

**(371 01) 881 Globale Mehreinnahmen 0**

Vgl. Vermerk bei 07 04 - 633 03, 07 82 - 633 22, 07 82 - 633 25, 07 82 HG 4 und 07 82 - TG 73.

**Erläuterungen:**

Aufgrund der Vereinbarung der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin vom 18. Juni 2015 zur finanziellen Beteiligung des Bundes an den Ausgaben im Aufgabenbereich Asyl / Flüchtlinge erwartet das Land Einnahmen in noch unbekannter Höhe. Durch die Kopplung mit den entsprechenden Ausgabeposteln mitsamt des Titels für Zahlungen an die Kommunen soll die Verwendung der Bundesmittel ermöglicht werden.

Summe HGr. 3:	<b>0</b>
---------------	----------

**Ausgaben**

**HGr. 4: Personalausgaben**

Zur Gewährung einer ausgewogenen und sachgerechten Personalsteuerung darf die Präsidentin/der Präsident der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion und der Struktur- und Genehmigungsdirektionen Nord und Süd in Ausnahmefällen, aufgrund einer (über die allgemeine Bewirtschaftungsbefugnis hinausgehenden) zusätzlichen besonderen Bewirtschaftungsermächtigung durch das jeweils zuständige Ministerium einzelne Planstellen und Stellen in den Stellenplänen, die für die jeweilige Direktion in den verschiedenen Einzelplänen veranschlagt sind, einzelplanübergreifend in Anspruch nehmen. Die Besetzung fachspezifischer Planstellen mit Beamtinnen/Beamten anderer Fachrichtungen ist nach Einholung der Einwilligung des Ministeriums der Finanzen möglich (§ 3 Abs. 1 Nr. 7 LHG).

Mehrausgaben bei den Titeln 07 04 - 633 03, 07 82 - 633 22, 07 82 - 633 25, 07 82 HG 4 und 07 82 TG 73 dürfen mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen insgesamt bis zur Höhe des nach den Abzügen gemäß dem LFAG verbleibenden Landesanteils an Mehreinnahmen bei Titel 20 01 - 015 01 und 20 01 - 016 01 geleistet werden, soweit die Mehreinnahmen im Zusammenhang mit der Beteiligung des Bundes an den Ausgaben für Flüchtlinge stehen.

<b>422 01</b>	<b>012</b>	<b>Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterrinnen und Richter)</b>	<b>3.704.600</b>	<b>1.627.000</b>	<b>1.466.200</b>
			715.711		

**Stellenplan:**

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Ea	2016	2017	2018
-----------------	----------	----	------	------	------

**Allgemeine und Innere Verwaltung**

Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat	A14	IV	1,75	1,75	1,75
--	-----	----	------	------	------

davon kw 2017: 1,00 im Jahr 2020  
 2018: 1,00 im Jahr 2020

davon kw 2017: 0,75 im Jahr 2025  
 2018: 0,75 im Jahr 2025

Regierungsrätin, Regierungsrat	A13	III		3,00	3,00
--------------------------------	-----	-----	--	------	------

davon kw 2017: 2,00 im Jahr 2020  
 2018: 2,00 im Jahr 2020



**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 82 Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz				
			2016 Ist 2015	2017	2018		
Angaben in EUR							
noch zu 422 01							
		Amtsärztin, Amtsarzt	A12	III	1,00	1,00	1,00
		Regierungsamtfrau, Regierungsamtmann	A11	III	4,00	5,00	5,00
		davon kw			2017: 4,00	im Jahr 2020	
					2018: 4,00	im Jahr 2020	
		Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor	A9	III		2,50	2,50
		davon kw			2017: 2,50	im Jahr 2020	
					2018: 2,50	im Jahr 2020	
		Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor	A9	II	1,00	1,00	1,00
		Regierungshauptsekretärin, Regierungshauptsekretär	A8	II	2,00	2,00	2,00
		davon kw			2017: 2,00	im Jahr 2020	
					2018: 2,00	im Jahr 2020	
		Regierungsobersekretärin, Regierungsobersekretär	A7	II	1,00	1,00	1,00
		Regierungssekretärin, Regierungssekretär	A6	II	1,00	1,00	1,00
		<b>Zusammen:</b>			<b>11,75</b>	<b>18,25</b>	<b>18,25</b>
		<b>Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Trier</b>					
		Regierungsärztin, Regierungsarzt	A13	III	1,50	1,50	1,50
		davon kw			2017: 0,50	im Jahr 2018 mit Auslaufen der ATZ der bisherigen Dienststellenleitung AfA Trier	
					2018: 0,50	im Jahr 2018 mit Auslaufen der ATZ der bisherigen Dienststellenleitung AfA Trier	
		Regierungsamtfrau, Regierungsamtmann	A11	III	2,00	2,00	2,00
		Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor	A9	III		2,00	2,00
		davon kw			2017: 2,00	im Jahr 2020	
					2018: 2,00	im Jahr 2020	
		Regierungshauptsekretärin, Regierungshauptsekretär	A8	II	1,00	1,00	1,00
		Regierungssekretärin, Regierungssekretär	A6	I	1,00	1,00	1,00
		davon kw			2017: 1,00	im Jahr 2025	
					2018: 1,00	im Jahr 2025	
		<b>Zusammen:</b>			<b>5,50</b>	<b>7,50</b>	<b>7,50</b>
		<b>Landeseinrichtung für Asylbegehrende und Ausreisepflichtige Ingelheim</b>					
		Oberregierungsärztin, Oberregierungsarzt	A14	IV	1,00	1,00	1,00
		davon kw			2017: 1,00	im Jahr 2025	
					2018: 1,00	im Jahr 2025	
		Regierungsärztin, Regierungsarzt	A13	III	1,00	0,00	0,00
		Regierungsamtfrau, Regierungsamtmann	A11	III	1,00	1,00	1,00
		davon kw			2017: 1,00	im Jahr 2025	

**07**                    **Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 82**                **Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 422 01

		2018: 1,00 im Jahr 2025					
		Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor	A9	III	1,00	1,00	1,00
		davon kw					
		2017: 1,00 im Jahr 2025					
		2018: 1,00 im Jahr 2025					
		Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor	A9	II	2,00	2,00	2,00
		Regierungshauptsekretärin, Regierungshauptse-	A8	II	2,00	6,00	6,00
		kretär					
		davon kw					
		2017: 3,00 im Jahr 2020					
		2018: 3,00 im Jahr 2020					
		Regierungsobersekretärin, Regierungsoberse-	A7	II	3,00	4,00	4,00
		kretär					
		davon kw					
		2017: 1,00 im Jahr 2020					
		2018: 1,00 im Jahr 2020					
		Regierungssekretärin, Regierungssekretär	A6	II		1,00	1,00
		<b>Zusammen:</b>			<b>11,00</b>	<b>16,00</b>	<b>16,00</b>

**Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Kusel**

		Regierungsrätin, Regierungsrat	A13	III	1,00	1,00	1,00
		davon kw					
		2017: 1,00 im Jahr 2025					
		2018: 1,00 im Jahr 2025					
		Regierungsamtfrau, Regierungsamtmann	A11	III	2,00	2,00	2,00
		davon kw					
		2017: 2,00 im Jahr 2025					
		2018: 2,00 im Jahr 2025					
		Regierungshauptsekretärin, Regierungshauptse-	A8	II	2,00	2,00	2,00
		kretär					
		davon kw					
		2017: 2,00 im Jahr 2025					
		2018: 2,00 im Jahr 2025					
		Regierungssekretärin, Regierungssekretär	A6	II	2,00	1,00	1,00
		davon kw					
		2017: 1,00 im Jahr 2025					
		2018: 1,00 im Jahr 2025					
		<b>Zusammen:</b>			<b>7,00</b>	<b>6,00</b>	<b>6,00</b>

**Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Hermeskeil**

		Regierungsrätin, Regierungsrat	A13	III	1,00	1,00	1,00
		davon kw					
		2017: 1,00 im Jahr 2025					
		2018: 1,00 im Jahr 2025					
		Regierungsamtfrau, Regierungsamtmann	A11	III	2,00	2,00	2,00
		davon kw					
		2017: 2,00 im Jahr 2025					
		2018: 2,00 im Jahr 2025					
		Regierungshauptsekretärin, Regierungshauptse-	A8	II	2,00	3,00	3,00
		kretär					
		davon kw					
		2017: 1,00 im Jahr 2020					

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 82 Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 422 01

		2018: 1,00 im Jahr 2020			
davon kw		2017: 2,00 im Jahr 2025			
		2018: 2,00 im Jahr 2025			
Regierungssekretärin, Regierungssekretär	A6		II	2,00	2,00
davon kw		2017: 2,00 im Jahr 2025			
		2018: 2,00 im Jahr 2025			

**Zusammen: 7,00 8,00 8,00**

**Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Birkenfeld**

Regierungsrätin, Regierungsrat	A13		III	1,00	0,00
Regierungsamtfrau, Regierungsamtman	A11		III	2,00	2,00
davon kw		2017: 2,00 im Jahr 2020			
		2018: 2,00 im Jahr 2020			
Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor	A9		III	4,00	3,00
davon kw		2017: 3,00 im Jahr 2020			
		2018: 3,00 im Jahr 2020			
Regierungshauptsekretärin, Regierungshauptse- kretär	A8		II	3,00	2,00
davon kw		2017: 2,00 im Jahr 2020			
		2018: 2,00 im Jahr 2020			
Regierungsobersekretärin, Regierungsoberse- kretär	A7		II	2,00	2,00
davon kw		2017: 2,00 im Jahr 2020			
		2018: 2,00 im Jahr 2020			

**Zusammen: 12,00 9,00 9,00**

**Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Diez**

Regierungsrätin, Regierungsrat	A13		III	1,00	1,00
davon kw		2017: 1,00 im Jahr 2020			
		2018: 1,00 im Jahr 2020			
Regierungsamtfrau, Regierungsamtman	A11		III	2,00	2,00
davon kw		2017: 2,00 im Jahr 2020			
		2018: 2,00 im Jahr 2020			
Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor	A9		III	4,00	3,00
davon kw		2017: 3,00 im Jahr 2020			
		2018: 3,00 im Jahr 2020			
Regierungshauptsekretärin, Regierungshauptse- kretär	A8		II	3,00	3,00
davon kw		2017: 3,00 im Jahr 2020			
		2018: 3,00 im Jahr 2020			
Regierungsobersekretärin, Regierungsoberse- kretär	A7		II	2,00	2,00



**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 82 Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 422 01

**Erläuterungen:**

**2017 2018**

**Allgemeine und Innere Verwaltung**

**Umwandlung/Umsetzung**

**Zugänge**

**Umsetzungen und sonstige Umwandlungen**

1,00	0,00	A13	Regierungsrätin, Regierungsrat	Umsetzung aus AfA Daaden für AIV	Umwandlung / Umsetzung von 07 82 / 422 01
1,00	0,00	A13	Regierungsrätin, Regierungsrat	Umsetzung aus LefAA Ingelheim für AIV	Umwandlung / Umsetzung von 07 82 / 422 01
1,00	0,00	A13	Regierungsrätin, Regierungsrat	Umsetzung aus AfA Birkenfeld für AIV	Umwandlung / Umsetzung von 07 82 / 422 01
1,00	0,00	A11	Regierungsamtfrau, Regierungsamtmann	Umsetzung aus AfA Speyer für AIV	Umwandlung / Umsetzung von 07 82 / 422 01
1,00	0,00	A9	Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor	Umsetzung aus AfA Birkenfeld für AIV	Umwandlung / Umsetzung von 07 82 / 422 01
1,50	0,00	A9	Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor	Umsetzung aus AfA Speyer für AIV	Umwandlung / Umsetzung von 07 82 / 422 01
6,50	0,00	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen			

**6,50 0,00 Stellen Zugänge insgesamt**

**6,50 0,00 Stellen Zugänge/Abgänge**

**Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Trier**

**Umwandlung/Umsetzung**

**Zugänge**

**Umsetzungen und sonstige Umwandlungen**

1,00	0,00	A9	Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor	Umsetzung aus AfA Diez nach AfA Trier	Umwandlung / Umsetzung von 07 82 / 422 01
1,00	0,00	A9	Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor	Umsetzung aus AfA Speyer für AfA Trier	Umwandlung / Umsetzung von 07 82 / 422 01

2,00 0,00 Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen

**2,00 0,00 Stellen Zugänge insgesamt**

**2,00 0,00 Stellen Zugänge/Abgänge**

**Landeseinrichtung für Asylbegehrende und Ausreisepflichtige Ingelheim**

**Umwandlung/Umsetzung**

**Zugänge**

**Umsetzungen und sonstige Umwandlungen**

3,00	0,00	A8	Regierungshauptsekretärin, Regierungshauptsekretär	Umsetzung von AfA Speyer nach LefAA Ingelheim	Umwandlung / Umsetzung von 07 82 / 422 01
1,00	0,00	A7	Regierungsobersekretärin, Regierungsobersekretär	Umsetzung aus AfA Speyer nach LefAA Ingelheim	Umwandlung / Umsetzung von 07 82 / 422 01
1,00	0,00	A6	Regierungssekretärin, Regierungssekretär	Umsetzung aus AfA Kusel nach LefAA Ingelheim	Umwandlung / Umsetzung von 07 82 / 422 01
1,00	0,00	A8	Regierungshauptsekretärin, Regierungshauptsekretär	Schaffung einer Beamtenstelle für Übernahme Anwärter	Umwandlung / Umsetzung von 07 82 / 428 01

6,00 0,00 Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen

**6,00 0,00 Stellen Zugänge insgesamt**

**Abgänge**

**Umsetzungen und sonstige Umwandlungen**

1,00	0,00	A13	Regierungsrätin, Regierungsrat	Umsetzung aus LefAA Ingelheim für AIV	Umwandlung / Umsetzung nach 07 82 / 422 01
------	------	-----	--------------------------------	---------------------------------------	--

1,00 0,00 Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen

**1,00 0,00 Stellen Abgänge insgesamt**

**5,00 0,00 Stellen Zugänge/Abgänge**

07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz  
 07 82 Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015		

Angaben in EUR

noch zu 422 01

**Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Kusel**

**Umwandlung/Umsetzung**

**Abgänge**

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

1,00	0,00	A6	Regierungssekretärin, Regierungssekretär	Umsetzung aus AfA Kusel nach Le-fAA Ingelheim	Umwandlung / Umsetzung nach 07 82 / 422 01
------	------	----	--	---	--

1,00	0,00	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen			
------	------	-------------------------------------	--	--	--

**1,00 0,00 Stellen Abgänge insgesamt**

**-1,00 0,00 Stellen Zugänge/Abgänge**

**Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Hermeskeil**

**Umwandlung/Umsetzung**

**Zugänge**

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

1,00	0,00	A8	Regierungshauptsekretärin, Regierungshauptsekretär	Umsetzung aus AfA Birkenfeld nach AfA Hermeskeil	Umwandlung / Umsetzung von 07 82 / 422 01
------	------	----	--	--	---

1,00	0,00	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen			
------	------	-------------------------------------	--	--	--

**1,00 0,00 Stellen Zugänge insgesamt**

**1,00 0,00 Stellen Zugänge/Abgänge**

**Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Birkenfeld**

**Umwandlung/Umsetzung**

**Abgänge**

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

1,00	0,00	A13	Regierungsrätin, Regierungsrat	Umsetzung aus AfA Birkenfeld für AIV	Umwandlung / Umsetzung nach 07 82 / 422 01
------	------	-----	--------------------------------	--------------------------------------	--

1,00	0,00	A9	Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor	Umsetzung aus AfA Birkenfeld für AIV	Umwandlung / Umsetzung nach 07 82 / 422 01
------	------	----	--	--------------------------------------	--

1,00	0,00	A8	Regierungshauptsekretärin, Regierungshauptsekretär	Umsetzung aus AfA Birkenfeld nach AfA Hermeskeil	Umwandlung / Umsetzung nach 07 82 / 422 01
------	------	----	--	--	--

3,00	0,00	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen			
------	------	-------------------------------------	--	--	--

**3,00 0,00 Stellen Abgänge insgesamt**

**-3,00 0,00 Stellen Zugänge/Abgänge**

**Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Diez**

**Umwandlung/Umsetzung**

**Abgänge**

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

1,00	0,00	A9	Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor	Umsetzung aus AfA Diez nach AfA Trier	Umwandlung / Umsetzung nach 07 82 / 422 01
------	------	----	--	---------------------------------------	--

1,00	0,00	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen			
------	------	-------------------------------------	--	--	--

**1,00 0,00 Stellen Abgänge insgesamt**

**-1,00 0,00 Stellen Zugänge/Abgänge**

**Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Daaden**

**Umwandlung/Umsetzung**

**Abgänge**

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

1,00	0,00	A13	Regierungsrätin, Regierungsrat	Umsetzung aus AfA Daaden für AIV	Umwandlung / Umsetzung nach 07 82 / 422 01
------	------	-----	--------------------------------	----------------------------------	--

1,00	0,00	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen			
------	------	-------------------------------------	--	--	--

**1,00 0,00 Stellen Abgänge insgesamt**

**-1,00 0,00 Stellen Zugänge/Abgänge**

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 82 Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 422 01

**Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Speyer**

**Umwandlung/Umsetzung**

**Abgänge**

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

1,00	0,00	A11	Regierungsamtfrau, Regierungsamtmann	Umsetzung aus AfA Speyer für AiV	Umwandlung / Umsetzung nach 07 82 / 422 01
1,50	0,00	A9	Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor	Umsetzung aus AfA Speyer für AiV	Umwandlung / Umsetzung nach 07 82 / 422 01
1,00	0,00	A9	Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor	Umsetzung aus AfA Speyer für AfA Trier	Umwandlung / Umsetzung nach 07 82 / 422 01
3,00	0,00	A8	Regierungshauptsekretärin, Regierungshauptsekretär	Umsetzung von AFA Speyer nach LefAA Ingelheim	Umwandlung / Umsetzung nach 07 82 / 422 01
1,00	0,00	A7	Regierungsobersekretärin, Regierungsobersekretär	Umsetzung aus AfA Speyer nach LefAA Ingelheim	Umwandlung / Umsetzung nach 07 82 / 422 01
<u>7,50</u>	<u>0,00</u>		Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen		
<b>7,50</b>	<b>0,00</b>		<b>Stellen Abgänge insgesamt</b>		
<b>-7,50</b>	<b>0,00</b>		<b>Stellen Zugänge/Abgänge</b>		

**422 04 012 Bezüge der abgeordneten Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter) 0 0 0**

Erläuterungen:  
Leertitel.

**422 05 012 Anwärterbezüge 12.200 12.500 0**  
12.530

**Stellenplan:**

Beamte im Vorbereitungsdienst und Dienstanfänger	Ea	2016	2017	2018
<b>Allgemeine und Innere Verwaltung</b>				
Sekretärin, Sekretär	ANW	II	1,00	0,00
<b>Zusammen:</b>			<b>1,00</b>	<b>0,00</b>
<b>Stellen insgesamt (soweit nicht Leerstellen):</b>			<b>1,00</b>	<b>0,00</b>

Erläuterungen:

2017    2018

**Allgemeine und Innere Verwaltung**

**Abgänge**

Abgänge infolge Vollzug kw-Vermerk

1,00	0,00	ANW	Sekretärin, Sekretär	Ende der Ausbildung
1,00	0,00		Abgänge infolge Vollzug kw-Vermerk	
<u>1,00</u>	<u>0,00</u>		<b>Stellen Abgänge insgesamt</b>	
<b>-1,00</b>	<b>0,00</b>		<b>Stellen Zugänge/Abgänge</b>	

**(424 01) 2018 018 Zuführungen an den Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung nach § 3a LFinFG (aus der Besoldungsanpassung) 11.600 11.900**

Erläuterungen:  
Wegfall der "Kantherrücklage" ab 01.01.2018.

**07**                    **Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 82**                **Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015		
			Angaben in EUR		
<b>427 01</b>	012	<b>Entgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
		Erläuterungen: Leertitel.			
<b>427 09</b>	012	<b>Beschäftigungsentgelte an Praktikantinnen, Praktikanten, Volontärinnen und Volontäre</b>	<b>24.000</b>	<b>24.600</b>	<b>25.200</b>
<b>428 01</b>	012	<b>Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b>	<b>9.112.100</b> 3.641.637	<b>8.277.800</b>	<b>7.952.800</b>
		Stellenplan:			
		EntgeltGr	2016	2017	2018
<b>Allgemeine und Innere Verwaltung</b>					
		E 11		0,50	0,50
		davon kw	2017: 0,50 im Jahr 2025 2018: 0,50 im Jahr 2025		
		E 10		1,00	1,00
		davon kw	2017: 1,00 im Jahr 2019 2018: 1,00 im Jahr 2019		
		E 8		1,00	1,00
		davon kw	2017: 1,00 im Jahr 2020 2018: 1,00 im Jahr 2020		
<b>Zusammen:</b>				<b>2,50</b>	<b>2,50</b>
<b>Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Trier</b>					
		E 11	2,00	2,00	2,00
		E 10	2,00	1,00	1,00
		E 9	6,50	6,50	6,50
		davon kw	2017: 1,00 im Jahr 2019 2018: 1,00 im Jahr 2019		
		E 8	3,00	9,50	9,50
		davon kw	2017: 2,00 im Jahr 2019 2018: 2,00 im Jahr 2019		
		davon kw	2017: 3,50 im Jahr 2020 2018: 3,50 im Jahr 2020		
		davon kw	2017: 3,00 im Jahr 2025 2018: 3,00 im Jahr 2025		
		E 6	13,50	13,50	13,50
		davon kw	2017: 1,00 im Jahr 2019 2018: 1,00 im Jahr 2019		



**07**                    **Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 82**                **Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 428 01

		davon kw	2017: 3,00 im Jahr 2025 2018: 3,00 im Jahr 2025			
		E 5		5,00	5,00	5,00
		E 4		1,00	1,00	1,00
		davon kw	2017: 1,00 im Jahr 2019 2018: 1,00 im Jahr 2019			
		KR 7a		7,50	7,50	7,50
		davon kw	2017: 2,50 im Jahr 2019 2018: 2,50 im Jahr 2019			
<b>Zusammen:</b>				<b>40,50</b>	<b>46,00</b>	<b>46,00</b>
<b>Landeseinrichtung für Asylbegehrende und Ausreisepflichtige Ingelheim</b>						
		E 12		1,00	1,00	1,00
		E 11		1,00	1,00	1,00
		davon kw	2017: 1,00 im Jahr 2025 2018: 1,00 im Jahr 2025			
		E 9		14,75	15,25	14,25
		davon kw	2017: 2,00 im Jahr 2018 2018: 2,00 im Jahr 2018			
		davon kw	2017: 1,00 im Jahr 2019 2018: 1,00 im Jahr 2019			
		davon kw	2017: 1,00 im Jahr 2021 mit Ausscheiden des Stelleninhabers (ATZ) 2018: 1,00 im Jahr 2021 mit Ausscheiden des Stelleninhabers (ATZ)			
		davon kw	2017: 4,00 im Jahr 2025 2018: 4,00 im Jahr 2025			
		E 8		6,00	9,00	9,00
		davon kw	2017: 1,00 im Jahr 2018 2018: 1,00 im Jahr 2018			
		davon kw	2017: 1,00 im Jahr 2019 2018: 1,00 im Jahr 2019			
		davon kw	2017: 3,00 im Jahr 2020 2018: 3,00 im Jahr 2020			
		davon kw	2017: 4,00 im Jahr 2025 2018: 4,00 im Jahr 2025			
		E 7		2,00	2,00	2,00
		E 6		13,50	12,50	12,50
		davon kw	2017: 1,00 im Jahr 2018 2018: 1,00 im Jahr 2018			
		davon kw	2017: 1,00 im Jahr 2019 2018: 1,00 im Jahr 2019			

**07**                    **Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 82**                **Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015		
			Angaben in EUR		
noch zu 428 01					
		E 5	6,00	6,00	6,00
		davon kw    2017: 1,00 im Jahr 2021 mit Ausscheiden des Stelleninhabers (ATZ) 2018: 1,00 im Jahr 2021 mit Ausscheiden des Stelleninhabers (ATZ)			
		E 3	4,70	4,70	4,70
		E 2	0,75	0,75	0,75
		KR 7a	2,50	2,50	2,50
		davon kw    2017: 1,00 im Jahr 2018 2018: 1,00 im Jahr 2018			
		davon kw    2017: 1,00 im Jahr 2019 2018: 1,00 im Jahr 2019			
		davon kw    2017: 0,50 im Jahr 2025 2018: 0,50 im Jahr 2025			
<b>Zusammen:</b>			<b>52,20</b>	<b>54,70</b>	<b>53,70</b>
<b>Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Kusel</b>					
		E 11	1,00	0,50	0,50
		davon kw    2017: 0,50 im Jahr 2025 2018: 0,50 im Jahr 2025			
		E 9	4,00	3,00	3,00
		davon kw    2017: 3,00 im Jahr 2025 2018: 3,00 im Jahr 2025			
		E 8	5,50	7,50	7,50
		davon kw    2017: 2,00 im Jahr 2020 2018: 2,00 im Jahr 2020			
		davon kw    2017: 5,50 im Jahr 2025 2018: 5,50 im Jahr 2025			
		E 6	4,50	5,50	5,50
		davon kw    2017: 1,00 im Jahr 2020 2018: 1,00 im Jahr 2020			
		davon kw    2017: 4,50 im Jahr 2025 2018: 4,50 im Jahr 2025			
		E 4	1,00	2,00	2,00
		davon kw    2017: 1,00 im Jahr 2020 2018: 1,00 im Jahr 2020			
		davon kw    2017: 1,00 im Jahr 2025 2018: 1,00 im Jahr 2025			
<b>Zusammen:</b>			<b>16,00</b>	<b>18,50</b>	<b>18,50</b>
<b>Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Hermeskeil</b>					
		E 11	1,00	1,00	1,00

**07**                    **Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 82**                **Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016 Ist 2015	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Angaben in EUR		
noch zu 428 01					
		davon kw      2017: 1,00 im Jahr 2025 2018: 1,00 im Jahr 2025			
		E 9	3,00	3,00	3,00
		davon kw      2017: 3,00 im Jahr 2025 2018: 3,00 im Jahr 2025			
		E 8	6,50	5,50	5,50
		davon kw      2017: 2,00 im Jahr 2020 2018: 2,00 im Jahr 2020			
		davon kw      2017: 3,50 im Jahr 2025 2018: 3,50 im Jahr 2025			
		E 6	4,50	7,00	7,00
		davon kw      2017: 2,50 im Jahr 2020 2018: 2,50 im Jahr 2020			
		davon kw      2017: 4,50 im Jahr 2025 2018: 4,50 im Jahr 2025			
		E 4	1,00	1,00	1,00
		davon kw      2017: 1,00 im Jahr 2025 2018: 1,00 im Jahr 2025			
<b>Zusammen:</b>			<b>16,00</b>	<b>17,50</b>	<b>17,50</b>
<b>Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Birkenfeld</b>					
		E 11	1,00	1,00	1,00
		davon kw      2017: 1,00 im Jahr 2020 2018: 1,00 im Jahr 2020			
		E 8	10,50	0,00	0,00
		E 6	4,50	1,00	1,00
		davon kw      2017: 1,00 im Jahr 2020 2018: 1,00 im Jahr 2020			
		E 4	1,00	0,00	0,00
<b>Zusammen:</b>			<b>17,00</b>	<b>2,00</b>	<b>2,00</b>
<b>Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Diez</b>					
		E 11	1,00	1,00	1,00
		davon kw      2017: 1,00 im Jahr 2020 2018: 1,00 im Jahr 2020			
		E 8	10,50	16,50	16,50
		davon kw      2017: 16,50 im Jahr 2020 2018: 16,50 im Jahr 2020			
		E 6	4,50	10,50	10,50
		davon kw      2017: 10,50 im Jahr 2020			

**07**                    **Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 82**                **Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 428 01

		2018: 10,50 im Jahr 2020			
	E 5			1,00	1,00
	davon kw	2017: 1,00 im Jahr 2020 2018: 1,00 im Jahr 2020			
	E 4		1,00	1,00	1,00
	davon kw	2017: 1,00 im Jahr 2020 2018: 1,00 im Jahr 2020			
<b>Zusammen:</b>			<b>17,00</b>	<b>30,00</b>	<b>30,00</b>
<b>Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Daaden</b>					
	E 11		1,00	1,00	1,00
	davon kw	2017: 1,00 im Jahr 2020 2018: 1,00 im Jahr 2020			
	E 9		1,00	1,00	1,00
	davon kw	2017: 1,00 im Jahr 2018 2018: 1,00 im Jahr 2018			
	E 8		15,75	8,75	8,75
	davon kw	2017: 8,75 im Jahr 2020 2018: 8,75 im Jahr 2020			
	E 6		6,75	0,75	0,75
	davon kw	2017: 0,75 im Jahr 2020 2018: 0,75 im Jahr 2020			
	E 5		1,50	0,50	0,50
	davon kw	2017: 0,50 im Jahr 2020 2018: 0,50 im Jahr 2020			
<b>Zusammen:</b>			<b>26,00</b>	<b>12,00</b>	<b>12,00</b>
<b>Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Speyer</b>					
	E 11		1,00	1,00	1,00
	davon kw	2017: 1,00 im Jahr 2020 2018: 1,00 im Jahr 2020			
	E 8		10,50	9,50	9,50
	davon kw	2017: 9,50 im Jahr 2020 2018: 9,50 im Jahr 2020			
	E 6		4,50	4,50	4,50
	davon kw	2017: 4,50 im Jahr 2020 2018: 4,50 im Jahr 2020			
	E 4		1,00	1,00	1,00
	davon kw	2017: 1,00 im Jahr 2020 2018: 1,00 im Jahr 2020			

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 82 Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 428 01

**Zusammen:** **17,00**      **16,00**      **16,00**

**Stellen insgesamt (soweit nicht Leerstellen):** **201,70**      **199,20**      **198,20**

Erläuterungen:

2017    2018

**Allgemeine und Innere Verwaltung**

**Umwandlung/Umsetzung**

**Zugänge**

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

0,50    0,00    E 11

Umsetzung von AfA Kusel für AIV    Umwandlung / Umsetzung von 07 82 / 428 01

1,00    0,00    E 10

Umsetzung aus AfA Trier für AIV    Umwandlung / Umsetzung von 07 82 / 428 01

1,00    0,00    E 8

Umsetzung aus AfA Birkenfeld für AIV    Umwandlung / Umsetzung von 07 82 / 428 01

2,50    0,00    Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen

**2,50    0,00    Stellen Zugänge insgesamt**

**2,50    0,00    Stellen Zugänge/Abgänge**

**Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Trier**

**Umwandlung/Umsetzung**

**Zugänge**

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

3,00    0,00    E 8

Umsetzung von AfA Hermeskeil nach AfA Trier    Umwandlung / Umsetzung von 07 82 / 428 01

3,50    0,00    E 8

Umsetzung von AfA Birkenfeld nach AfA Trier    Umwandlung / Umsetzung von 07 82 / 428 01

6,50    0,00    Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen

**6,50    0,00    Stellen Zugänge insgesamt**

**Abgänge**

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

1,00    0,00    E 10

Umsetzung aus AfA Trier für AIV    Umwandlung / Umsetzung nach 07 82 / 428 01

1,00    0,00    Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen

**1,00    0,00    Stellen Abgänge insgesamt**

**5,50    0,00    Stellen Zugänge/Abgänge**

**Landeseinrichtung für Asylbegehrende und Ausreisepflichtige Ingelheim**

**Abgänge**

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)

0,00    1,00    E 9

0,00    1,00    Sonstige Abgänge

Abgänge infolge Vollzug kw-Vermerk

0,50    0,00    E 9

Ausscheiden des Stelleninhabers (ATZ)

0,50    0,00    Abgänge infolge Vollzug kw-Vermerk

**0,50    1,00    Stellen Abgänge insgesamt**

**-0,50    -1,00    Stellen Zugänge/Abgänge**

**Umwandlung/Umsetzung**

**Zugänge**

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

1,00    0,00    E 9

Umsetzung aus Kusel nach LefAA Ingelheim    Umwandlung / Umsetzung von 07 82 / 428 01

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 82 Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 428 01

1,00	0,00	E 8	Umsetzung aus AfA Speyer nach LefAA Ingelheim	Umwandlung / Umsetzung von 07 82 / 428 01	
2,00	0,00	E 8	Umsetzung von AfA Birkenfeld nach LefAA Ingelheim	Umwandlung / Umsetzung von 07 82 / 428 01	
4,00	0,00	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen			
<b>4,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge insgesamt</b>			

**Abgänge**

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen					
1,00	0,00	E 8	Schaffung einer Beamtenstelle für Übernahme Anwärter	Umwandlung / Umsetzung nach 07 82 / 422 01	
1,00	0,00	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen			
<b>1,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Abgänge insgesamt</b>			

**3,00 0,00 Stellen Zugänge/Abgänge**

**Stellenhebungen**

Hebungen im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres					
1,00	0,00	von E 6	nach E 8	Schaffung einer Beamtenstelle für Übernahme Anwärter	
1,00	0,00	Hebungen im Haushaltsvollzug insgesamt			
<b>1,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellenhebungen insgesamt</b>			

**Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Kusel**

**Umwandlung/Umsetzung**

**Zugänge**

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen					
2,00	0,00	E 8	Umsetzung von AfA Birkenfeld nach AfA Kusel	Umwandlung / Umsetzung von 07 82 / 428 01	
1,00	0,00	E 6	Umsetzung von AfA Birkenfeld nach AfA Kusel	Umwandlung / Umsetzung von 07 82 / 428 01	
1,00	0,00	E 4	Umsetzung von AfA Birkenfeld nach AfA Kusel	Umwandlung / Umsetzung von 07 82 / 428 01	
4,00	0,00	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen			
<b>4,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge insgesamt</b>			

**Abgänge**

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen					
0,50	0,00	E 11	Umsetzung von AfA Kusel für AIV	Umwandlung / Umsetzung nach 07 82 / 428 01	
1,00	0,00	E 9	Umsetzung aus Kusel nach LefAA Ingelheim	Umwandlung / Umsetzung nach 07 82 / 428 01	
1,50	0,00	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen			
<b>1,50</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Abgänge insgesamt</b>			

**2,50 0,00 Stellen Zugänge/Abgänge**

**Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Hermeskeil**

**Umwandlung/Umsetzung**

**Zugänge**

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen					
2,00	0,00	E 8	Umsetzung von AfA Birkenfeld nach AfA Hermeskeil	Umwandlung / Umsetzung von 07 82 / 428 01	
2,50	0,00	E 6	Umsetzung von AfA Birkenfeld nach AfA Hermeskeil	Umwandlung / Umsetzung von 07 82 / 428 01	
4,50	0,00	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen			
<b>4,50</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge insgesamt</b>			

**Abgänge**

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

**07**                    **Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 82**                **Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 428 01

3,00	0,00	E 8			
			Umsetzung von AfA Hermeskeil nach AfA Trier	Umwandlung / Umsetzung nach 07 82 / 428 01	
3,00	0,00	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen			
<b>3,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Abgänge insgesamt</b>			
<b>1,50</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge/Abgänge</b>			
<b>Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Birkenfeld</b>					
<b>Umwandlung/Umsetzung</b>					
<b>Abgänge</b>					
Umsetzungen und sonstige Umwandlungen					
3,50	0,00	E 8	Umsetzung von AfA Birkenfeld nach AfA Trier	Umwandlung / Umsetzung nach 07 82 / 428 01	
2,00	0,00	E 8	Umsetzung von AfA Birkenfeld nach AfA Hermeskeil	Umwandlung / Umsetzung nach 07 82 / 428 01	
2,00	0,00	E 8	Umsetzung von AfA Birkenfeld nach LefAA Ingelheim	Umwandlung / Umsetzung nach 07 82 / 428 01	
1,00	0,00	E 8	Umsetzung aus AfA Birkenfeld für AIV	Umwandlung / Umsetzung nach 07 82 / 428 01	
2,00	0,00	E 8	Umsetzung von AfA Birkenfeld nach AfA Kusel	Umwandlung / Umsetzung nach 07 82 / 428 01	
1,00	0,00	E 6	Umsetzung von AfA Birkenfeld nach AfA Kusel	Umwandlung / Umsetzung nach 07 82 / 428 01	
2,50	0,00	E 6	Umsetzung von AfA Birkenfeld nach AfA Hermeskeil	Umwandlung / Umsetzung nach 07 82 / 428 01	
1,00	0,00	E 4	Umsetzung von AfA Birkenfeld nach AfA Kusel	Umwandlung / Umsetzung nach 07 82 / 428 01	
15,00	0,00	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen			
<b>15,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Abgänge insgesamt</b>			
<b>-15,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge/Abgänge</b>			
<b>Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Diez</b>					
<b>Abgänge</b>					
Abgänge infolge Vollzug kw-Vermerk					
1,00	0,00	E 8			
1,00	0,00	Abgänge infolge Vollzug kw-Vermerk			
<b>1,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Abgänge insgesamt</b>			
<b>-1,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge/Abgänge</b>			
<b>Umwandlung/Umsetzung</b>					
<b>Zugänge</b>					
Umsetzungen und sonstige Umwandlungen					
7,00	0,00	E 8	Umsetzung von AfA Daaden nach AfA Diez	Umwandlung / Umsetzung von 07 82 / 428 01	
6,00	0,00	E 6	Umsetzung von AfA Daaden nach AfA Diez	Umwandlung / Umsetzung von 07 82 / 428 01	
1,00	0,00	E 5	Umsetzung von AfA Daaden nach AfA Diez	Umwandlung / Umsetzung von 07 82 / 428 01	
14,00	0,00	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen			
<b>14,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge insgesamt</b>			
<b>14,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge/Abgänge</b>			
<b>Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Daaden</b>					
<b>Umwandlung/Umsetzung</b>					
<b>Abgänge</b>					
Umsetzungen und sonstige Umwandlungen					
7,00	0,00	E 8	Umsetzung von AfA Daaden nach AfA Diez	Umwandlung / Umsetzung nach 07 82 / 428 01	
6,00	0,00	E 6	Umsetzung von AfA Daaden nach AfA Diez	Umwandlung / Umsetzung nach 07 82 / 428 01	





**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 82 Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

<b>547 69</b>	<b>011</b>	<b>Vermischte sächliche Verwaltungsausgaben</b>	<b>1.000</b> 2.567	<b>1.000</b>	<b>1.000</b>
		<b>Aus Titelgruppen:</b>	<b>88.827.700</b> 48.931.141	<b>61.779.000</b>	<b>56.194.200</b>
		<b>Summe HG. 5:</b>	<b>88.845.700</b> 48.933.708	<b>61.800.800</b>	<b>56.216.000</b>

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

<b>633 22</b>	<b>287</b>	<b>Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände nach dem Landesaufnahmegesetz sowie Kostentragung für die Aufnahme und Unterbringung von ausländischen Personen</b>	<b>113.760.200</b> 144.874.724	<b>114.000.000</b>	<b>64.000.000</b>
		<i>Die Ausgaben bei 07 04 - 633 03, 07 82 - 633 22 sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgaben bei 671 03 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 633 22. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei den Titeln 231 03, 271 01 geleistet werden. Die Ausgaben sind übertragbar. Mehrausgaben bei den Titeln 07 04 - 633 03, 07 82 - 633 22, 07 82 - 633 25, 07 82 HG 4 und 07 82 TG 73 dürfen mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen insgesamt bis zur Höhe des nach den Abzügen gemäß dem LFAG verbleibenden Landesanteils an Mehreinnahmen bei Titel 20 01 - 015 01 und 20 01 - 016 01 geleistet werden, soweit die Mehreinnahmen im Zusammenhang mit der Beteiligung des Bundes an den Ausgaben für Flüchtlinge stehen. Gemäß § 3a Abs. 2 Landesaufnahmegesetz (LAufnG) können Abschlüsse auf die im folgenden Kalenderjahr voraussichtlich fälligen Landesleistungen in Höhe von bis zu 44.000.000 Euro an die Landkreise und kreisfreien Städte gezahlt werden, sofern dafür nach Abwicklung der in diesem Jahr fälligen Zahlungen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit noch entsprechende Mittel vorhanden sein werden.</i>			
<b>633 23</b>	<b>291</b>	<b>Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände nach dem Kooperationskonzept zur Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsverheiratung</b>	<b>48.000</b> 43.605	<b>47.000</b>	<b>47.000</b>
		<i>Die Ausgaben sind übertragbar.</i>			
<b>633 24</b>	<b>287</b>	<b>Zuweisungen auf Grund des Gesetzes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern</b>	<b>0</b> 19.000.000	<b>0</b>	<b>0</b>
		<i>Die Ausgaben sind übertragbar.</i>			
		<b>Erläuterungen:</b>			
		Leertitel. Ansatz 2015 (Nachtrag) 19.000.000 € Restabwicklung.			
		Zuweisungen an die Landkreise und kreisfreien Städte für die Aufnahme und Unterbringung von Asylbegehrenden.			

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 82 Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015		
			Angaben in EUR		
633 25	287	<b>Zuweisungen an die Landkreise und kreisfreien Städte für die Aufnahme und Unterbringung von Asylbegehrenden</b>  <i>Mehrausgaben bei den Titeln 07 04 - 633 03, 07 82 - 633 22, 07 82 - 633 25, 07 82 HG 4 und 07 82 TG 73 dürfen mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen insgesamt bis zur Höhe des nach den Abzügen gemäß dem L FAG verbleibenden Landesanteils an Mehreinnahmen bei Titel 20 01 - 015 01 und 20 01 - 016 01 geleistet werden, soweit die Mehreinnahmen im Zusammenhang mit der Beteiligung des Bundes an den Ausgaben für Flüchtlinge stehen.</i>  <b>Erläuterungen:</b> Leertitel. Weitergabe von Bundesmitteln.	0	0	0
671 03	291	<b>Kostenerstattung aufgrund der Rückführungsprogramme</b>  <i>Die Ausgaben bei 671 03 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 633 22. Die Ausgaben bei TGr 73, sowie 671 03 sind mit 100% des Ansatzes gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgaben sind übertragbar. Einnahmen aus Erstattungen von Zuwendungen des landeseigenen Rückkehrprogramms sind von der Ausgabe abzusetzen.</i>  <b>Erläuterungen:</b> Das Land Rheinland-Pfalz beteiligt sich an dem von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) betreuten Bund-Länderprogramm REAG und GARP. Der Bund und das Land tragen die Kosten je zur Hälfte.  Aus diesem Titel können auch Personalkosten der Kommunen erstattet werden.	<b>5.323.700</b> 2.224.223	<b>3.042.500</b>	<b>3.042.500</b>
<b>Aus Titelgruppen:</b>			<b>68.249.900</b> 41.276.884	<b>28.530.400</b>	<b>29.058.400</b>
<b>Summe HGr. 6:</b>			<b>187.381.800</b> 207.419.436	<b>145.619.900</b>	<b>96.147.900</b>
HGr. 7: Baumaßnahmen					
<b>Aus Titelgruppen:</b>			<b>8.560.000</b> 19.232.402	<b>2.600.000</b>	<b>500.000</b>
<b>Summe HGr. 7:</b>			<b>8.560.000</b> 19.232.402	<b>2.600.000</b>	<b>500.000</b>
HGr. 8: Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen					
<b>Aus Titelgruppen:</b>			<b>3.050.000</b> 7.611.101	<b>1.225.500</b>	<b>1.025.000</b>
<b>Außerplanmäßige T. / Ausgabereste / Weggefallene T.</b>					
			75.209		

**07**                    **Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**

**07 82**                **Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015		
			Angaben in EUR		

	Summe HGr. 8:	<b>3.050.000</b> 7.686.311	<b>1.225.500</b>	<b>1.025.000</b>
--	---------------	-------------------------------	------------------	------------------

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

<b>981 01</b>	891	Entgelte für Leistungen der Justizvollzugsanstalten	<b>34.000</b>	<b>34.800</b>
<b>neu</b>				

	Summe HGr. 9:		<b>34.000</b>	<b>34.800</b>
--	---------------	--	---------------	---------------

07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz  
 07 82 Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015		
Angaben in EUR					

**Titelgruppen**

Einnahmen

TGr. 72: Erstunterbringung von Spätausgesiedelten und jüdischen Emigrierten

vgl. Vermerk bei Ausgaben der TG 72.

119 72	235	<b>Einnahmen aus Überzahlungen nach Schluss des Haushaltsjahres</b>	0	0	0
Erläuterungen:					
Leertitel.					
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 72:			0	0	0

TGr. 73: Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende (inklusive Notunterkünfte für Kommunen)

vgl. Vermerk bei Ausgaben der TG 73.

119 73	235	<b>Entgelte für Verpflegung und andere Dienstleistungen sowie Schadenersatz durch Asylbegehrende</b>	30.000 16.355	46.900	46.900
231 73	235	<b>Erstattung von Aufwendungen für Bundesfreiwilligendienstleistende sowie im Rahmen des Flüchtlingsintegrationsmanagements (FIM)</b>	0	0	0
Vgl. Vermerk bei 681 73.					
Erläuterungen:					
Leertitel.					
233 73	235	<b>Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden</b>	50.000 33.634	78.100	78.100
272 73	235	<b>Zuschüsse von der EU</b>	0	0	0
Vgl. Vermerk bei TG 73.					
Erläuterungen:					
Leertitel.					
Veranschlagung eines Leertitels um Einnahmen aus dem Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) bzw. aus dem EFF (Europäischen Flüchtlingsfonds) vereinnahmen zu können.					
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 73:			80.000 49.989	125.000	125.000

TGr. 76: Landeseinrichtung für Asylbegehrende und Ausreisepflichtige (Bereich: Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige) Ingelheim

vgl. Vermerk bei den Ausgaben der TG 76.

119 76	235	<b>Entgelte für Verpflegung und andere Dienstleistungen, Schadenersatz, Mitbenutzung staatl. Einrichtungen</b>	10.400 761.649	15.000	15.000
--------	-----	--	-------------------	--------	--------

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 82 Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 119 76

**Erläuterungen:**

Einnahmen aus der Abgabe von Mahlzeiten an Bedienstete und Gäste der Gewahrsamseinrichtung Ingelheim.

		2017	2018
		EUR	EUR
1.	Entgelte für Verpflegung	500	500
2.	Einnahmen aus der Mitbenutzung der staatlichen Einrichtung	14.000	14.000
3.	Schadenersatz	500	500
<b>Summe:</b>		<b>15.000</b>	<b>15.000</b>

Die bisher hier veranlagten Ersatzleistungen anderer Bundesländer werden künftig - wie die Leistungen des Saarlandes nach dem entsprechenden Vertrag - bei 07 82 - 232 76 veranschlagt.

<b>124 76</b>	<b>235</b>	<b>Mieten und Vergütungen für Wohnungen und Nebentgelte</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
---------------	------------	---	----------	----------	----------

**Erläuterungen:**

Leertitel.

Einnahmen aus Vermietung von Wohnungen einschl. Nebentgelte an Bedienstete.

<b>232 76</b>	<b>235</b>	<b>Erstattung von Nutzungskosten durch Bundesländer</b>	<b>1.350.000</b> -38.912	<b>1.922.800</b>	<b>1.922.800</b>
---------------	------------	---	-----------------------------	------------------	------------------

**Erläuterungen:**

		2017	2018
		EUR	EUR
1.	Erstattung von Nutzungskosten durch das Saarland	675.300	675.300
2.	Erstattung von Nutzungskosten durch das Land NRW	547.500	547.500
2.	Erstattung von Nutzungskosten durch andere Bundesländer	700.000	700.000
<b>Summe:</b>		<b>1.922.800</b>	<b>1.922.800</b>

Einnahmen für die Bereitstellung von Haftplätzen für das Saarland und Nordrhein-Westfalen in der Gewahrsamseinrichtung Ingelheim, sowie Einnahmen für die Bereitstellung von Haftplätzen für andere Bundesländer im Rahmen der Amtshilfe.

<b><u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 76:</b>	<b>1.360.400</b> 722.737	<b>1.937.800</b>	<b>1.937.800</b>
---	-----------------------------	------------------	------------------

<b><u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen</b>	<b>1.440.400</b> 772.726	<b>2.062.800</b>	<b>2.062.800</b>
---	-----------------------------	------------------	------------------

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 82 Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015		
Angaben in EUR					

**Titelgruppen**

Ausgaben

**TGr. 72: Erstunterbringung von Spätausgesiedelten und jüdischen Emigrierten**

*Die Ausgaben bei TGr 72 sind mit 100% des Ansatzes gegenseitig deckungsfähig.*

**Erläuterungen:**

Einzelheiten zu den Aufgaben sind dem Vorwort zur TG 72 zu entnehmen.

<b>632 72</b>	<b>235</b>	<b>Erstattung von Aufwendungen zur Erstunterbringung von Spätausgesiedelten und jüdischen Emigrierten</b>	<b>15.000</b> 47.629	<b>0</b>	<b>0</b>
---------------	------------	---	-------------------------	----------	----------

**Erläuterungen:**

Leertitel.

Die vertragliche Vereinbarung mit dem Land Niedersachsen zur Erstunterbringung der auf Rheinland-Pfalz verteilten jüdischen Emigrierten wurde zum 31.12.2015 gekündigt, so dass keine Kostenerstattung stattfindet. Die Erstunterbringung wird unmittelbar vom Land Rheinland-Pfalz organisiert, so dass zusätzliche Kosten bei Titel 681 72 anfallen, z. B. durch kurzfristige Unterbringung in Hotels.

<b>681 72</b>	<b>235</b>	<b>Aufwendungen in Zusammenhang mit der Wohnraumbeschaffung für Spätausgesiedelte und jüdische Emigrierte</b>	<b>20.000</b> 7.123	<b>45.000</b>	<b>45.000</b>
---------------	------------	---	------------------------	---------------	---------------

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Mittel insbesondere für die Beauftragung von Immobilienmaklern, Wohnungsrenovierungskosten und Wohnbesichtigungskosten.

Nach Kündigung der vertraglichen Vereinbarung mit dem Land Niedersachsen (siehe Erläuterungen zu Titel 632 72) fallen nunmehr auch Kosten für die Erstunterbringung an, die seit dem 01.01.2016 unmittelbar vom Land Rheinland-Pfalz organisiert wird, z.B. durch kurzfristige Unterbringung in Hotels oder Pensionen. Deshalb werden Mehrkosten erwartet

<b>684 72</b>	<b>235</b>	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
---------------	------------	---	----------	----------	----------

**Erläuterungen:**

Leertitel.

<b><u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 72:</b>			<b>35.000</b> 54.752	<b>45.000</b>	<b>45.000</b>
---	--	--	-------------------------	---------------	---------------

**TGr. 73: Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende (inklusive Notunterkünfte für Kommunen)**

*Die Ausgaben bei TGr 73, sowie 671 03 sind mit 100% des Ansatzes gegenseitig deckungsfähig.*

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 272 73 geleistet werden.*

*Die Ausgaben bei TGr 73 und TGr 76 sind mit Ausnahme der Titel 531 73 und 531 76 gegenseitig deckungsfähig.*

*Mehrausgaben bei den Titeln 07 04 - 633 03, 07 82 - 633 22, 07 82 - 633 25, 07 82 HG 4 und 07 82 TG 73 dürfen mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen insgesamt bis zur Höhe des nach den Abzügen gemäß dem LFAG verbleibenden Landesanteils an Mehreinnahmen bei Titel 20 01 - 015 01 und 20 01 - 016 01 geleistet werden, soweit die Mehreinnahmen im Zusammenhang mit der Beteiligung des Bundes an den Ausgaben für Flüchtlinge stehen.*

**Erläuterungen:**

Nähere Einzelheiten zu den Aufgaben der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende sowie der Notunterkunft für Kommunen sind dem Vorwort zur TG 73 zu entnehmen.

<b>511 73</b>	<b>235</b>	<b>Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände</b>	<b>4.057.400</b> 4.447.011	<b>3.300.000</b>	<b>3.300.000</b>
---------------	------------	---	-------------------------------	------------------	------------------

**Erläuterungen:**

Aus diesem Titel werden insbesondere Geschäftsbedarfe, Post- und Fernmeldedienstleistungen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen für Verwaltungs- und Einrichtungszwecke sowie Bettwäsche für die AfA bestritten.

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 82 Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	
<b>514 73</b>	235	<b>Fahrzeughaltung, Verbrauchsmittel, persönliche Ausrüstungsgegenstände</b>	<b>44.691.200</b> 18.524.606	<b>12.105.100</b>	<b>14.402.100</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Aus diesem Titel werden insbesondere die Haltung der Dienstfahrzeuge (34 PKW / Kleintransporter), Dienst- und Schutzkleidung, medizinisches Verbrauchsmaterial, Rezeptkosten und die Fremdverpflegung in den AfA bestritten.			
<b>517 73</b>	235	<b>Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume</b>	<b>20.713.700</b> 13.589.237	<b>26.959.700</b>	<b>25.673.600</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Aus diesem Titel werden insbesondere die Heiz- und Energiekosten, Steuern, Abgaben, Ver- und Entsorgung, Versicherungen u.ä., die Pflege der Außenanlagen, die Bewachungs- und Reinigungskosten sowie die Schädlingsbekämpfung bestritten.			
<b>518 73</b>	235	<b>Mieten, Nutzungsentgelte und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume sowie für Maschinen und Geräte</b>	<b>13.290.000</b> 8.399.587	<b>13.956.000</b>	<b>7.434.200</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Aus diesem Titel werden insbesondere die Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude, Maschinen und Geräte sowie das Leasing für Dienstfahrzeuge (34 PKW / Kleintransporter) bestritten. Es bestehen Vorbelastungen bis 2019 in Form von überplanmäßigen VE aus 2015, fällig sind in 2017 hiervon 8.400.500 € und in 2018 2.209.800 €.			
<b>519 73</b>	235	<b>Kleinere hauswirtschaftliche Instandsetzungen, kleinere bauliche Maßnahmen und Schönheitsreparaturen</b>	<b>800.000</b> 717.665	<b>1.100.000</b>	<b>1.000.000</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Veranschlagt sind die Mittel für kleinere hauswirtschaftliche Instandsetzungen und kleinere bauliche Maßnahmen bis zu 10 000 EUR im Einzelfall.			
<b>525 73</b>	235	<b>Aus- und Fortbildung</b>	<b>9.000</b> 3.147	<b>75.000</b>	<b>75.000</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Mehr aufgrund des Anstiegs der Flüchtlingszahlen und der damit verbundenen Inbetriebnahme der LefAA Ingelheim, AfA Hermeskeil, AfA Kusel sowie der Erweiterung der AfA Trier. Außerdem sind Mittel für Fortbildungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Aufnahmeeinrichtungen zum Schutz besonders schutzbedürftiger Personen veranschlagt.			
<b>526 73</b>	235	<b>Kosten für Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten</b>	<b>1.900.000</b> 368.761	<b>827.700</b>	<b>827.700</b>
<b>527 73</b>	235	<b>Reisekostenvergütungen</b>	<b>9.000</b> 23.869	<b>21.700</b>	<b>21.700</b>
<b>531 73</b>	235	<b>Veröffentlichungen, Dokumentationen, sonstige Öffentlichkeitsarbeit</b>	<b>0</b>	<b>50.000</b>	<b>50.000</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Öffentlichkeitsarbeit bei den Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende, insbesondere Informationspakete für Asylbegehrende.			
<b>533 73</b>	235	<b>Bestattungen von Asylbegehrenden</b>	<b>35.900</b> 9.027	<b>21.700</b>	<b>21.700</b>

**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 82 Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

547 73 235 Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben 0  
2.576 10.400 10.400

637 73 235 Ärztliche Versorgung von Asylbegehrenden 22.894.600  
7.942.618 6.780.000 6.780.000

**Erläuterungen:**

Aus diesem Titel werden insbesondere die stationären und ambulanten Behandlungskosten sowie Hilfsmittel für die Asylsuchenden bestritten.

671 73 235 Unterbringung in Heimen und Rückführung von Asylbegehrenden 127.500  
29.679 124.000 124.000

*Einnahmen aus Erstattungsleistungen Dritter sind von der Ausgabe abzusetzen.*

**Erläuterungen:**

		2017 EUR	2018 EUR
1.	Heimunterbringung	98.500	98.500
2.	Rückführung	25.500	25.500
<b>Summe:</b>		<b>124.000</b>	<b>124.000</b>

681 73 235 Betreuung der Asylbegehrenden; Aufwendungen für Bundesfreiwilligendienstleistende und in der Einrichtung ehrenamtlich/ gemeinnützig Tätige 40.750.600  
32.580.743 19.576.000 20.103.000

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 231 73 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

Aus diesem Titel werden insbesondere die Barbetrags- und Arbeitsentgeltleistungen an Asylsuchende, Fahrtkosten (Transfer, Krankenfahrten usw.), Bekleidungserstattungen, Hygieneartikel und sonstige Sachleistungen bestritten. Darüber hinaus sind hier Mittel für die externe Sozial- und medizinische Betreuung sowie Projektförderungen im Zusammenhang hiermit veranschlagt.

684 73 235 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen 4.075.000  
398.369 1.600.000 1.600.000

711 73 235 Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten 8.560.000  
19.232.402 2.600.000 500.000

*Einnahmen aus der Erstattung des Bundes für die Herrichtung von Bundesliegenschaften sind von der Ausgabe abzusetzen.*

**Verpflichtungsermächtigung**

	2017 EUR	2018 EUR
Betrag	<b>200.000</b>	<b>200.000</b>
davon fällig		
2018 bis zu	200.000	
2019 bis zu		200.000
2020 bis zu	0	
2021 bis zu	0	0
2022 ff bis zu		0



**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 82 Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 711 73

**zur Verpflichtungsermächtigung**

Bewilligungsrahmen	2017 EUR	2018 EUR
Vorbelastung aus Verpflichtungsermächtigungen früherer Haushaltsjahre	1.000.000	200.000
davon veranschlagt	1.000.000	200.000
verbleibende Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre	0	0
für neue Maßnahmen sind Gesamtausgaben vorgesehen von	1.800.000	500.000
davon veranschlagt	1.600.000	300.000
verbleibende Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre, zugleich neue Verpflichtungsermächtigung	200.000	200.000
Veranschlagt zusammen	2.600.000	500.000
Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre insgesamt	200.000	200.000

**811 73 235 Erwerb von Dienstfahrzeugen 0 0 0**

**Erläuterungen:**  
Leertitel.

**812 73 235 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen 3.000.000 1.000.000 1.000.000**  
7.611.101

**Verpflichtungsermächtigung**

	2017 EUR	2018 EUR
<b>Betrag</b>	<b>200.000</b>	<b>200.000</b>
davon fällig		
2018 bis zu	200.000	
2019 bis zu		200.000
2020 bis zu	0	
2021 bis zu	0	0
2022 ff bis zu		0

**zur Verpflichtungsermächtigung**

Bewilligungsrahmen	2017 EUR	2018 EUR
Vorbelastung aus Verpflichtungsermächtigungen früherer Haushaltsjahre	250.000	325.000
davon veranschlagt	125.000	325.000
verbleibende Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre	125.000	0
für neue Maßnahmen sind Gesamtausgaben vorgesehen von	1.075.000	875.000
davon veranschlagt	875.000	675.000
verbleibende Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre, zugleich neue Verpflichtungsermächtigung	200.000	200.000
Veranschlagt zusammen	1.000.000	1.000.000
Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre insgesamt	325.000	200.000

**Nachrichtlich: Summe TGr. 73: 164.913.900 90.107.300 82.923.400**  
113.880.397

TGr. 76: Landeseinrichtung für Asylbegehrende und Ausreisepflichtige (Bereich: Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige) Ingelheim

Die Ausgaben bei TGr 73 und TGr 76 sind mit Ausnahme der Titel 531 73 und 531 76 gegenseitig deckungsfähig.



**07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 82 Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

noch zu 518 76

Erläuterungen:

		2017 EUR	2018 EUR
1.	Nutzungsentgelte und Pachten an den Landesbetrieb "Liegenschafts- und Baubetreuung" bzw. dessen Rechtsnachfolger	1.131.300	1.131.300
2.	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	2.600	2.600
3.	Leasing von Dienstfahrzeugen	100	100
<b>Summe:</b>		<b>1.134.000</b>	<b>1.134.000</b>

**519 76 235 Kleinere hauswirtschaftliche Instandsetzungen, kleinere bauliche Maßnahmen und Schönheitsreparaturen** **25.000** **25.000** **26.000**  
 10.313

*Einnahmen aus Erstattungsleistungen des Landesbetriebs LBB (oder dessen Rechtsnachfolger) für die Durchführung von Instandsetzungs- und Instandhaltungsmaßnahmen durch den Nutzer sind von der Ausgabe abzusetzen.*

**525 76 235 Aus- und Fortbildung** **3.100** **6.000** **6.000**

Erläuterungen:  
 Deeskalationstraining für den Vollzug und neue Mitarbeiter.

**526 76 235 Gerichts- und ähnliche Kosten** **0** **0** **0**

Erläuterungen:  
 Leertitel.

**527 76 235 Reisekostenvergütungen** **1.100** **1.100** **1.100**  
 237

Erläuterungen:  
 Reisekosten für den allgemeinen Dienstreiseverkehr.

**531 76 235 Veröffentlichungen, Dokumentationen, sonstige Öffentlichkeitsarbeit** **0** **0** **0**

Erläuterungen:  
 Leertitel.

**533 76 235 Bestattungen von Ausreisepflichtigen** **0** **0** **0**

Erläuterungen:  
 Leertitel.

**547 76 235 Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben** **500** **500** **500**  
 237

**637 76 235 Ärztliche Versorgung von Ausreisepflichtigen** **79.100** **118.500** **118.500**  
 44.720



**07**                    **Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**  
**07 82**                **Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	
<b>518 99</b> neu	011	<b>Mieten für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Ausstattungsgegenstände, Software</b>		<b>0</b>	<b>0</b>
<b>525 99</b>	012	<b>Aus- und Fortbildung</b>	<b>4.000</b>	<b>12.000</b>	<b>12.000</b>
<b>539 99</b>	012	<b>Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen für Software</b>	<b>35.000</b>	<b>131.600</b>	<b>99.600</b>
<b>812 99</b> neu	011	<b>Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die Datenverarbeitung, Software</b>		<b>0</b>	<b>0</b>
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99:			<b>39.000</b>	<b>143.600</b>	<b>111.600</b>
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen			<b>168.687.600</b> 117.051.527	<b>94.134.900</b>	<b>86.777.600</b>

07 Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz  
 07 82 Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Ist 2015	Angaben in EUR	

**Abschluss**

**Einnahmen**

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	40.400 779.968	61.900	61.900
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.515.800 415.233	2.131.100	2.131.100
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0		

<b>Gesamteinnahmen</b>		1.556.200 1.195.201	2.193.000	2.193.000
------------------------	--	------------------------	-----------	-----------

**Ausgaben**

HGr. 4	Personalausgaben	12.866.300 4.370.603	9.956.100	9.447.000
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	88.845.700 48.933.708	61.800.800	56.216.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	187.381.800 207.419.436	145.619.900	96.147.900
HGr. 7	Baumaßnahmen	8.560.000 19.232.402	2.600.000	500.000
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	3.050.000 7.686.311	1.225.500	1.025.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben		34.000	34.800

<b>Gesamtausgaben</b>		300.703.800 287.642.460	221.236.300	163.370.700
-----------------------	--	----------------------------	-------------	-------------

<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		-299.147.600 -286.447.258	-219.043.300	-161.177.700
--------------------------------------	--	------------------------------	--------------	--------------

**07**                    **Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**

**07 82**                **Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2016 Ist 2015	Ansatz 2017	Ansatz 2018
			Angaben in EUR		

## Übersicht

über die Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 2017

Kapitel	Einnahmen					4 Personalausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Summe Einnahmen	
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
07 01		0	0		0	9.076.000
07 02		28.000	31.524.500		31.552.500	857.600
07 03		15.500	0		15.500	
07 04			138.000		138.000	
07 05			383.600		383.600	402.900
07 12		5.500	0		5.500	
07 82		61.900	2.131.100		2.193.000	9.956.100
<b>Summe 2017</b>		<b>110.900</b>	<b>34.177.200</b>		<b>34.288.100</b>	<b>20.292.600</b>
<b>Summe 2016</b>		<b>338.900</b>	<b>23.814.400</b>	<b>10.814.600</b>	<b>34.967.900</b>	<b>23.617.300</b>
Vgl. z. 2016		-228.000	10.362.800	-10.814.600	-679.800	-3.324.700



**Übersicht**

über die Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 2017

Ausgaben						+Überschuss -Zuschuss
5	6	7	8	9	Summe Ausgaben	
Sächliche Ver- waltungsausga- ben und Ausgaben für den Schulden- dienst	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	Baumaßnahmen	Sonstige Ausga- ben für Investi- tionen und Investitionsför- derungsmaßnah- men	Besondere Finanzierungs- ausgaben		
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
1.368.700			7.500	4.500	10.456.700	-10.456.700
-2.445.700	62.635.800		145.000	71.300	61.264.000	-29.711.500
	9.599.100				9.599.100	-9.583.600
	146.556.700			57.900	146.614.600	-146.476.600
61.300	11.200.900		95.000		11.760.100	-11.376.500
37.700	5.038.700			70.000	5.146.400	-5.140.900
61.800.800	145.619.900	2.600.000	1.225.500	34.000	221.236.300	-219.043.300
<b>60.822.800</b>	<b>380.651.100</b>	<b>2.600.000</b>	<b>1.473.000</b>	<b>237.700</b>	<b>466.077.200</b>	<b>-431.789.100</b>
<b>87.111.300</b>	<b>929.146.500</b>	<b>8.560.000</b>	<b>29.610.100</b>	<b>210.400</b>	<b>1.078.255.600</b>	<b>-1.043.287.700</b>
-26.288.500	-548.495.400	-5.960.000	-28.137.100	27.300	-612.178.400	611.498.600



Kap. Titel- gruppe, Titel  (ggf. Titel- bereiche)	Zweckbestimmung		Veranschlagung  2017		Verpflichtungs- ermächtigung  2017		Soweit im Haushaltsplan Fälligkeit- daten festgelegt, entfallen auf das Haushaltsjahr				Vorbelastung aus VE früherer Haushalts- jahre		Davon entfallen auf das Haushalts- jahr			Gesamt- summe Vor- belastungen	
	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	2018	2019	2020 ff. u. unbest.			
1	2	1.000 EUR															
684 35	Kinder in benachteiligten Lebensla- gen und benachteiligten Wohngebie- ten	165	45	45	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	45
<b>07 12</b>	<b>Frauen</b>																
684 01	Zuschüsse zu Ein-/Wiedereinglieder- ungsprogrammen für Frauen in den Arbeitsmarkt	688	76	76	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	76
684 15	Zuschüsse zu Maßnahmen zur Qua- lifizierung und Beschäftigung von arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Mädchen und Frauen sowie zur Verbesserung der Ausbil- dung von Mädchen und Frauen	215	34	34	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	34
685 01	Zuschüsse zu Maßnahmen zur Ver- besserung der Lebenssituation von Frauen und Mädchen	296	60	0	60	0	0	0	0	0	0	60	0	0	0	0	120
981 01	Kostenerstattung für die Inanspruch- nahme des Statistischen Landesam- tes	70	155	15	70	70	0	0	0	0	0	55	0	0	0	0	210
<b>07 82</b>	<b>Aufsichts- und Dienstleistungsdi- rektion</b>																
73	Titel aus Titelgruppe																
711 73	Kleinere Neu-, Um- und Erweite- rungsbauten	2.600	200	200	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	200
812 73	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	1.000	200	200	0	0	0	0	0	0	0	125	0	0	0	0	325
	Zusammen:	160.164	1.311	1.041	165	105	0	11.738	11.703	35	0	13.049					

## Übersicht

über die Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 2018

Kapitel	Einnahmen					4 Personalausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Summe Einnahmen	
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
07 01		0	0		0	9.189.200
07 02		28.000	40.489.400		40.517.400	952.600
07 03		15.500	0		15.500	
07 04			138.000		138.000	
07 05			383.600		383.600	402.900
07 12		5.500	0		5.500	
07 82		61.900	2.131.100		2.193.000	9.447.000
<b>Summe 2018</b>		<b>110.900</b>	<b>43.142.100</b>		<b>43.253.000</b>	<b>19.991.700</b>
<b>Summe 2017</b>		<b>110.900</b>	<b>34.177.200</b>		<b>34.288.100</b>	<b>20.292.600</b>
Vgl. z. 2017		0	8.964.900		8.964.900	-300.900

**Übersicht**

über die Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 2018

Ausgaben						+Überschuss -Zuschuss
5	6	7	8	9	Summe Ausgaben	
Sächliche Ver- waltungsausga- ben und Ausgaben für den Schulden- dienst	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	Baumaßnahmen	Sonstige Ausga- ben für Investi- tionen und Investitionsför- derungsmaßnah- men	Besondere Finanzierungs- ausgaben		
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
1.369.200			7.500	4.500	10.570.400	-10.570.400
-4.952.700	73.078.600		145.000	71.300	69.294.800	-28.777.400
	9.073.100				9.073.100	-9.057.600
	135.495.400			55.800	135.551.200	-135.413.200
61.300	11.269.800		95.000		11.829.000	-11.445.400
37.700	5.038.700			70.000	5.146.400	-5.140.900
56.216.000	96.147.900	500.000	1.025.000	34.800	163.370.700	-161.177.700
<b>52.731.500</b>	<b>330.103.500</b>	<b>500.000</b>	<b>1.272.500</b>	<b>236.400</b>	<b>404.835.600</b>	<b>-361.582.600</b>
<b>60.822.800</b>	<b>380.651.100</b>	<b>2.600.000</b>	<b>1.473.000</b>	<b>237.700</b>	<b>466.077.200</b>	<b>-431.789.100</b>
-8.091.300	-50.547.600	-2.100.000	-200.500	-1.300	-61.241.600	70.206.500



Kap. Titel- gruppe, Titel  (ggf. Titel- bereiche)	Zweckbestimmung		Veran- schla- gung  2018	Verpflich- tungs- ermächti- gung  2018	Soweit im Haushaltsplan Fälligkeit- daten festgelegt, entfallen auf das Haushaltsjahr					Vorbelastung aus VE früherer Haushalts- jahre	Davon entfallen auf das Haushalts- jahr			Gesamt- summe Vor- belastungen
	3	2			5	6	7	8	9		10	11	12	
			2019	2020	2021	2022 ff. u. unbest.	2019	2020	2021	2022 ff. u. unbest.	2019	2020	2021 ff. u. unbest.	
1.000 EUR														
1	684 35	Kinder in benachteiligten Lebensla- gen und benachteiligten Wohngebie- ten	165	45	0	0	0	0	0	0	0	0	0	45
<b>07 12</b>		<b>Frauen</b>												
684 01		Zuschüsse zu Ein-/Wiedereingliede- rungsprogrammen für Frauen in den Arbeitsmarkt	688	76	0	0	0	0	0	0	0	0	0	76
684 15		Zuschüsse zu Maßnahmen zur Qua- lifizierung und Beschäftigung von arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Mädchen und Frauen sowie zur Verbesserung der Ausbil- dung von Mädchen und Frauen	215	34	0	0	0	0	0	0	0	0	0	34
685 01		Zuschüsse zu Maßnahmen zur Ver- besserung der Lebenssituation von Frauen und Mädchen	296	60	60	0	0	60	0	0	60	0	0	120
981 01		Kostenerstattung für die Inanspruch- nahme des Statistischen Landesam- tes	70	0	0	0	0	140	0	0	70	70	0	140
<b>07 82</b>		<b>Aufsichts- und Dienstleistungsdi- rektion</b>												
73		Titel aus Titelgruppe												
711 73		Kleinere Neu-, Um- und Erweite- rungsbauten	500	200	0	0	0	0	0	0	0	0	0	200
812 73		Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	1.000	200	0	0	0	0	0	0	0	0	0	200
		Zusammen:	145.948	6.821	3.126	1.800	1.895	1.800	0	305	200	105	0	7.126











## Übersicht

über die Stellenplanentwicklung im Haushaltsjahr 2017

Kapitel	Anzahl Stellen				Fälligkeit kw-Vermerke		
	2015	2016	2017	Diff. zu 2016	2017	nach 2017	ohne Jahr
1	2	3	4	5	6	7	8
07 01	133,67	141,52	140,67	-0,85	1,04	9,00	
07 02	5,00	6,50	6,50	0,00	2,50	4,00	
07 05	3,00	3,00	3,00	0,00			
07 82	208,20	295,95	293,45	-2,50		214,25	
<b>Summe</b>	<b>349,87</b>	<b>446,97</b>	<b>443,62</b>	<b>-3,35</b>	<b>3,54</b>	<b>227,25</b>	
davon Ausb.	3,00	3,00	3,00	0,00			
davon drittfin.	6,86	8,86	7,86	-1,00			













## Übersicht

über die Stellenplanentwicklung im Haushaltsjahr 2018

Kapitel	Anzahl Stellen				Fälligkeit kw-Vermerke		
	2016	2017	2018	Diff. zu 2017	2018	nach 2018	ohne Jahr
1	2	3	4	5	6	7	8
07 01	141,52	140,67	142,13	+1,46	1,00	11,50	
07 02	6,50	6,50	4,00	-2,50	1,50	2,50	
07 05	3,00	3,00	3,00	0,00			
07 82	295,95	293,45	292,45	-1,00	6,50	207,75	
<b>Summe</b>	<b>446,97</b>	<b>443,62</b>	<b>441,58</b>	<b>-2,04</b>	<b>9,00</b>	<b>221,75</b>	
davon Ausb.	3,00	3,00	3,00	0,00			
davon drittfin.	8,86	7,86	7,86	0,00			

